D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 109
April '79 DM 2,–
11. Jahrgang

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

In dieser Ausgabe

sind die neuen Konflikte und militärischen Auseinandersetzungen in Indochina Schwerpunkt. Insbesondere der chinesische Angriff auf Vietnam hat in weiten Kreisen der Linken eine Stimmung vom Ende internationaler Solidarität und Rückzug auf sich selbst gefördert. Der berechtigte Versuch, falsche Identifikationen abzubauen, kann uns freilich nicht der Verpflichtung entheben, die historischen Bedingungen von Identifikationen zu verarbeiten sowie uns den gesellschaftlich-objektiven Bedingungen in Indochina politisch zu stellen. Man muß im einfachsten Sinne materialistisch anerkennen, in welchen Widersprüchen die Völker Indochinas verstrickt sind, die mit Jahrhunderte langer Ausbeutung und Jahrzehnte langen Kriegen und Verwüstungen verbunden sind. Über die Folgen dieses Elends sich mit moralischer Empörung und vermeintlicher "Betroffenheit" zur Freude und zu Diensten der herrschenden bürgerlichen Meinung fortzustehlen, ist ebenso unangemessen wie der Versuch, diese Widersprüche im eigenen Identitätsinteresse geschichtslogisch zu beschönigen.

Hier geht es nicht um Trauerarbeit über verlorene Identitäten, sondern darum, die Verdrängung von Fakten aufzugeben, handele es sich dabei um für Sozialisten höchst unangenehme, unbegreifliche und auch verurteilungswürdige oder aber um Tatsachen, in denen sich auch historische Notwendigkeiten materialisieren. Darüber hinaus gilt es nicht auf den Konflikt wie auf eine Sozialismusparabel zu blicken, sondern analytisch die mit ihm verbundenen Umrisse einer veränderten Weltszenerie zu begreifen versuchen. Dazu gehört auch die Frage, ob der Einmarsch Chinas in Vietnam nicht mittelfristig jener Politik in China, die auf verstärkte Industrialisierung, Arbeitsintensivierung und Aufrüstung setzt, eine neue Opposition ins Haus beschert und welche Folgen das für ein westliches, insbesondere das deutsche Kapital nach sich ziehen würde, dem gerade der Markt Iran unsicher geworden ist. Man muß sich darüber hinaus fragen, welche Folgen der Nachweis der sowjetischen militärischen Zurückhaltung für die Ost-West-Entspannung, den hiesigen Antikommunismus, und nicht zuletzt für die deutsche Frage hat. Herbert Wehner zum Beispiel, der in der alten Tradition einer Politik eines entmilitarisierten und neutralisierten Mitteleuropa steht, ist von der sowjetischen Haltung in seiner Zielsetzung bestätigt worden. Soweit Vietnam, das nach seinem für die Dritte Welt beispielhaften Befreiungskrieg nunmehr gewollt oder gezwungen in Indochina auch als Unterdrücker nationaler Eigenständigkeit auftritt, verliert es damit möglicherweise sein Ansehen in jenen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, deren soziale Befreiung mit der nationalen in eins geht.

In diesen Fragen stecken Perspektiven, die von uns in nächster Zeit erhebliche theoretische wie praktische Anstrengungen abverlangen.

In der vorliegenden "links" wird versucht, die Bedeutung der Kämpfe in Indochina unter verschiedenen Gesichtspunkten zu erfassen: Detlev Claussen analysiert Zusammenhänge zwischen dem Kampf um nationale Selbstbefreiung und Klassenkampf in Indochina, Uli Menzel geht der Frage nach den inneren Entwicklungsbedingungen Chinas nach. Betroffenheit, Identifikation und Perspektiven der Linken in Westeuropa sind Gegenstand eines Gesprächs, das Andreas Buro, Heiner Halberstadt, Egbert Jahn, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth angesichts der Ereignisse in Indochina führten, Fragen, denen sich auch Rudi Dutschke, ausgehend von der Solidaritätsbewegung in den sechziger Jahren, in seinem Beitrag selbstkritisch stellt.

"links"-Redaktion

14. März '79: Protest gegen die ersten Probebohrungen in Gorleben! dpa

"Die Frauen angreifen, heißt die Revolution angreifen" Seite 5

Jedem, der die Umwälzungen in Iran in den letzten Monaten verfolgt hat, sind die Bilder verschleierter, demonstrierender Frauen im Gedächtnis. Der traditionelle Tschador wurde zum Widerstandssymbol gegen das Schah-Regime. Nach dessen Sturz demonstrieren Frauen ohne Schleier und damit zugleich gegen ihre drohende Entrechtung. Eva Senghaas-Knobloch untersucht die Möglichkeiten der iranischen Frauen, die Ansätze ihrer Emanzipation gegen reaktionäre islamische Kräfte zu verteidigen.

Lothringer Kreuz Seite 6

Seit Monaten kämpfen die Arbeiter der französischen Stahlindustrie um ihre Arbeitsplätze. Weitgehende Fehlplanungen, eine mangelhafte staatliche Strukturpolitik und die konsequente Durchsetzung von Kapitalinteressen treffen insbesondere das lothringische Longwy-Becken. Daß der Konflikt nicht auf die Stahlarbeiter begrenzt ist, sondern eine ganze Region zu veröden droht, stellt Robert Detobel in seinem Beitrag dar.

Netzwerk Selbsthilfe Seite 29

"Die Sau ist los". Mit ihrem zugkräftigen Motto wie mit ihrem Konzept übergreifender Vernetzung von Selbsthilfeprojekten hat "Netzwerk" einigen Staub in der Linken aufgewirbelt. Josef Huber stellt Konzeption und Probleme der Arbeit des Netzwerk Selbsthilfe dar. Gegenüber der in letzter Zeit aufgekommenen Kritik an der Organisationsform des Unterstützungsfonds führt er unter anderem die Notwendigkeit des Aufbaues regionaler Netzwerke an.

Wer ist das Opfer, wer der Jäger? Seite 27
Das Auftreten junger Faschisten in der Bundesrepublik

Inhaltsverzeichnis

Eva Senghaas-Knobloch: Frauen in Iran 5

Robert Detobel: Lothringen 6

Indochina

Detlev Claussen: Der neue Indochinakrieg 7

Rudi Dutschke: Solidarität und Kritik 10

und Vietnam und ... – ein Gespräch 13

Ulrich Menzel: China 16

Joachim Hirsch: Wirtschaftspolitik in der BRD 19

Eberhard Schmidt: "Buback-Nachruf" – Prozesse in Oldenburg 21

SELBSTHILFE NETZWERK

Ernst Piper: Agit-Drucker 22

M. Kienzle/D. Mende: Russell-Tribunal 24

Jürgen Seifert: A. Paul Weber-Kontroverse 25

Gerhard Armanski: Junge Faschisten in der BRD 27

Josef Huber: Netzwerk Selbsthilfe 29

Arbeiterselbsthilfe Frankfurt 30

Gorleben 32

Leserbriefe

Garantie für eine sektiererische Linke

Wer bewundert nicht seit Jahren die hervorragenden theoretisch-analytischen Essays von Andreas Buro? Und doch wünscht man sich statt Analysen lieber Informationen.
Warum die Verketzerung der Millionen zählenden chinesischen Minorität, warum die Zwangsverschickung aufs Land auch der kleinsten chinesischen Handwerker und Händler? Wieviele von ihnen hatten einst die FNL unterstützt? Warum der Kampf gegen die 'Vereinigte Buddhistische Kirche'? Warum die Inhaftierung ihrer Führer, die schon unter Diem-Ky-Thieu inhaftiert waren, warum die wohl Tausende Todesfälle unter den noch immer mindestens 200.000 politischen Gefangenen? Warum die Zwangs-Privatisierung buddhistischer Agrarkollektive? Haben die Buddhisten nicht vor 1974 weit über hunderttausend Kriegsdienstverweigerer versteckt, diese Verweigerungskampagnen initiiert, führten ihre Selbstverbrennungen, Demonstrationen, ihre gegen die Thieu-Armee gelenkte Kampagne "Schieß-nicht-auf-Deinen-Bruder" (als sie Tausende von buddhistischen Altären vor Saigons Panzer plazierten) nicht zur weltweiten Diskreditierung des Saigoner Regimes? Stellten sie nicht einen großen Teil der (auch damals) 200.000 politischen Gefangenen, der Insassen der Tigerkäfige?
Warum sind ihre buddhistischen Prinzipien der Einfachheit und Armut nicht mehr in Ho Chi Minh-Stadt von heute willkommen?
Warum werden ihre Selbstverbrennungen heute nicht bekannt, ja als Sexualakte von Hanoi diffamiert? Proteste wegen widerrechtlichen Inhaftierungen, Todesfällen in Gefängnissen, die Zerstörung von Buddhastatuen und Pagoden, die Auflösung von buddhistischen Kindergärten, Sozialzentren, Hospitälern, Waisenhäusern, die Entlassung der Sozialarbeiter (ohne daß schon adäquate staatliche Einrichtungen zur Verfügung stehen)?
Warum die Inhaftierung linker Schriftsteller?
Warum die unwürdige Fluchtbewegung, die Behauptungen über makabres staatliches Geldverdienen an den 'Boats-people'?
Warum nicht einmal Informationen über die Solidarität von amerikanischen (Daniel Elsberg, Joan Baez u.a.) und französischen (Studentenführer Alain Geismar) Teilen der früheren Vietnam-Protestbewegung gegen geschilderte Tatbestände?
Warum starb ein früherer Minister Ho Chi Minhs jetzt als politischer Gefangener?
Viele linke Tabus garantieren uns weiter eine kleine, sektiererische Linke.

TILMAN ZÜLCH, GÖTTINGEN

Produkt des Medienverbunds

Vor "Holocaust" wurde mir der Faschismus nur dreimal und indirekt sinnlich erfahrbar:
1965, als ich dreizehnjährig heimlich Alain Resnais Film "Nacht und Nebel" sah, wovon ich mich lange nicht erholte; drei Jahre später bei einer Gedichtinterpretation von Paul Celans "Todesfuge", bei der mir bis heute die Zeile "schwarze Milch der Frühe" nicht aus dem Kopf geht; und viel später, als ich Alexander Kluges Film "Brutalität in Stein" über die geplante oder verwirklichte Architektur des Nationalsozialismus sah.
Hier waren offensichtlich spröde und dennoch pathetische Metapher gefunden worden, die etwas von der besonderen Ökonomie des Faschismus versinnbildlichen konnten. Das Prinzip nennt Kluge treffend "Verschrottung durch Arbeit".
Es ist sicher müßig zu beklagen, daß ein Produkt wie "Holocaust" die ökonomischen Zusammenhänge dieser "Methode" nicht berücksichtigt; daran konnten auch die Amerikaner kein Interesse haben. Die eigentlichen Qualitäten des Films liegen meiner Meinung nach dort, wo die von vielen Filmkritikern bemängelte durchschnittliche Ästhetik des Films mit der subjektiv oft als undramatisch empfundenen Alltäglichkeit des Faschismus korrespondiert.
Wenn die Familie des Sturmbannführers Dorf beispielsweise "Stille Nacht, Heilige Nacht" singt, wird deutlich, warum die Nazistrategen so sehr darauf achteten, daß ihre Schergen in geordneten Familienverhältnissen lebten. Die Nicht-Öffentlichkeit der Familie, die Verantwortung für ihre materielle Existenz, die damit zusammenhängenden psychischen Druckmittel lassen die Familie zur unersetzbaren Reproduktionsbasis für die täglichen Grausamkeiten werden. Die Möglichkeit zu solchen Einsichten, und auch, daß Erik Dorf wirklich an der wissenschaftlich und strategisch schwierigen Aufgabe der "Endlösung" leiden durfte, verdanken wir dem fehlenden Eingriff der deutschen Fernsehmacher.
Viel veröffentlichte Meinung zum Thema "Holocaust" implizierte, gewollt oder nicht, die Einschätzung, unser BRD-Fernsehen sei bisher zu avantgardistisch gewesen, um politische Botschaften an den Mann zu bringen. Kritik an einschläfernden Dokumentarfilmen oder ausufernden Geschichtsepen ist sicher berechtigt, nicht aber mit dem Argument, diese fernsehspezifischen Genres seien zu "abstrakt", zielten zu sehr auf den Kopf des Zuschauers; das tun sie nämlich auch nicht!
Sich in einem Medium auszudrücken, erfordert immer ein Bewußtsein über dessen Form und wenn wir eine konsequent idealistische Ästhetik ebenso verwerfen wie die "Widerspiegelungstheorie", muß diese Form mehr sein als das didaktisch optimale Transportmittel für den "Inhalt". Filme, die mit diesem Bewußtsein gemacht worden sind, die man also landläufig als avantgardistisch bezeichnen würde, sind im deutschen Fernsehen eine wirkliche Ausnahme. Die Regel sind Filme, die sich nicht radikal auf die eigene Produktionssituation beziehen und die die alltägliche Sehweise des Zuschauers außer acht lassen. Sie arbeiten hauptsächlich mit verschiedenen Identifikationshilfen wie Hauptpersonen, dramatische Zuspitzung, durchschaubare Familienstrukturen etc. – unterscheiden sich also gar nicht so sehr von "Holocaust"
Das Argument, diese Serie sei deshalb so erfolgreich oft eingeschaltet worden, weil ihre ästhetischen Qualitäten zugunsten der moralischen Dimension fast gänzlich vernachlässigt worden wären, stellt demnach das eigentliche Problem auf den Kopf. Ich behaupte: "Holocaust" hat deshalb so tiefsitzende Ängste und Bedürfnisse treffen können, weil der Film so konsequent "antimoralisch" ist – die Vernichtung eines Volkes in Color und mit Musikuntermalung ist vom Standpunkt des

Bildungsbürgers aus moralisch ein Unding. Die Produzenten von "Holocaust" waren nun aber eben nicht moralisch rigoros, sondern geschäftlich, der Film ist quasi ein sauberes Produkt der Bewußtseinsindustrie.
Unser Fernsehen kann sich bei seinen Werken diese Haltung aufgrund seines öffentlich-rechtlichen Status' und des damit verbundenen "Bildungsauftrages" nicht leisten. Es befindet sich permanent in dem Widerspruch, seine Produkte wie Waren anzupreisen, dabei aber nicht privatwirtschaftlich organisiert zu sein, also keiner Konkurrenz und damit z.B. auch keinem Innovationsdruck zu unterliegen. Was dabei herauskommt, ist ein "mittlerer Realismus": zu keinem Bedürfnis des Zuschauers verhält sich das Fernsehen wirklich radikal, nicht einmal zu seinem Vergnügungsinteresse. Nun sind ja nicht alle Bedürfnisse in Wahrheit "linke", wie wir inzwischen erfahren mußten, und deshalb wird der Ruf nach dem privaten Kabelfernsehen immer lauter. Was das öffentlich-rechtliche Fernsehen verhindert, den wirklichen massiven Zugriff, könnte ein privates Kabelfernsehen ermöglichen, in genau diesem ambivalenten Sinn: Es könnte Erfahrungen veröffentlichen und Erfahrungen verwerten – beides geschieht heute schon in Italien. Erst in diesem Lichte wird die Diskussion um "Holocaust" politisch wirklich brisant.
Der WDR z.B. bereitet mit der Forderung nach "Emotionalisierung der Drehbücher" das Fernsehen auf seine neue Rolle im Verbund zwischen privaten –, öffentlich-rechtlichen Anstalten, Bewußtseinsindustrie und Staat vor.
"Holocaust" ist mitsamt den anschließenden Nachfolgeprodukten, Diskussionen und Artikeln in Deutschland ein erstes herausragendes Produkt des Medienverbunds.

PETRA HÖHNE, FRANKFURT

Neue Broschüren im Verlag 2000

Info Gesundheitswesen, Heft 14
Schwerpunktthema:
ALLTAG IM KRANKENHAUS
64 Seiten, broschiert,
Preis DM 4,–.

Der Informationsdienst beschäftigt sich insbesondere mit den Themen Krankenpflege, Gewerkschaftsarbeit, Rationalisierungen und Sparmaßnahmen in Krankenhaus. Er enthält folgende Beiträge: ● Arbeitsfeld Krankenhaus – Bericht über eine Tagung ● Möglichkeiten und Grenzen der ÖTV-Arbeit ● Gewerkschaftliche Arbeit in der Psychiatrie ● Interessengemeinschaft Psychiatrie am Bezirkskrankenhaus Haar/München ● Beurteilungsbogen für Schülerinnen und Schüler ● Einmal anders herum – Fragebogen zur Ausbildungssituation ● Materialien zum Krankenpflegegesetz ● Urlaubsanspruch für Schüler ● Repression in Sigmaringen ● Sind sie Arzt oder Playboy? – Auseinandersetzungen über die Bereitschaftsdienste in Krankenhäusern ● Fragebogen zur Rationalisierung ● Der Bettenberg – Analyse am Beispiel Niedersachsen ● "Experten müssen sich überflüssig machen" – Bericht über die Bielefelder Tagung "Humanisierung des Gesundheitswesens" ● Alternativ Arbeiten – Alternativ Leben? – Sommerschule des SB

Info Sozialarbeit, Heft 22
Schwerpunktthemen:
JUGENDHILFETAG '79 IN KÖLN UND GESCHLOSSENE HEIMERZIEHUNG
104 Seiten, broschiert, Preis DM 7,–.

Dieser Informationsdienst enthält folgende Beiträge: ● Selbstkritische Nachlese zum Jugendhilfetag ● Resolutionen des Jugendhilfetages ● Dokumentation: Lernen in der Jugendhilfe – Beiträge von Christine Holzkamp, C.W. Müller und Hans Thiersch ● "Wir müssen uns schon selber helfen" – Kritische Betrachtung zum Jugendhilfetag ● Abschlußstellungnahmen des Vorstandes der AGJ und des Jugendpolitischen Forums ● Indikationen für geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ● Die westfälische Heimerziehung probt das Korsettstangensystem ● Unterschriftenaktion gegen geschlossene Unterbringung – Ein Zwischenbericht ● Thema: Jugendpolizei ● Rationalisierung im Sozialdienst ● Sommerschule '79: Alternativ Arbeiten – Alternativ Leben? ● Sozialarbeitergesetz – Berufsverbot auf Umwegen? ● Das SPZ wird dichtgemacht

dpa

Gewand des Widerstands — Gewand der Unterdrückung

Zum Kampf iranischer Frauen um Selbstbestimmung

"Die Frauen angreifen, heißt die Revolution angreifen", ist ein Ruf der demonstrierenden iranischen Frauen. Es sind meist die gleichen Frauen, die die vermeintlich gleichberechtigte Stellung der Frau im Schahregime als hohle Form für besondere Ausbeutung enthüllt hatten. Sie gehen jetzt um der Gleichberechtigung willen auf die Straße. Wie immer die gesellschaftliche Einlösung formaler Gleichberechtigung aussieht, Frauen können auf sie nicht verzichten. In dieser Hinsicht gleicht ihr Kampf dem der organisierten Arbeiterschaft in Iran.

Ein Gewand, der Tschador, wurde zum Symbol der Revolution in Iran. In den Tagen als die Gegner des Schahregimes auf den Straßen Teherans und anderer iranischer Städte ihre Kämpfe mit den der hochbewaffneten Militärs maßen, waren es die großen Gruppen der in den Tschador gehüllten Frauen, die den unwiderruflichen Willen zum Sieg über das Schahregime am eindrücklichsten signalisierten. Der Tschador war auch das Gewand, das Hunderttausende von Frauen trugen, als sie Khomeini nach seiner Rückkehr aus dem Exil ehrten. Im Gefolge der iranischen Männer durften sie am Fenster des Ayathollas vorbeidefilieren. Einige von ihnen erzählten westlichen Reportern, daß sie für die Errichtung einer islamischen Republik, für eine nach islamischen Gesetzen gestaltete Gesellschaftsodnung auf die Straße gegangen seien, eine Ordnung, die – was nicht gesagt wurde – gerade zum Inhalt hat, sie von der Straße, der Öffentlichkeit fernzuhalten.

Am 8. März, dem internationalen Frauentag der "traditionellen" Arbeiterbewegung, waren wiederum demonstrierende Frauen auf den Straßen Irans, ohne volkstümlichen Tschador, und ohne Hedjab, den islamischen Schleier, das Kleidungsstück, um das es jetzt als Symbol der Unterdrückung in neuen, alten Herrschaftsformen ging.

Khomeini hatte das obligatorische Tragen dieses Schleiers für Frauen verfügt, die sich außerhalb des eigenen häuslichen Umkreises bewegen. Er hatte aber auch die Aufhebung des Familienschutzgesetzes, das der Schah eingeführt hatte, und der Koedukation verfügt, sowie die Wiedereinführung harter Strafen für sexuelles Verhalten, das den islamischen Normen, wie sie derzeit ausgelegt werden, widerspricht.

Der Schleier ist das Symbol der Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen im Namen religiöser Ordnung geworden – wenngleich einst als Schutz der Frauen eingeführt Nach fünf aufeinanderfolgenden Tagen, in denen iranische Frauen nicht nur in Teheran, sondern auch in Isfahan, Täbris und Sanadaj (in Kurdistan!) demonstrierten, geht es nicht mehr nur um das obligatorische Tragen des Schleiers. Khomeini hatte seinen diesbezüglichen Befehl schon nach den ersten Demonstrationen in eine "Empfehlung" verändert. Seine auf Beruhigung gerichteten Erklärungen machen nur noch deutlicher, was 'auf dem Spiel' steht, ganz unabhängig davon, daß sich Khomeini aufs schärfste von den religiösen Gegendemonstranten distanziert hat, die ohne Unterlaß die Frauen als "Schah-Puppen", "Werkzeuge des internationalen Kommunismus" oder "Dirnen der untersten Klasse" beschimpft und tätlich angegriffen hatten: Khomeini ließ mitteilen, daß von den Frauen nur verlangt werde, "sich geziemend zu kleiden" und "sich nicht unnötig zu entblößen". Das sei auch angesichts der Tatsache angemessen, daß Frauen anderenfalls in ihrer Arbeit (gemeint ist hier Lohnarbeit) behindert sein könnten. – Wie hätte der Zusammenhang von geschlechtsspezifischer Diskriminierung, Sexualität und Herrschaft klarer zum Ausdruck gebracht werden können? Was sind das für Eigenschaften der Frauen, die es Männern nötig machen, sich mit Hilfe besonderer, nur für Frauen geltender Vorschriften vor ihnen zu schützen?

Die Frauen, die bisher auf die Straße gingen und sich den wütenden Attacken Religiöser aussetzten, waren zahlenmäßig mit den Hunderttausenden, die vor Wochen im Tschador Khomeini begrüßten, nicht zu vergleichen. Es sind größtenteils Schülerinnen und Studentinnen in den großen Städten. Sie werden unterstützt durch die Ehefrauen der meisten Regierungsmitglieder der Regierung Bazargan; Sie werden durch westliche Faministinnen wie Kate Millet und Simone de Beauvoir ermutigt, die im übrigen auch auf die Diskriminierung der Frauen in christlicher Tradition hinweisen. 100 Angestellte des Außenministeriums manifestierten ihre Unterstützung. Bisher wurden die Demonstrantinnen von den linken Gruppen Irans geschützt und aktiv verteidigt. Der klare Rückzug Khomeinis mit Hinblick auf den Schleier, die drohende Gefahr einer Schwächung Barzargans im Verhältnis zu Khomeini hat die wichtigste linke Gruppe in den letzten Tagen veranlaßt, den Frauen von öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen abzuraten. Sie fürchten die Provokation Religiöser, eine weitere Verschiebung der diffusen Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten.

Grundformen zur Selbstbestimmung müssen erkämpft und verteidigt werden, wennimmer der Prozeß zunehmender Selbstbestimmung vorankommen soll. Die vom Imperialismus in ihrer Sozialstruktur zutiefst zerklüfteten Gesellschaften, wie auch und gerade der Iran, stehen, wann immer der unmittelbare äußere Druck abgeschüttet ist, vor dieser Situation. Die Frauen gehen nicht für Sonderinteressen auf die Straße, sondern für die politischen Grundformen jeder Selbstbestimmung.

EVA SENGHAAS-KNOBLOCH

Stahlmarktkrieg

Konflikte in der französischen Stahlindustrie

Die eigentlich bankrotte Industrie ist von den Ereignissen in Lothringen und Frankreichs Norden (Denain) nicht betroffen. Sie, die Wirtschaftsinstitute, die in schöner Regelmäßigkeit ihr luftiges Produkt, Voraussagen über die Marktentwicklung, sachverständig bis weise ausspucken und entschuldigend stets auf das eine oder andere Datum aus dem unveränderlichen Kranz von Randbedingungen verweisen können, wenn es anders kommt, und so kommt es immer, sie dürften nicht von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Zu den außer Ansatz bleibenden Daten gehören Politisches und Soziales, Revolutionen und Revolten, technologische Revolutionen auch.

1973 sagten die Experten einen schwindelerregenden Produktionszuwachs im Stahlsektor voraus. Trotz sicht- und hörbarer Risse im westlichen Wirtschaftsgefüge wiederholten sie 1975 ihre optimistische Prognose, die weiter nicht als die hochgerechnete zurückliegende Entwicklung war. Ohne Einfluß blieben die Zahlen der Prognostiker, des wissenschaftlichen Orakels, doch nicht. Sie heizten die Erwartungen der Stahlindustrie an. Dem hochgerechneten Zuwachs von 1973 (+ 14%) folgte 1975 ein Rückgang von 16% und ein nur langsames Wiederansteigen in den beiden nächsten Jahren. (Zahlen aus Le Monde, dossiers et documents, März 1979).

Krisenverlauf nach klassischem Muster

In ihren Gewinnerwartungen ohne Neuinvestitionen bestärkt (oder legitimiert) blieben überaltete Betriebe auf dem Markt; neue, modernere, rentablere stießen hinzu. Ein Preiskrieg setzte ein, und die entsprechenden protektionistischen Pläne (Davignon-Plan), um den Billigherstellern wie Japan, Süd-Korea, Süd-Afrika und Australien den Zugang zum europäischen Markt zu verwehren oder erschweren, gediehen.
Ein europäischer Billighersteller – Spanien – blieb draußen vor der EWG-Tür. Ein anderer war aber drin: die Bresciani (nach der Stadt Brescia) aus Italien, kleine, flexible Unternehmen mit bescheidener Ausstattung, fluktuierender Belegschaft und sogar gelegentlichen Produktionspausen. Besonders nachfragegeschmeidig also in ihrem Spezialbereich: kleine Profileisen und Bewehrungsrundeisen für Bauzwecke. Sie produzieren inzwischen knapp über 1/4 der Stahlproduktion des in der Weltrangliste an sechster Stelle rangierenden Italien und liefern um 20 bis 25% billiger als die Großbetriebe.
Der Davignon-Plan sollte mit seinen Mindestpreisvorschriften und Kontingentierungen auch den Schmieden aus Brescia das Handwerk legen. Nur gelang dies bisher nicht. Folge ist ein Krisenverlauf nach klassischem Muster. Maginale Produzenten werden aus dem Markt verdrängt, und den dort Beschäftigten droht die Marginalisierung.
In Lothringen, wo Textil und Stahl, die beiden traditionellen Startrampen der Industrialisierung, bis heute die einzigen Pfeiler der Wirtschaftsstruktur blieben, stirbt infolge der fehlenden Produktionsbreite eine ganze Region. Die drohende Abwanderung der Arbeitslosen bedroht wiederum die Existenzgrundlage des Handels.
Die schleichende Krise wurde durch das zwischenzeitliche Hoch verdeckt. Als dieses dahin war, packten die beiden Konzerne Usinor und Sacilor mit ihren Rationalisierungsmaßnahmen aus. Usinor war 1955 aus einer Reihe von Fusionen im Norden (Zentrum Denain), Sacilor 1969 aus verschiedenen Fusionen in Lothringen (Zentrum Longwy) hervorgegangen. Beide hatten kurz nach erfolgter Fusion einen modernen Industriekomplex an der französischen Küste errichtet, fein säuberlich auf Distanz, wie es sich für gute Konkurrenten gehört: Usinor siedelte sich in Dünkirchen, im äußersten Norden, Sacilor in der Nähe von Marseille (Fos-sur-Mer) an. Es ist fast nicht möglich, innerhalb Frankreichs noch weiter auseinanderzurücken. Usinor nach Dünkirchen und Sacilor nach Fos-sur-Mer folgte der mit ihnen verschwisterte Röhrenhersteller Vallourec mit je einem Industriekomplex.
Die rationalisierungsbedingte Krise kam also nicht unerwartet. Die Unternehmer hatten die Aufgabe der Lothringischen und nördlichen Betriebe vorgeplant. Der Staat war nach dem Konzept des liberalen Wirtschaftsprofessors und Premierministers Raymond Barre gerade dabei, der "planification" abzuschwören, als bei der nächsten Krise die Folgen der Rationalisierung einbrachen. Lothringen und das Departement du Nord wurden geopfert, nachdem es ihnen während des kurzen Booms 1973 noch en passant erlaubt worden war, den Schaum der Konjunktur zu kosten.
In Lothringen stieg die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau und in der E-Industrie von 72.000 (1973) auf 75.000 (1974) an, um dann wieder auf 73.000 zu sinken. Nach dem vorerst auf Eis gelegten Plan des Usinor-Vorstandes sollten im Zuge der Umstrukturierung 12.000 von 45.000 Arbeitsplätzen in Lothringen vernichtet werden, in Denain allein gar 5.000 von 7.000. 1978 stieg in Lothringen die Zahl der Stellensuchenden von 40.594 auf 45.653 an. 16.000 Arbeiter wurden entlassen. 12.700 Einwohner verließen Lothringen seit 1975. Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich dramatisch erhöht. (Zahlen aus Le Monde, Dossiers et Documents, März 1979)

Der Zorn der Gehandelten, Verplanten und Gemarktregelten

Erst als die unberücksichtigten Faktoren – der Zorn der Gehandelten, Verplanten und Gemarktregelten – sich als "soziale Kosten" in Ansatz brachten, fiel dem Arbeitsminister Boulin ein, die "sozialen und humanitären" Härtestfälle zu mildern (mit dieser Unterscheidung implizit anerkennend, daß zum sozialen Körper auch irgendwelche nicht humanitäre Elemente gehörten). Der Plan des Industrieministers Giraud sah u.a. vorzeitige Pensionierung (es wurde mit Jährchen gefeilscht) und eine Prämie für freiwillige Abwanderung vor.
Die Arbeiter verwarfen das Angebot. Die Widerstandsaktivität der als konstante Randbedingungen außerhalb des Zahlenmaterials wissenschaftlicher Vorausschätzungen Stehenden vollzog sich als mehrgestaltige Herstellung von Gegenöffentlichkeit: Besetzung einer Relaisstation des Fernsehens und Piratensendungen, Besetzung des E-Werks und des Polizeikommissariats, Demonstrationen.
Die unsichtbare Hand, die den Markt regelt, verwandelte sich angesichts dieser Gegenöffentlichkeit in die konkreten Knüppelhände der C.R.S. Die C.R.S. war nicht einheitlich brutal. Aber gelegentliche Ausschreitungen hielten die berüchtigte Ehre dieser Truppe hoch und fachten den Zorn an. Vorige Woche schoß ein Unbekannter in Denain 5 C.R.S.-Angehörigen in die Beine. In Longwy zertrümmerten die Demonstranten das Mobiliar des Polizeikommissariats. Das war aus den brav gaullistisch und giscardistisch Wählenden geworden.
Grund genug für Chirac, der schon unbedeutendere Gründe zum Anlaß für Angriffe auf Giscard nimmt, ins nationalistische, bonapartistische und germanophobe Horn zu stoßen. Dabei findet er einen Verbündeten in der PCF/CGT, die eine nationalistische Lösung des Problems will: Nachfrage- und Investitionsförderung durch den Staat. Die P.S., und zum größten Teil die C.F.D.T. warnen vor nationalistischen Ressentiments, die nichts erklären und nichts lösen (Rocard), ohne selbst sowas wie ein Lösungskonzept zu besitzen. Giscard könnte versucht sein, die von ihm erträumte Links-Mitte-Koalition ohne die R.P.R. gegen einen Kompromiß – sprich verwässerte Barre-Konzeption – in Lothringen und im Norden einzutauschen. Auf jeden Fall wird die P.C.F. dies vorzeitig ankündigen. Bei den bevorstehenden Kantonalwahlen – das wird aus den verschiedenen Stellungnahmen klar – steht nunmehr auch der Schein des Links-Bündnisses auf dem Spiel.
Vor der Hoffnung sei noch gewarnt, die Kämpfe in Lothringen und im Norden könnten beispielhaft für die Arbeiterklasse in der BRD sein. Das könnten sie bestimmt dann, wenn gleiche Bedingungen vorlägen. Der Widerstand in Lothringen und Denain kann vielmehr als Beispiel für Widerstand in strukturschwachen Regionen oder solchen dienen, deren bisherige Struktur mit zunehmender Rationalisierung zusammenbricht. Der regionale Aspekt der Kämpfe in Lothringen, wo nicht nur Arbeiter, sondern über diese die ganze gewerbliche Struktur in Mitleidenschaft gezogen ist, wird hoffentlich arbeiterromantikblinden Linken nicht wie einst die Bürgerinitiativen zu spät auffallen. Und vielleicht soll gleichzeitig bedacht werden, daß Verzweiflung auch ein Nährboden sein kann für nationalistisch-autoritäre, bonapartistische und gar faschistische Lösungen.

ROBERT DETOBEL

Zeitungs-Flugblatt zum 1. Mai

Die "express"-Redaktion erstellt zum 1. Mai 1979 ein 8 DIN A 4-Seiten umfassendes Zeitungsflugblatt zu aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Themen. Die Auslieferung erfolgt am 18. April. Wer das Zeitungsflugblatt verteilen will, gebe umgehend seine Bestellung auf; bei Vorauszahlung (Briefmarken/Scheck) für 10 Ex. DM 5,--, 100 Ex. DM 10,--, 500 Ex. DM 30,--, 1.000 Ex. DM 50,-- erfolgt die Lieferung portofrei.

Nationale Unabhängigkeit oder Machtpolitik?

Der neue Indochina-Konflikt

Nicht alles ist schon einmal dagewesen: dieser reguläre Krieg zwischen den Staaten Chinas und Vietnams, die beide aus umfassenden sozialen Revolutionen hervorgegangen sind, hat das Gesicht der Welt verändert. Die internationale Solidarität der Unterdrückten, ohne die eine Emanzipation aus entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnissen unvorstellbar ist, hat mehr als einmal in der Weltgeschichte Schiffbruch erlitten. 1914 stürmte die Zweite Internationale in den ersten Weltkrieg: nicht einmal in Europa konnte sich der proletarische Internationalismus gegen Nationalismus und Chauvinismus behaupten. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt im Jahre 1939 starb die Vorstellung, daß Solidarität mit der Oktoberrevolution, nationale Befreiung und internationaler Antifaschismus die Formel der Interessengleichheit aller Unterdrückten und Ausgebeuteten sei. Der reguläre Krieg zwischen der Volksrepublik China und der Sozialistischen Republik Vietnam 1979 setzt der Hoffnung ein Ende, daß in der antiimperialistischen Revolution für die Völker der Dritten Welt ein nichtkapitalistischer Weg gefunden wäre, der Not und Krieg endgültig ein Ende bereite.

Ich habe die Wünsche und Hoffnungen absichtlich vorsichtig formuliert; denn die Vorstellungen von einheitlicher Weltrevolution, Sozialismus in einem Land, globalem proletarischem Internationalismus sind schon oft genug als Illusionen und Mythen kritisiert worden.

Die internationale Solidarität der Neuen Linken mit der vietnamesischen Revolution hatte in ihrem notwendigen Protest gegen den US-Imperialismus auch immer das falsche Moment der Projektion, nämlich daß die Interessen sozialer Emanzipation in den Metropolen **unmittelbar** die gleichen wären wie die im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit der indochinesischen Völker. Die Kulturrevolution in China mit ihrer jugendrevoltehaften Parole "Rebellion ist gerechtfertigt" sprach die zunächst vornehmlich aus Jugendlichen bestehende Linke in den Metropolen unmittelbar an, und diese identifizierte sich zu einem großen Teil mit der Entwicklung in China. Diese Identifikation führte nach dem Ende der Kulturrevolution entweder in die Sektiererei, den Linienfetischismus, oder in die Resignation. Ein anderer Teil suchte den Weg zurück in den politischen Realismus und fand in der DKP seine neue Heimat. Die Welt schien wieder in Ordnung zu sein: Moskau oder Peking – das war hier die Frage.

Der Verzicht auf eigenständige Analyse mußte sich langfristig bitter rächen. Auch Trotzformulierungen wie "Wir haben eine andere Vorstellung vom Sozialismus" können die konkrete Analyse einer konkreten Situation nicht ersetzen. Aufgrund der bescheidenen Informationen, die uns zur Verfügung stehen, lassen sich trotzdem einige Ansätze für eine solche konkrete Analyse gewinnen.

Kombination von Kampf um nationale Freiheit und Klassenkampf

Die These, daß die bewaffneten Konflikte in Südostasien bloße Folge des sino-sowjetischen Konflikts seien, hält einer genaueren Prüfung nicht stand; denn weder in China noch in Indochina sind die antikolonialen Revolutionen Produkte irgendeiner Lenkung von außen gewesen, sondern ergaben sich aus der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung dieser Länder. Der Konflikt zwischen Peking und Moskau ist ja gerade Ausdruck der Tatsache, daß sich zwischen zwei aus sozialen Revolutionen hervorgegangenen Staaten keine neuen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse herstellen lassen. Das gleiche gilt deshalb auch für China und Vietnam, aber nicht für die Länder Osteuropas, die mit Ausnahme Jugoslawiens vornehmlich durch die Rote Armee befreit wurden.

Die Satellitentheorie stammt aus dem Arsenal des Kalten Krieges. Schon 1964 antwortete Ho Tschi Minh auf die Frage, ob das kleine Vietnam nicht unweigerlich ein Satellit des mächtigen China werden würde: "Niemals!" Zentrales Ziel und zugleich Kraftquelle antiimperialistischer Revolutionen ist die Kombination von Kampf um nationale Freiheit und Klassenkampf gegen die schmalen Ausbeuterschichten, die mit dem Feind kollaborieren. Daher ist auch die nachrevolutionäre Form **ein Nationalstaat auf nichtkapitalistischer Grundlage**, der die Erbschaft von Kolonialismus und Imperialismus zu beseitigen sucht. Dieses Ergebnis der sozialen Revolutionen des 20. Jahrhunderts – von der russischen Oktoberrevolution bis zu den jüngsten sozialen Revolutionen in Angola, Guinea und Mozambique – hat nichts mit Marx' Vorstellung von Weltrevolution zu tun. Die verschiedenen Marxismen-Leninismen sind höchstens Ideologien nachrevolutionärer Gesellschaften und ihrer sozialökonomischen Neuformierung, die sie langfristig von imperialistischer Fremdbestimmung unabhängig machen sollen. Sozialistisches Selbstverständnis und nichtkapitalistische Gesellschaftsordnung geraten mit zunehmender gesellschaftlicher Entwicklung in Widerspruch. Die Sowjetunion machte unter gewaltigen Leiden als erstes Land diesen Prozeß durch, den unter anderen Bedingungen auch China nach der Kulturrevolution heute zur Enttäuschung aller Maoisten durchlebt. Das Aussprechen dieser Erfahrung bedeutet aber keineswegs die Rechtfertigung aller Handlungen der politischen Führer – also weder von Stalins Verbrechen noch von Interventionsakten zur Unterdrückung der Freiheit anderer Völker.

Die Ungleichzeitigkeit sozialer Revolutionen

Die siegreichen Revolutionen Indochinas haben zur Bildung der Nationalstaaten Vietnam, Laos und Kampuchea auf nichtkapitalistischer Grundlage geführt. Alle drei haben verschiedene historische und gesellschaftliche Ausgangsbedingungen, da auch durch die fürchterlichen Bombardements der USA nicht aus Laoten, Kambodschanern und Vietnamesen unterschiedslose Menschen wurden.

Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens in Indochina heute kann nur die gegenseitige Anerkennung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität dieser drei Staaten sein – auch durch China und die Sowjetunion. Allerdings verläuft die Weltgeschichte nicht ideal, wie die historische Erfahrung zeigt. Die **Ungleichzeitigkeit sozialer Revolutionen** belebt die nationalen Unterschiede neu und aufgrund der geographischen, ethnischen und zeitlichen Unterschiede ergeben sich unterschiedliche Interessen der Völker und unterschiedliche Vorstellungen der gesellschaftli-

"Krieger" der Roten Khmer dpa

chen Avantgardeorganisationen.
In Indochina besitzen die Laoten und Vietnamesen ähnliche revolutionäre Erfahrungen, und die ähnlich lange Dauer des nationalen Befreiungskampfs (30 Jahre) fällt zudem in den gleichen Zeitraum, während die nationalkulturelle vorkoloniale Geschichte völlig verschieden ist. Beide haben eine ähnliche Nordgrenze zu China, aus der sich gemeinsame Interessen ergeben. Das südlich gelegene Kampuchea ist erst spät in den Indochina-Krieg verwickelt worden; nach dem Einmarsch der Amerikaner und dem Sturz Sihanuks 1970 verwandelten sich die Roten Khmer von einer kleinen Sekte in die Führungsorganisation einer Millionen-Bauernarmee, der es innerhalb von fünf Jahren gelang, ihr Land zu befreien.
Die Orientierung der Kambodschaner an der VR China war verständlich; denn die Sowjetunion behielt bis zum letzten Zeitpunkt Beziehungen zum reaktionären Lon Nol Regime, weil sie mit Rücksicht auf die USA nicht an einer Ausweitung des Indochina-Konflikts interessiert war. Weil Laos und vor allem Vietnam eine selbstbewußte Politik machten, die den Ausgleich zwischen der Sowjetunion und China forderte, sah China im entfernten Kambodscha zum ersten Mal die Möglichkeit, eigenen politischen Boden in Indochina zu gewinnen.
Je einseitiger China seine Verständigung mit den USA betrieb, die schon 1971 mit Kissingers Geheimdiplomatie begann, als der Vietnamkrieg auf dem Höhepunkt war, desto mehr orientierten sich die Vietnamesen in ihren Unterstützungsforderungen nach Moskau. 1967 hat der unparteiische französische Ho Tschi Minh-Biograph Lacouture ein merkwürdiges Gesetz der Diplomatie aus der Sicht Vietnams formuliert: "China aber liegt zu nahe und verfügt über sehr starke politische und militärische Druckmittel. Moskau dagegen ist weit – eine ideale Situation für Völkerverbindungen, selbst für sozialistische Staaten. Eine Hilfeleistung von Seiten Moskaus ergibt für Vietnam bei weitem keine so große Verpflichtung wie ein Beistand aus China."

Alter und neuer Indochina-Konflikt

Während der alte Indochinakonflikt wesentlich als Kampf gegen äußere Einmischung zu verstehen ist, läßt sich der neue Indochina-Konflikt seit dem Abzug der USA nur aus der inneren Situation der Länder Südostasiens selbst begreifen. Die USA erlaubten ihrer Marionette Thieu, den Kompromiß des Pariser Vietnam-Abkommens gewaltsam zu seinen Gunsten zu verändern.
Der FLN und der Demokratischen Republik Vietnam blieb gar nichts anderes übrig, als von der Defensive zur Offensive überzugehen und das Regime in Saigon zu stürzen. Dies nahmen die USA, die gleichzeitig ihre Beziehungen zu China intensivierten, zum Vorwand, sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen: Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Zahlung einer hohen Reparationssumme. Aufgrund der totalen Zerstörung Vietnams bei gleichzeitig hoher Bevölkerungskonzentration wuchsen die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten: Entlaubung der Wälder, Vergiftung des Bodens, eine ungeheure Zahl von Menschen, die vom Kriegskapitalismus der USA gelebt hatten (Devisenschmuggler, Rauschgiftdealer, Waffenhändler, Prostituierte etc.) waren nur einige Probleme, vor denen die Vietnamesen standen.

Gefangene Chinesen in Nordvietnam dpa

Die Roten Khmer suchten diese Probleme mit einer Radikalkur zu lösen: Ausrottung des städtischen "Sumpfes" durch sofortige Totalevakuierung. Im Gegensatz zu Vietnam hat Kambodscha eine geringere Bevölkerungskonzentration, viel weniger Industrie und eine relativ reiche Agrarkultur, die aber durch die US-Bomben stark in Mitleidenschaft gezogen war. Pol Pot und seine Genossen, wenn nicht alles täuscht, versuchten das kolonialistische Erbe durch einen radikalen, sofortigen Schnitt zu beenden: Neuaufbau durch absolute Agrarisierung.
Dieses Programm schnell in die Tat umzusetzen, geschah mit Zwangsmaßnahmen, die auch den kollektiven Terror einschlossen. Die kurze Dauer des Befreiungskrieges hatte es den Roten Khmer nicht ermöglicht, langfristig in befreiten Gebieten die Erfahrung einer neuen Ökonomie und damit veränderter gesellschaftlicher Beziehungen zu machen. Die Verselbständigung der Gewalt, die gegen den Imperialismus erfolgreich ist, wird zur realen Gefahr in einer Gesellschaft, in der durch die imperialistische Kriegführung sämtliche sozialen Strukturen zerschlagen sind (kollektiver Wasserbau, Familien etc.) und sich im Unterschied zu Vietnam noch keine dauerhaften neuen herausgebildet haben.
Die westlichen Kommentatoren, die heute zynisch von "Steinzeit-Kommunismus" sprechen, unterschlagen bewußt Geschichte: Indochina "in die Steinzeit zurückzubomben" – diese Formulierung stammt wörtlich aus dem Pentagon. Die Brutalisierung der gesellschaftlichen Konflikte ist selbst ein Produkt imperialistischer Barbarei. Tatsache bleibt darüber hinaus, daß die Zwangsmaßnahmen der Roten Khmer die Bevölkerung demoralisierten und sich ein Flüchtlingsstrom von 350.000 Kambodschanern nach Vietnam ergoß, die dort den ohnehin schon knappen Reis mit aufzehrten. Vietnam öffnete ein Ventil: es ließ Menschen, die sich nicht am Neuaufbau beteiligen wollten, auf Schiffen emigrieren. Gleichzeitig wuchsen die Spannungen mit den Vietnam-Chinesen, die vor allem in Cholon, dem berühmten Stadtteil Saigons, treibende Kraft des parasitären Handels und Zwischenhandels waren.
Wir können die Frage nach Schuld und Unschuld nicht einfach beantworten; aber festzustehen scheint: zwischen Vietnam und Kampuchea gab es ernstzunehmende Unterschiede in der politischen Behandlung des Stadt-Land-Problems, die aktuelle Folgen für die Beziehung zwischen beiden Ländern haben mußten. Während des Indochinakrieges hatten die Vietnamesen auf kambodschanischem Boden das System des Ho Tschi Minh-Pfades geschaffen, wo es aktuell zum Konflikt zwischen den Gesellschaftskonzeptionen der Pol-Pot-Regierung und der Vietnamesen kommen mußte, die diesen Pfad für ihre Sicherheit als notwendig ansehen (geographisch an der schmalsten Stelle Vietnams). Die traditionelle Furcht der Kambodschaner vor vietnamesischer Hegemonie und der Vietnamesen vor chinesischer Hegemonie taten ihr übriges. Jedenfalls kam es zum Grenzkonflikt Vietnam-Kampuchea. Die Vietnamesen, die sich aufgrund ihrer bedrohlichen ökonomischen Situation keinen langfristigen Grenzkrieg leisten konnten, standen vor der fatalen Alternative: reguläre langfristige Verteidigung des Grenzgebietes zu hohen Kosten oder Unterstützung eines schnellen Sturzes der Pol-Pot-Regierung. Der schnelle Zusammenbruch Pol Pots scheint aus dieser Kombination von Grenz- und Bürgerkrieg verständlich zu sein. Daß Sihanouk, der ehemalige Prinz Kambodschas, vor der UN Pol Pots Innenpolitik unerhört scharf mit chinesischer Unterstützung angriff, deutet auch auf die innere Labilität Kampucheas hin.

China: Dilemma zwischen ökonomischem Interesse und internationaler Machtpolitik

Die chinesische Führung – personell vor allem von Deng Xiao Ping vertreten – hatte sich international in eine schlechte Lage manövriert. Es ist in diesem Artikel nicht möglich,

auf die vielfältigen Widersprüche der chinesischen Politik einzugehen. Aber im groben Raster scheint deutlich zu sein: China steht nach der Kulturrevolution vor dem entscheidenden Problem, mit welchen Mitteln soll eine erweiterte Akkumulation erreicht werden, um eine drohende ökonomische Stagnation zu überwinden?

Ohne internationale Aktivität bei fortwährender Abgrenzung gegen die Sowjetunion läßt sich dieses Problem nicht lösen: China befindet sich, wenn es diese Politik offensiv vertritt, worauf bisher alles hindeutete, in dem Dilemma zwischen ökonomischem Interesse und internationaler Machtpolitik. Die chinesische Führung, die sich als erster Sprecher der Dritten Welt seit Eintritt in die UN stilisiert, fühlte sich nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von dem selbstbewußten Auftreten Kubas und Vietnams berührt. Deshalb versuchte Deng die chinesische Aktion auch mit waghalsigen Formulierungen wie dem "Kuba Asiens" und dem "Mythos vietnamesischer Unbesiegbarkeit" zu begleiten.

Dengs lauthals verkündete These "Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache sie fängt Mäuse" deutet auf einen qualitätslosen Begriff von Politik der neuen chinesischen Führung hin: nach innen wie nach außen. Der gigantische Import kapitalistischer Technologie, die nicht qualitätslos ist, sondern den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß strukturiert, und die skrupellose Bündnispolitik (erinnert sei an Ceylon, Chile, Angola, Zaire, Iran, um nur einiges zu nennen) haben die chinesische Sowjetunion-Kritik völlig unglaubwürdig gemacht. Wie Charles Bettelheim in seiner maoistisch verengten, aber akribischen Chinakritik (Fragen über China nach Mao Tsetungs Tod, Berlin 1978) gezeigt hat: in vielen Problemlösungen ähnelt jedenfalls das neue China sehr stark der Sowjetunion der dreißiger Jahre, die in der Praxis ökonomische Stagnation und verstärkte politische Repression zur Folge hatten.

Verwundeter vietnamesischer Soldat

Die "Strafexpedition" mußte militärisch wie politisch in die Sackgasse des Rückzugs führen. Dem Realisten Deng mußte klar sein, daß bei einem langandauernden nationalen Verteidigungskrieg Vietnam alle Trümpfe außer dem der Zahl in der Hand hat. Deswegen setzte man auf eine **schnelle Aktion, große Infanteriemassen** und **massivstes Artilleriefeuer.**

Die Aktion mußte in dem Augenblick politisch ausgeschlachtet werden, in dem der Angriff zum Stehen gebracht wird. Militärisch beginnt aber erst dann für den zahlenmäßig überlegeneren Aggressor das Problem: wie den geordneten Rückzug antreten, wenn die Initiative an den Verteidiger übergeht? Aus diesem Grund erfolgte das plötzliche Verhandlungsangebot der Chinesen nach vierzehn Tagen bei gleichzeitigem Ausbau von Defensivstellungen und Zerstörung der feindlichen Infrastruktur (Brücken, Straßen, Vorräte etc.).

Alles in allem: ein höchst gefährliches Spiel, nein, gefährlichster Ernst, wenn man an die Zahl der Opfer denkt, nur um auf vorrevolutionäre altasiatische Weise "das Gesicht zu wahren"!

Ist mit den Kämpfen in Asien die internationale Solidarität endgültig gestorben?

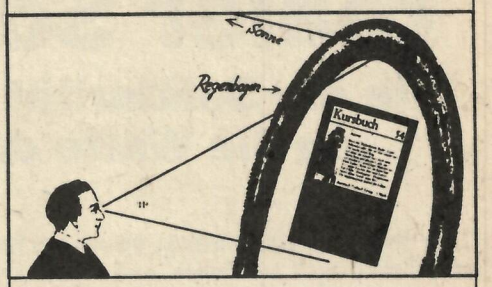
Die chinesische Intervention in Vietnam hat die Hoffnung auf die Solidarität zwischen den Völkern der Dritten Welt endgültig zerstört; dem chinesischen Ansehen in der Dritten Welt muß dies schaden. Vietnam läßt sich weder erobern noch "befreien".

Aber auch die Vietnamesen befinden sich nach wie vor in einer gefährlichen Lage. Die Pol-Pot-Regierung wurde durch eine Kombination von regulärem Grenzkrieg und Unterstützung kambodschanischer Rebellentruppen gestürzt. Die Vietnamesen bewegen sich auf einem schmalen Grat zwischen Eroberung und Befreiung. Das chinesische militärische Abenteuer hat ihrem Bedürfnis nach Stationierung von Truppen in Laos und Kampuchea noch eine zusätzliche Begründung geliefert; aber damit wächst auch die Gefahr, aus vietnamesischer Erfahrung gewonnene Methoden auf die Probleme in Laos und Kampuchea zu übertragen. Dies würde über kurz oder lang zu neuen bewaffneten Auseinandersetzungen führen.

Ist mit den bewaffneten Kämpfen in Asien die internationale Solidarität endgültig gestorben? Emanzipatorische Bewegungen werden und müssen sich weiterhin mit sozialen Revolutionen und Völkern, die Opfer von Aggressionen sind, solidarisieren. "Freiheit und Unabhängigkeit sind das höchste Gut" – dieser Satz Ho Tschi Minhs gilt nicht nur für die Ziele nationaler Befreiung, sondern er muß auch auf die Beziehung von sozialen Bewegungen und Staaten, die Produkt antiimperialistischer Revolutionen sind, konkretisiert werden. Hilfe und Solidarität muß man von diesen Staaten verlangen – wie sie im Falle Angolas von Kuba selbstlos gegeben worden ist; Abhängigkeit und Instrumentalisierung durch fremde Staaten sind aber der Tod jeder sozialen Bewegung. Die freiwillige Unmündigkeit vieler linker Organisationen in den Metropolen, die sich mit verschiedenen Staaten identifizieren, ist allerdings die Garantie einer bescheidenen zukünftigen, sektiererischen Existenz.

DETLEV CLAUSSEN

Kursbuch



Kursbuch 54
Jugend

192 Seiten, DM 8 (im Abo DM 6)

Rock me: Diskotheken. Buden. Läden / Arbeitslos oder: Mit der Zeit vergeht das / Ich denk, ihr werdet mich noch sehn / Manta-Frau und glücklich sein, geht das? / Ein junger Faschist / Dorfjugend / Drogenszene / Die langandauernde Jugend der Linken u. a. Artikel

Kursbuch 55
Sekten

192 Seiten, DM 8 (im Abo DM 6)

Zwei Personen – eine Sekte / Die Mehrheit als Sekte / Der linke Psychodrom / Die Lust des Hirns auf Hausmannskost / Wozu diese dummen Fragen, Genossen? / Astral – Marx / Im Schoß von Begriffen / Die Gurus der demonstrativen Lebensstil-Suche u. a. Artikel

im Juni 1979 erscheint:

Kursbuch 56
Unser Rechts-Staat

192 Seiten, DM 8 (im Abo DM 6)

Wenn Sie sich zum Abonnement des **Kursbuch** entscheiden, kostet das Einzelheft statt DM 8 nur DM 6. Sie erhalten so **4 Hefte zum Preis von 3 Heften.** Und: Wenn Sie ein Abonnement eingehen, können Sie bereits erschienene Hefte zum Abonnementspreis nachbeziehen. Sie sparen also auch bei diesen Heften DM 2.

Neu-Abonnenten erhalten als Morgengabe **eine Tüte voll früherer Kursbogen** (mehrfarbige Kursbuch-Poster), z. B. »Der schmale und der breite Weg«, »Das große Hoffmanns - Comic - Gesellschafts - Spiel«, die »Fahnenkorrektur« oder den »Roman des Romans anhand eines Briefwechsels«.

Abonnieren können Sie das Kursbuch in jeder Buchhandlung. Oder mit diesem Coupon direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie das Kursbuch regelmäßig durch eine Versandbuchhandlung erhalten – im Jahresabonnement DM 24 für vier Hefte plus Porto.

An den Rotbuch Verlag,
Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30.
Ich abonniere das Kursbuch ab Nr.: _____

Bitte schicken Sie mir die folgenden Kursbücher einzeln: _____

_____

_____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach »Das kleine Rotbuch« zu.

Reale Kriege und realer Sozialismus

Wie die Solidarität um jeden Preis uns um die Waffe der Kritik beraubt

"Jede ferngesteuerte Identität, ob nun mit Moskau oder mit Peking oder mit wem auch immer, muß endlich ein Ende finden, und es muß versucht werden, auf den eigenen Beinen innerhalb des europäischen Kontinents und des dortigen Klassenkampfes den Standort zu finden." Rudi Dutschkes Beitrag geht von der Solidaritätsbewegung der sechziger Jahre aus.

Die Schwierigkeiten des Einstiegs in die Geschichte sind uns nicht fremd, der Kampf um die Standortfindung in ihr noch weniger. Am bittersten ist es, für frühere Klassenkampfperioden als auch für die Zeit von den sechziger Jahren bis in die Gegenwart hinein die schwere Diskontinuität und die eindeutigen Brüche in der Verallgemeinerung von Klassenkampferfahrungen zu übersehen. Positivistischee Wissenschaft und Ungebrochenheit der bestehenden Produktionsverhältnisse sichern dagegen die Kontinuität der herrschenden Verarbeitung von Geschichte. Ist das, was sich in der jetzigen Periode in Asien vollzieht und worauf viele von uns voller Entsetzen, politischem Unverständnis und theoretischer Unklarheit starren, nicht ein weiteres Beispiel für diese uns belastende Diskontinuität?

Verlorene Generation?

Wir, die im SDS und in der ersten APO-Zeit in der BRD unsere grundlegenden Lernprozesse über die antiimperialistischen und antiautoritäre Bewegung gemacht haben, haben der jüngeren Generation gegenüber nun schwerlich das Recht, ihr mit einer weit voraussehenden kritisch-materialistischen Vernunft gegenüber zu treten. Wir verfügen vielleicht üer viel davon, ahnten aber nicht im geringsten, daß asiatische Kriege zwischen Ländern und Parteien mit "kommunistischen" und "sozialistischen" Namen möglich, unter bestimmten Bedingungen unvermeidlich sein könnten.

Es gehört aber nicht viel Mut dazu, eines festzustellen: Zu einer "verlorenen Generation" wie der des spanischen Bürgerkriegs, die tatsächlich eine große Schlacht geschlagen, schließlich zur Niederlage verurteilt war, gehören wir nicht. Denen gegenüber sind unsere Rebellionsjahre ein Kinderspiel, allerdings für Veränderungsprozesse im eigenen Lande und im Rahmen der internationalen Klassenkampflage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gehören wir trotz alledem nicht aber nun durch die Kriege in Asien, wenn nicht zu einer "verlorenen", jedoch betrogenen, eventuell schon damals sich und andere politisch-moralisch betrügenden Generation – wie die Herren an der Spitze es uns bereits damals unterstellten? Jetzt machen viele der herrschenden Charaktermasken erneut offen oder versteckt mit der Gebärde des gelernten Betrügers voller Obszönität den Versuch, es uns zu unterstellen.

Für die Unterdrückten, Beleidigten, Ausgebeuteten und Geknechteten, von Bombenteppichen und ausländischen Armeen mit ihren Helfershelfern ermordeten und gequälten Opfern und für die Widerstandskämpfe der nationalen Befreiungsfronten in Afrika, Südamerika, Asien wie des gleichen voller Ekel über die Unwahrheit der öffentlichen Meinung in unserem Lande und mancher unserer Lehrer, sind wir auf die Straßen gegangen.

Kein Historiker mit gewisser Ernsthaftigkeit, kaum ein amerikanischer Politiker, der wenigstens die zugänglichen CIA-Dokumente gelesen hat, bestreitet heute die Richtigkeit der damaligen SDS-Analysen über die Verankerung der FNL in großen Teilen des Volkes. Der Sieg, die politisch-militärische Machtergreifung und die schwere Niederlage des US-Imperialismus kann wohl schwerlich vom Himmel gekommen sein. Wenn nicht die Wurzel der Widersprüche im Süden gewesen wäre, dann hätte keine nordvietnamesische Armee helfen können, der amerikanischen und südvietnamesischen Armee eine solche Niederlage zu verpassen.

Hier im Lande sind die Leber und Carstens mit Sicherheit der Borniertheit und Lüge unverändert nahe geblieben. Sie und andere gehörten nicht zu denen, die sich heute schämen, an dieser Protestbewegung der sechziger Jahre gegen den Krieg sich nicht beteiligt zu haben. Und "wir" in Amerika, Europa, Afrika und woanders sollten uns schämen, einer Tätigkeit wegen, von der Herr Britthorf im Spiegel überzogen und aus entgegengesetzten Motiven sagt: "Diese junge Generation hat (nach der nicht ganz unzutreffenden Ansicht von General Westmoreland) durch ihren Protest den Vietnam-Krieg in Wahrheit gewonnen, zumindest mitentschieden." Ist es denn eine Schande, etwas mitgeholfen zu haben, einen Krieg früher zu beenden? Der Bolschewik Joffé sagte kurz vor seinem politisch motivierten Selbstmord im Jahre 1927, daß die eigentliche, vielleicht einzig große Leistung seiner Partei darin bestanden habe, den Krieg um einen Monat früher beendet und damit Leben gerettet" zu haben. Der SDS und die APO lassen sich damit im Grunde nicht vergleichen. Dennoch ist jedes Moment, das Leben und nicht den Tod in den Mittelpunkt zu stellen, grundlegend für ein sozialistisches Selbstverständnis.

Ist Solidarität ein unkritischer Geist?

Unsere Solidarität mit den nationalen Befreiungsfronten war nicht ohne Widersprüche und wird es nicht sein können. Allerdings wurden diese in der ersten APO-Periode nicht erkannt, wenigsten nicht ausgesprochen, auch nicht bewußt verdrängt. Die Probleme in der Praktizierung internationaler Solidarität müssen von uns gerade auf der bitteren Grundlage der Kriege in Asien reflektiert und neu formuliert werden. Da hilft uns keine moralische Beihilfe von wem auch immer. Sich nicht von der internationalen Solidarität für die Beleidigten und Ausgebeuteten davonzustehlen, steht zur Debatte. Die persönlichen, theoretischen, politischen Schmerzen der Genossinnen und Genossen, die anläßlich solcher Krie-

Vietnam-Solidarität 1975 (Demonstration in Essen)

ge, wie in Asien, unüberhörbar auftauchen, erfordern radikale Fragen.

Stellen wir erst einmal fest: "Wir", die wir zwischen der Anti-Tschombé-Demonstration von 1964 bis zu den Anfängen der Rückschläge von 1968 verschiedene theoretische Ansätze und teilweise entgegengesetzte soziale und politische Herkunft mit uns brachten (die DDR und BRD-Herkunft sind eben nicht identisch), benutzten bei den verschiedensten Anlässen die Kategorie der Kritik. Bei der internationalen Solidarität aber kannten wir die "Solidarität um jeden Preis". Die Kritik, Grundmotor eines sozialistischen Selbstverständnisses, ging dabei unter. Niemand hatte uns das beigebracht, nirgendwo haben wir sie erlernen können. Wir haben nicht mitbekommen, daß in der Solidarität die Kritik enthalten sein muß. Erst recht waren die Konsequenzen eines fetischisierten Solidaritätsbegriffs nicht ganz klar.

Die Unklarheiten, die sich meist hinter der unkritischen Identitätssuche versteckten, mußten in einem gespaltenen Lande, insofern in einer doppelt gespaltenen Arbeiterklasse für uns zunächst unlösbare Probleme und Aufgaben bringen. Die "Solidarität um jeden Preis" verstopfte den Zugang zu den realen Tendenzen des Klassenkampfes im Lande, auf dem Kontinent. Sie hinderte uns radikal zu erkennen, daß neben uns auf den Straßen sich längst nicht mehr nur Studenten befanden. Im SDS-West-Berlin war die von mir aufgebaute Gruppe von Jungarbeitern, Sozialarbeitern und Schülern im Jahre 1967/68 zwar eine widersprüchliche Ausnahme, in den Demonstrationen und Konfrontationen auf den Straßen war die Existenz dieser sozialen Schichten eine reale Klassenkampferfahrung. Der kapitalistische Rationalisierungsprozeß in den Betrieben und Institutionen hatte auch die junge Arbeitergeneration zu einem Großteil mit auf die Straße getrieben. Die ersten 600.000 Arbeitslosen Ende 1966 konnten von uns als Studenten – auch als SDS-Studenten – noch einmal verdrängt werden, nicht aber von den Jungarbeitern. Darum waren sie auch 1967/68 dabei.

Foto: Rose

Was noch heute geleugnet wird. Es gehört mit zum heutigen "Modell Deutschland", zur sozialdemokratischen Pazifizierung der Erbschaft der sechziger Jahre, weiter von einer Studentenbewegung allein zu reden. Ehemalige SDS-Studenten, heute Diplom-Politologen oder Doktoren, schreiben es heute sogar nieder!

Es gibt für mich keine Rechtfertigung einer massenfeindlichen, die politischen Klassenkampfmöglichkeiten völlig mißachtenden Stadtguerillatätigkeit. Sowenig wie für mich der Abrutsch in die ML-Bewegung irgendwie als Fortschritt verstanden werden könnte. Dennoch kann ich nicht bestreiten, daß diese Richtungen auf jeden Fall, personell und von der Seite des antiimperialistischen Kampfes her natürlich eine Beziehung gehabt haben zum SDS und zu der Geschichte des SDS. Doch ohne jegliche antiautoritäre Aufklärungsseite wurde die Differenz eine grundlegende – konnte die Solidarität mit Vietnam nicht mehr die gleiche sein.

Diese autoritären und elitären Strömungen unternahmen am Anfang der siebziger Jahre den Versuch, die Solidarität mit der vietnamesischen Revolution fortzuführen, so breit wie nur möglich. Doch wie hatten sich die Verhältnisse bei uns im Land und international verändert! Wie schnell hatte die herrschende Klasse gelernt, die veränderten Bedingungen neu zu verarbeiten. Mit Mao-Sprüchen und arabischen Guerillataktiken ließen sich die Wandlungen in der BRD so wenig wahrnehmen, wie eine kritisch-solidarische Klärung der Klassenkampfprozesse und der militärischen Konfrontationen in Asien.

Nicht Solidarisierung, sondern Atomisierung und Isolation standen längst nun im Mittelpunkt, nicht sozial-emanzipatorische Lernprozesse, nicht politische Klassenkämpfe, sondern sozialdemokratische Pazifizierung schritt voran. Die dabei entstehenden neuen Widersprüche und Widerstandsformen, wohl mit Wyhl beginnend, haben personell und gerade, was die antiautoritäre Seite angeht, natürlich etwas mit der ersten APO-Periode zu tun, sind aber in keiner Weise damit identisch.

Die **neuen Widersprüche und neuen Widerstandsformen** mit noch viel neueren sozialen und politischen Inhalten, leiteten viel mehr die zweite APO-Periode ein. Die sozialen Gruppen, die sich daran beteiligten, waren zumeist neu. Sie hatten mit den sechziger Jahren und mit Vietnam nicht diese Verbindung und die Berührung, wie wir sie hatten. Recht "alte" und ganz junge Generationen tauchten aktiv in der politischen Klassenkampfszenerie der BRD auf. Fast alle von ihnen hatten und haben kein direktes Problem der Aufarbeitung und Verarbeitung der eigenen Geschichte, wie das bei "uns" der Fall ist.

Allerdings müssen wir **alle** versuchen, die asiatischen Kriege, deren Hintergrund und Tendenz zu durchschauen. Denn es handelt sich um Kriege zwischen Ländern, wo mit Sicherheit alles real ist. Aber vielleicht noch mit größerer Wahrscheinlichkeit deren "Sozialismus" zu befragen ist. Wir schmeißen doch einen Begriff und eine grundlegende Hoffnung auf Befreiung nicht einfach in den Dreck der Interessen neuer herrschender und sich kriegerisch bekämpfender Klassen!

Moralische Stärke und analytische Schwäche

Derjenige, der **heute** die für unsere Stellungnahme in Bezug auf Vietnam so wichtige Arbeit von den Genossen Horlemann und Gäng (unterstützt von anderen Genossinnen und Genossen) liest, wird die Sorgfältigkeit in der Analyse der Einflüsse des ausländischen imperialistischen Kräfte sofort erkennen und würdigen. Wenn dieser Leser aber eine gewisse Kenntnis der asiatischen Struktur, der "asiatischen Zone", die besondere Sozial- und Klassengeschichte dieser Zone bis zu Klima und Geographie sich angeeignet hat, dann wird er die Beschränktheit dieser Analyse nicht übersehen können. Eine "asiatische Produktionsweise" gibt es in dieser Arbeit sowenig wie eine Geschichte des "asiatischen Despotismus". Gesellschaftliche Verhältnisse, wo sich das Privateigentum nicht festigte und die Bürokratie als herrschende Klasse nicht zu übersehen war. Aber für uns war es zu übersehen.

Niemand von unseren Lehrern hat uns das innerhalb oder außerhalb der Universität beigebracht.

Einer unserer Lehrer, Wolfgang Abendroth, gehörte zu den wenigen, die über die "Internationale Vereinigung der kommunistischen Opposition" (Thalheimer-Brandler-Fraktion) noch etwas erfahren hatte, über den besonderen "asiatischen Feudalismus" Rußlands. Nicht einmal davon bekamen wir etwas zu hören. Als Wolfgang Abendroth Mitglied der KPD geworden war, ging auch dieser Rest von theoretischer Kontinuität verloren. Es ist sehr interessant feststellen zu können, wie gerade in der zweifelhaften Rezension des Buches von Rudolf Bahro im Argument der Genosse Abendroth, wenn auch mit äußerster Zurückhaltung das "asiatische Milieu" in der russischen Geschichte anerkennt.

All das war uns in unserem Lernprozeß der sechziger Jahre noch völlig fremd. Ich erwähne das in keiner Art und Weise, um etwas zu rechtfertigen. Da gibt es nichts zu rechtfertigen, da gilt nur, gelebt zu haben und nicht bei denen gelandet zu sein, die für den Krieg waren und bei denen gelandet zu sein, die gegen den Krieg waren und gegen die Unterdrückung der Völker. Aber es muß darauf verwiesen werden, wie theoretische Lernprozesse verloren gegangen sind und wie schwer es ist, sie wiederzugewinnen. Anders ist es nicht zu erklären, wie der Schwachsinn, der sich in diesen Tagen und Wochen abspielt in Nouvelle Observateur, in Le Monde und Spiegel über die asiatischen Kriege. Da wird denunziatorisch und auf niedrigstem analytischen Niveau über die "asiatischen Söhne" von Marx und Lenin, von Ho Tschi Minh und Mao geschwätzt. Es wird behauptet, daß sich diese Söhne von Marx nun die Köpfe einschlagen. Und die meisten linksorientierten Genossinnen und Genossen und Freunde sind nicht fähig, darauf zu antworten. Es ist auch schwierig genug.

Daß Marx die provokatorische Frechheit besaß, die Eroberung Indiens durch den englischen Imperialismus seinerzeit als die "erste soziale Revolution" in der asiatischen Zone fast zu feiern, ist den Schreiberlingen in den Wochenzeitungen so fremd, wie grundlegende sozialrevolutionäre Konzeptionen von Marx. Für ihn war dabei bis zum Ende

seines Lebens eins sicher, daß jede erfolgreiche **politische** Revolution in der asiatischen Zone, die nicht begleitet ist durch eine erfolgreiche **soziale** Revolution in den hochentwikkelten kapitalistischen Ländern, unvermeidlich in die alte Scheiße zurückfallen muß, wie modifiziert auch immer.
Als Leser von Viktor Serge und anderen, in den sechziger Jahren, wußten wir vom Militarisierungsprozeß nach dem bolschewistischen Oktobersieg, erst recht von der Militarisierung, die sich nach der Zerschlagung der Kronstädter nach 1921 erweiterte und festigte. Keiner von uns wußte, daß der militärische Sektor ein konstitutives Glied der alten und neuen asiatischen Grundstruktur von Herrschaft ist. Die aus verschiedenen Gründen in Westeuropa sich nicht durchsetzende soziale Revolution spielte (und spielt) bei dem Rückfall in der asiatischen Zone dabei eine durch nichts zu unterschätzende Rolle.

Solidarität unter veränderten Bedingungen

Jede Kritik dieser Verhältnisse in Asien, wie wir sie heute vielleicht vornehmen, muß verbunden sein mit einer Selbstkritik. Denn wenn keine revolutionären Veränderungen in den hochentwickelten Ländern des Kapitalismus stattfinden, dann hat das unvermeidlicherweise Rückwirkungen auf alle anderen revolutionären Prozesse und dann ist der Umschlag von Revolution in Konterrevolution in diesen Zonen ein sehr schneller.
Hätten wir von diesem Zusammenhang auch nur etwas gewußt, von der vorhergehenden Generation mitbekommen, hätte uns unser Dilemma nach unseren Niederlagen in der BRD und erst in Frankreich und Italien in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre tendenziell klarwerden können. Daß gerade in Asien die Art der Scheiße sich anbahnen wird, wäre dann zu ahnen gewesen. Aber was heißt schon ahnen! Es bedarf einer geschichtlichen Kontinuität, auch theoretischer Kontinuität, aber gerade sie war durchbrochen und durch nichts wieder hergestellt worden.

"Zielgerecht"

Das sozialistische Jagdwesen unserer deutschen demokratischen Republik ist ein Ausdruck der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus durch die Partei der Arbeiterklasse ... Die Erziehung der Jäger zu sozialistischen Persönlichkeiten wird gemäß Beschluß des VIII. Parteitages zielgerecht durchgesetzt.
(Aus: "Sonderbericht über das sozialistische Jagdwesen" von Walter Henkels zitiert aus "Ansprechen des Rotwildes", Ostberlin 1971)

Es ist natürlich bitter festzustellen, daß teilweise diejenigen, für deren Sieg und Frieden man politisch mit vollstem Einsatz, jahrelang sich eingesetzt hat, sich nun entpuppen als solche, die wie durchaus traditionelle asiatische Eroberer handeln. Aber das vietnamesische Volk, welches über den Sieg und die Beendigung des Krieges glücklich war, kann schwerlich über vietnamesische Eroberungen oder Eroberungen welcher Art auch immer oder Okkupationen oder Lektionen chinesischer Art glücklich sein; kein Volk kann darüber glücklich sein. Die Solidarität mit diesen neuen Beleidigten und Geknechteten, ob nun in China oder Vietnam oder in Kambodscha oder wo auch immer, ist so wichtig wie in den sechziger Jahren.
Doch die Lage und Situation hat sich verändert. 1968 hatten wir einen Vietnam-Kongreß, der Ausdruck einer politisch sozialen Bewegung im eigenen Lande und tiefster internationaler Solidarität für die Unterdrückten und Beleidigten war. Wenn 1979 sich in Helsinki wieder Kräfte versammeln unter der Losung "Hände weg von Vietnam", so ist das ein anderer Klang. Es ist nicht der gleiche. Es ist nämlich der Klang derer, die schon wieder nur eine einzige Seite sehen und das ist die Seite derer, die wesentlich von sowjetischer Politik her bestimmt werden. Da gibt es nur noch die Eroberer, die aus China kommen, da gibt es nichts mehr zu sagen über das, was die Vietnamesen in Kambodscha angestellt haben.
Und ein weiteres muß hinzugefügt werden: 1968 hatten wir die Okkopation der CSSR durch die Länder des Warschauer Paktes. Es hätte niemals einen Vietnam-Kongreß in Berlin gegeben, wo die SEW mit uns zusammenarbeiten konnte, die SED, die heute SEW heißt, wenn im Feburar 1968 nur etwas zu ahnen gewesen wäre, von dem, was am 21. August 1968 in der CSSR sich abspielen würde. Zwar haben die Genossen und Freunde in Prag mich gewarnt und gesagt, Du kannst dich darauf verlassen, morgen, übermorgen, werden sie bei uns sein. Ich glaubte nicht daran. Ich glaubte, 1956 kann sich nicht wiederholen. Aber 1968 ist aufgetreten und in einer Form, die wir nicht mißachten können, und 1979 können wir darum nicht mehr so wie 1968 mit den Kräften zusammenarbeiten, die damals mit uns gemeinsam ein Ziel hatten, den Frieden zu erreichen, die aber heute mit zweifelhaften Interessen sagen, Hände weg von Vietnam und auf der anderen Seite nicht gesagt haben, Weg mit den Armeen, die über die CSSR hergefallen sind.

Was bedeutet der asiatische Krieg für die Sozialisten Europas?

Der Eurokommunist Carrillo sagt zu einer ähnlichen Situation im Jahre 1973: "Als es an der Grenze zu bewaffneten Zwischenfällen zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen kam, mahnten wir, ohne uns auf eine Untersuchung der jeweiligen Verantwortung einzulassen, den Standpunkt ein, daß ein Stück Land von tausend Quadratkilometern es nicht wert sei, daß darüber das Blut eines einzigen Chinesen oder eines einzigen Sowjets fließt".
Wir sahen das Problem so: Wenn es zu einem Krieg zwischen der UdSSR und China kommt, dann ist das das Ende des internationalen Kommunismus und der revolutionären Bewegung, es wäre das Ende all dessen, wofür wir gekämpft haben, selbst wenn es in 50 Jahren oder in einem Jahrhundert noch Theoretiker geben wird, die alles erklären."
Was wird Carillo jetzt denken? Wir aus der Generation der sechziger Jahre wurden von den Solidaritätskämpfen für die Bedrängten in Vietnam oder woanders stark berührt, aber wir wurden in unserem Selbstverständigungsprozeß über die Sozialismusaufgabe unserer Generation, der vergangenen Generation und der zukünftigen von Luxemburg, Reich, Marcuse, Bloch, Marx, Horkheimer usw. und **nicht** von Stalin, Lenin und Mao entscheidend geprägt. Ganz im Gegenteil: wir waren in einem permanenten Kampf mit diesen Strömungen, manchmal sich annähernd, aber immer wieder so schnell wie nur möglich, teilweise auch aus eigener Erfahrung, die man mitgebracht hat aus der DDR, dabei, Klarheit herzustellen. Carillo hat die Tragödie der Dritten Internationale, jenem ersten Instrument russisch-sowjetischer Außenpolitik, auf seinem Rücken. Für ihn brachen alle Welten in seinem ideologischen Selbstverständnis zusammen, wenn nun auch die "sozialistischen" Länder sich militärisch bekämpfen. Während für uns nicht die Welten zusammenbrechen müssen, sondern das Wesen der realen Unterdrückung und Ausbeutungssysteme in den verschiedenen Zonen der Welt durchschaubarer werden, und die Aufgabe des Kampfes für Sozialismus, für Demokratie und Menschenrechte konkreter und die Solidaritätsdimension faßbarer machen kann. Zu wissen, wie die allgemeine Staatssklaverei der herrschenden Bürokratie und die allgemeine Lohnsklaverei in unserer Zone einander bedingen, ist meiner Meinung nach die entscheidende Voraussetzung dafür, um den politischen aufrechten Gang überhaupt antreten zu können und die letzten politisch-strategischen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.
Welche Verträge die Amerikaner und Russen auch immer in absehbarer Zeit abschließen werden, die Friedens- und Entspannungstendenz scheint wirklich nicht im Mittelpunkt zu stehen. Zu viele sozialökonomische und zunehmend sozialökologische Widersprüche stehen auf der Tagesordnung, in der Entspannung der Herrschenden keine Rolle spielt.
Die asiatischen Kriege sollten wir wie manches andere als erneutes gefährliches Anzeichen ansehen und uns neu, erst recht unverdrossen an die politische Aufgabe machen, wie jeder es kann. Marx sagt zu seiner Zeit mit enthusiastischer Hoffnung: "Wenn unsere europäischen Reaktionäre auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, die zu dem Hort der Urreaktion und des Urkonservatismus führt, wer weiß, ob sie nicht darauf die Überschrift lesen: Chinesische Republik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit." Strauß wie Schmidt stießen dort noch auf keine Schwierigkeiten. Die Mauer war beileibe in diesem Sinne noch nicht zu, sondern sehr offen, um alle herrschenden Charaktermasken reinkommen zu lassen, um mit ihnen Außenpolitik zu machen, wie es der herrschenden Bürokratie in China gefällt.
Dieser Enthusiasmus von Marx, den wir vielleicht ähnlich in den sechziger Jahren gehabt haben, hat später Relativierung und selbstkritisches Nachdenken mit sich gebracht. Relativierung und selbstkritisches Nachdenken kann niemals für den Sozialisten und Kommunisten demokratischen Typus mit revolutionären Zielen eine Aufgabe des "Prinzips Hoffnung" und des Kampfes um die Realisierung der Befreiung bedeuten. Ganz im Gegenteil, es geht darum, aus diesen Erfahrungen nun auch die sehr bitteren politischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Eine politische Schlußfolgerung muß sein: diese Identität mit der einen Seite oder mit der anderen Seite, also jede ferngesteuerte Identität, ob nun mit Moskau oder mit Peking oder mit wem auch immer, muß endlich ein Ende finden, und es muß versucht werden, auf den eigenen Beinen innerhalb des europäischen Kontinents und des dortigen Klassenkampfes den Standort zu finden.

RUDI DUTSCHKE

Und Vietnam und . . . ?

Ein Gespräch

Der neue Indochina-Konflikt kann uns nicht gleichgültig sein, hat doch die Entstehung der Neuen Linken viel mit der Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu tun. Wenn jetzt die reaktionäre Presse den "marxistischen Bruderkrieg" mit Häme zum Anlaß nimmt, um unser Engagement lächerlich zu machen, so will sie uns Resignation als einzige "Perspektive" suggerieren. Andreas Buro, Heiner Halberstadt, Egbert Jahn, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth führten das folgende Gespräch kurz nach dem Angriff Chinas auf Vietnam.

Roland: Die Invasion Vietnams in Kambodscha und der Krieg Chinas gegen Vietnam haben in der westdeutschen Linken Betroffenheit ausgelöst. Dies liegt an der Bedeutung Vietnams für die Entwicklung dieser Linken vor allem in den sechziger Jahren. Wir verarbeiten diese Ereignisse sicherlich nicht so, wie es uns die bürgerliche Presse zynisch nahe legt: Verschieden große marxistische Fische fressen sich wechselseitig auf – Marxismus und Sozialismus verschwinden damit als progressive Vorstellung oder verkommen zur Herrschaftsideologie des größten Fisches. Doch auch in Teilen der Linken haben die jüngsten Erfahrungen in Persien, aber besonders die aktuellen Vorgänge in Indochina, schon vorhandene Absetzbewegungen von Politik und Marxismus verstärkt. Steht denn unser Verständnis von Politik, Sozialismus und Marxismus grundsätzlich in Frage? Um Antworten hierauf zu finden, scheint es mir notwendig, die historischen Bedingungen und Nachwirkungen des Vietnam-Engagements der westdeutschen Linken genauer zu betrachten. Welche politischen Identifikationen sind eigentlich durch die kriegerischen Auseinandersetzungen in Indochina zerbrochen?

Betroffenheit in der Linken?

Heiner: Die Frage ist, ob da wirklich etwas zerbrochen ist oder wer sich eigentlich betroffen fühlt von "der Linken in Westdeutschland". Wenn ich das so recht beobachtet habe in den letzten Jahren, ist bei vielen, die sich der heutigen linken Bewegung zuordnen, Vietnam schon längst aus dem Blickfeld geraten. Die einzige, die immer noch an Vietnam erinnert hat, war die Internationale Vietnamhilfe, die ein Spendenkonto aufgelegt und Veranstaltungen gemacht hat, um eine Nähnadelfabrik zu bauen und ähnliches mehr. Der Stellenwert Vietnams, moralisch und politisch und in gewissem Umfang sogar strategisch gesehen, ist mindestens schon seit drei, vier Jahren weg. Es kann also nur eine Zurückerinnerung sein an das, was mal war und durch die neueren Vorgänge wieder in eine Bewertung einbezogen wird. Ob in der heutigen Linken allgemein Vietnam noch einen Stellenwert hat, ist die Frage. Bei uns schon – aber ob wir das bei den anderen nur vermuten? Ich bin sehr unsicher, ob echte Betroffenheit vorhanden ist.

Roland: Vielleicht können wir genauer nachfragen, wie sich das historisch entwickelt hat, für den Teil der Linken, für den die Vietnam-Erfahrung für das eigene Politikverständnis von entscheidender Bedeutung geworden ist oder wenigstens für den Teil, der sich in dieser Phase politisch sozialisiert hat.

Andreas: Ich glaube, der Ausgangspunkt war für sehr viele nicht etwa die Erwartung, daß sich in Vietnam eine sozialistische Gesellschaft entwickeln würde, sondern für die meisten von uns war der Ausgangspunkt, daß wir über die Reeducationphase der Deutschen durch die USA selbst mit den demokratischen Werten der westlichen Gesellschaften, die wir damals nicht als kapitalistische bezeichnet haben, vertraut gemacht wurden. Werte, die in dem Krieg der USA in Vietnam systematisch zerstört wurden. Das hat die starke moralische Betroffenheit ausgemacht, hat auch die starke emotionale Reaktion ausgelöst, d.h. Vietnam war zunächst ein Ereignis, das sich in unserem Bewußtsein abspielte und dadurch so bedeutungsvoll für uns war, weil es uns über die bürgerliche Gesellschaft, die wir jetzt als imperialistische Gesellschaft kennenlernten, aufgeklärt hat. Und die Tatsache, daß heute bei ähnlichen Ereignissen die Reaktion viel geringer ist, hängt mit dem Fehlen dieser emotionalen Betroffenheit auf's engste zusammen.

Wolf-Dieter: Später ist hinzugekommen, daß man sich über Vietnam mit der Emanzipationsbewegung der ganzen Dritten Welt identifiziert hat und in der Emanzipationsbewegung die Chance eines Sozialismus und einer sozialistischen Entwicklung gesehen hat, die offenkundig in der sogenannten ersten Welt nicht stattgefunden hat, weder im Kapitalismus noch im realen Sozialismus. Ich würde auch Heiner zustimmen, daß heute Vietnam in der Linken sicherlich keinen großen Stellenwert mehr einnimmt, aber die ganze Dritte Welt nimmt eigentlich keinen großen Stellenwert mehr ein.

Man fragt sich ohnehin, was denn im Augenblick bei den verschiedenen Krisen noch einen großen Stellenwert einnimmt.

Heiner: Wobei man festhalten muß, daß unser Vietnam-Engagement zunächst einmal ganz beträchtlich getragen war von einer Bewegung, damals vor allem der Ostermarschbewegung, in der Arbeiterjugend, pazifistische Kräfte und die wenigen Kommunisten gemeinsam aufbegehrten. Eine Bewegung, die, weil ihr Protest im Grunde in der eigenen Lage und Situation verankert war, auch aufnahmefähig war für Entwicklungen in der Dritten Welt. Heute ist die Linke ja keine Bewegung, sondern die Linke ist ein Zustand. Und man muß sogar sagen, ein desolater Zustand. Wie sollte sie aufnahmefähig sein für derartige Fragen? Die Ostermarschbewegung als Friedensbewegung hat ihr Engagement für Vietnam gefunden, als die Zugriffe, die Vernichtung in Vietnam immer stärker wurden. Aber es war der Protest einer Friedensbewegung. Und das war auch der Inhalt der ersten Phase dieses Protestes.

Egbert: Ich kann nicht übereinstimmen in bezug auf die mangelnde Betroffenheit heute. Sie artikuliert sich deshalb nicht, weil es eben Sprachlosigkeit und Orientierungslosigkeit gibt. Die Betroffenheit ist jedoch unterschiedlich. In der Studentenbewegung damals gab es zwei Tendenzen. Der Ausgangspunkt und auch die internationale Bedeutung des Vietnamkrieges für die Studentenbewegung war zweifellos der Bruch mit dem Selbstbild der amerikanischen Demokratie, und das ist nicht nur ein deutsches Problem. Und bei allen zukünftigen Konflikten, in die die USA verwikkelt waren, war dieser ungeheure Bruch nicht da. D.h. ein Großteil der Motivation war zunächst mal eine Anti-Haltung, erstens Anti-Krieg und dann im zweiten Stadium auch Anti-Kapitalismus. Und dann gab es innerhalb dieser Bewegung eine Strömung, deren Stärke schwer einzuschätzen ist, die sich mit der Politik Vietnams selbst identifiziert hat. Wobei ich allerdings hervorheben würde, daß die Identifikation mit der Gesellschaft, mit der Politik Nordvietnams nie soweit ging wie im Falle Kubas, was in der ersten Phase der Studentenbewegung eine Rolle gespielt hat und nachher noch mal in bezug auf die Kulturrevolution in China. In beiden Fällen hat man vielmehr erwartet, daß es eine anti-bürokratische, sozialistische Gesellschaft, eine Alternative zum sowjetischen Modell würde.

Endpunkt eines Desillusionierungs- und Entsymbolisierungsprozesses

Heiner: Man hat sich allerdings nie sehr intensiv mit den vorgefundenen gesellschaftlichen Strukturen und der Kulturgeschichte, der ökonomischen Geschichte dieses Landes beschäftigt, sondern man hat dort hineininterpretiert, hineingehofft, weil in der Tat bis dahin kein für die Linke akzeptabler geographischer Ort für Sozialismus, mit dem man sich bis zu einem gewissen Grad identifizieren konnte, vorhanden war. Wenn ein so kleines Volk wie das vietnamesische in der Lage war, sich gegen einen so mächtigen Gegner wie Amerika zu behaupten, dann hat sich die Linke in der Bundesrepublik Mut gemacht, im eignen Land wie auch immer zu kämpfen.

Andreas: Typisch ist, daß zwar die politische Geschichte des Konfliktes aufgearbeitet wurde, die gesellschaftliche Situation Vietnams ist hier in der BRD kaum bearbeitet worden. Insofern ist ziemlich deutlich, daß, was hier heute als Identifizierung mit Vietnam bezeichnet wird, immer eine Identifizierung war mit Vorstellungen, Projekten von dem, was die Linke selbst benötigte, an Identifikationsmöglichkeiten für sich ersehnte, aber von der Realität Vietnams selbst wußte man in der Linken überhaupt nichts.

Wolf-Dieter: Das galt seinerzeit auch schon für die Mehrheit, die sich etwa an der Sowjetunion ausgerichtet hat. Man hat sich nicht mit den realen Prozessen in den 20er und 30er Jahren auseinandergesetzt, sonst wäre diese zum Teil verhängnisvolle Fehleinschätzung nicht möglich gewesen, sondern man hat sich dieses Vorbildland konstruiert und sich an dieses Symbol gehängt, wie dann auch Vietnam oder China ein Symbol geworden sind. Darin würde ich auch die Realität der heutigen Betroffenheit noch sehen, denn es ist natürlich ein Endpunkt eines Desillusionierungsprozesses und eines Entsymbolisierungsprozesses. Vietnam und auch China vermögen nicht mehr als Symbole zu fungieren. Insofern bedeuten die jüngsten Ereignisse schon eine tiefe Kerbe, wenn auch das, was jetzt zwischen China und Vietnam passiert, auch schon einige Jahre vorher in vielen einzelnen Konflikten sichtbar wurde.

Heiner: Wenn wir von Betroffenheit reden, möchte ich meine eigene Betroffenheit genau beschreiben. Bei dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha habe ich mir nur die Frage gestellt, ist das gerechtfertigt, gibt's da Gründe, nicht nur wegen der Beseitigung des Grenzkonflikts, sondern auch wegen des terroristischen Pol Pot-Regimes? Können, dürfen die das eigentlich machen? Aber es war nicht so, daß ich mich gegen Vietnam erregt habe. Beim Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee war ich empört, da war sogar Kambodscha wieder völlig in den Hintergrund geraten. Da habe ich sofort ganz engagiert, gefühlsmäßig auch, für Vietnam Stellung genommen. Da waren sie wieder voll da, die Jahre des Eintretens für die Freiheit Vietnams.

Egbert: Für mich hat die Identifikation mit dem Vietcong oder mit Nordvietnam nie eine große Rolle gespielt. Zentral war für mich vielmehr die Frage der Antikriegspolitik. In bezug auf die Entwicklung in Vietnam hatte ich immer damit gerechnet, daß ähnliche Probleme auftauchen werden nach der ersten Periode der Euphorie, wie sie in der Sowjetunion auch aufgetaucht sind. Ich bin auch immer davon ausgegangen, daß die Probleme, die 1968/69 in der Beziehung zwischen der Sowjetunion und China und bei der Intervention in die Tschechoslowakei aufgetaucht waren, nämlich die Möglichkeit von Kriegen zwischen den Staaten, in denen kommunistische Parteien herrschen, auch in Zukunft existieren werden.
Insofern ist also die Tatsache, daß kommunistische Truppen die Grenzen überschreiten zu einem anderen Land, in dem eine kommunistische Partei herrscht, für mich überhaupt keine Überraschung gewesen. Die Tatsache, daß China in Vietnam einmarschiert ist, war für mich in der Tat eine realpolitisch zu erklärende Angelegenheit und kein Bruch mit irgendwelchen Vorstellungen, Idealvorstellungen von kommunistischer Politik.

Heiner: Da man das ja nie vergessen kann, wenn man in dieser Zeit dabei gewesen ist und von den Bildern und Informationen geprägt worden ist, welche Ungeheuerlichkeiten in Vietnam passiert sind, bringt es mich in der Tat auf, wenn ein chinesischer Staat, ein chinesischer Militärapparat, unter welchem Sozialismusbegriff er auch immer auftritt, mit Begriffen wie "Strafexpedition" arbeitet. Bei Strafexpedition habe ich an Kaiser Wilhelms Truppen beim Boxeraufstand gedacht. Aber hier kommt noch hinzu, daß China "eine Lektion erteilen" will. Das heißt, der eine Staat erteilt dem anderen dadurch eine Lektion, daß er ihm so und so viele Leute umbringt, wobei ja die kriegerischen Folgen unkalkulierbar sind. Weil für mich bis heute Vietnam nicht identisch ist mit marxistisch-leninistischer Staats- und Gesellschaftsauffassung, sondern Vietnam für mich für die ungeheure Leidensgeschichte eines Volkes steht, in einem ungeheuren Kampf, mindestens seine nationale Freiheit gewonnen hat, mußte eine solche "Rechtfertigung" eine ganz ausgesprochene Abwehrreaktion verursachen, zugunsten Vietnams und gegen China. Ich sage das von meinem Standpunkt her, nicht von marxistisch-leninistischen Prinzipien.

Muß man den Begriff sozialistischer Politik auch für die Bundesrepublik ändern?

Wolf-Dieter: In unserer Diskussion kommen jetzt so verschiedene Ebenen durcheinander: Zunächst die Frage der subjektiven Betroffenheit von uns selber. Die zweite ist die Frage der subjektiven Betroffenheit der Sozialisten in der Bundesrepublik und die dritte Frage ist die, wie seinerzeit die außerparlamentarische Bewegung auf Vietnam reagierte. Und die vierte wäre eigentlich die Realanalyse, die Einschätzung, warum hat Vietnam so gehandelt, warum hat China so gehandelt, was sind die Folgen der Handlungen von beiden Ländern für die Zukunft. Die fünfte Frage, die ich neben der Realanalyse für die spannendste halte, ist die Frage, was bedeuten die aktuellen Auseinandersetzungen in Indochina für die sozialistische Entwicklung insgesamt. Und da ist China wichtiger als Vietnam. Da ist China nicht erst durch den Grenzkonflikt hochgekommen, das ist symbolisiert spätestens durch das Treffen des Chairman Mao mit Herrn Nixon, da läßt sich in China eine veränderte Entwicklungspolitik beobachten.
Scheidet China als Faktor alternativer Politik aus, was etwa symbolisiert wird durch den Rücktritt von Charles Bettelheim als Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde Chinas in Frankreich? Das ist es, was eine ganz eminente Bedeutung hat und überall diskutiert wird. Gibt es noch einen geographischen Ort für Sozialismus in der Welt, wo eine Gesellschaft insgesamt sich mindestens nach einigen plausiblen Kriterien auf dem Weg zum Sozialismus befindet oder muß man den Begriff sozialistischer Politik auch für die Bundesrepublik ändern, weil eine Orientierung an einer sozialistischen Bewegung, die real auf der Welt zu sehen ist, nicht mehr möglich ist?

Egbert: Ich will noch einen weiteren Punkt hinzufügen. Nicht nur, daß für Linke kein nationales Identifikationsobjekt mehr existiert, sondern daß zunehmend auch zweifelhaft wird für große Teile der Linken, ob es so eines

überhaupt noch geben kann, wobei die Diskussion um Iran eine große Rolle gespielt hat, abgesehen von der Einschätzung der realen Prozesse, die dort laufen. Aber auch wenn es dort eine marxistische Bewegung gäbe, würde nach fünf Jahren hinterher etwas ähnliches herauskommen wie in China, wie in Vietnam, Kuba usw. Das ist der Punkt, wo jetzt ein völliges Umdenken einsetzt.

Keine nachträgliche Rechtfertigung der US-Intervention in Vietnam

Andreas: Wir sollten, ehe wir auf diese Punkte eingehen, noch eines mit Deutlichkeit sagen. Ich glaube, es wird für uns alle zutreffen, daß an dem antiimperialistischen Engagement, was uns damals mit Vietnam verbunden hat, heute nichts zurückzunehmen ist. Alles, was an Betroffenheit geäußert worden ist, bezieht sich nicht darauf, daß man sich gegen die USA für den Befreiungskampf Vietnams engagiert hat. Wer heute versucht, aus den neuen Schwierigkeiten dieser Entwicklungsländer die USA mit ihrer Intervention zu rechtfertigen, hat nicht unsere Zustimmung. Dafür gibt es mehrere Begründungen. Einmal, daß eben Modelle, wie die USA sie in Saigon vertreten haben, ich sag es schlagwortartig, der peripherkapitalistischen Entwicklung, keine Perspektive für diese Gesellschaften bieten. Zum anderen haben sozialrevolutionäre Prozesse, wie groß ihre Schwierigkeiten auch hinterher sein werden, doch eine sehr viel weitreichendere Entwicklungsperspektive in ökonomischer, aber auch in kultureller Hinsicht.

Heiner: Zu den indirekten und direkten Hinterlassenschaften des damaligen amerikanischen Krieges gegen Vietnam gehört ja die Tatsache, daß nach dem Abzug der amerikanischen Truppen so etwas wie umfassende ökonomische Hilfe in Aussicht gestellt worden war. Soweit ich weiß, ist das nur von Schweden her erfolgt. Bei der Notwendigkeit, in Vietnam eine halbwegs funktionierende Ordnung zu entwickeln, ergab sich geradezu zwangsläufig durch das Ausbleiben von Wiedergutmachungsleistungen, daß Vietnam sich der Sowjetunion näherte – als dem einzigen Land, das sich zur Verfügung stellte. Der Pakt Sowjetunion-Vietnam, nicht um das chinesische Eingreifen damit zu rechtfertigen, steht natürlich in einem bestimmten kausalen Zusammenhang mit den neuerlichen kriegerischen Ereignissen. Von daher haben wir es mit einer schlimmen amerikanischen Hinterlassenschaft zu tun, die eine Unabhängigkeit Vietnams erst gar nicht zustandekommen ließ.

Roland: Heißt das eigentlich, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen in Indochina für uns nur bedeuten, daß wir mehr Geduld haben sollen, aber ansonsten schon auf die sozialrevolutionäre Entwicklung in der Dritten Welt hoffen können? Es gibt zwar noch Hinterlassenschaften und Einschränkungen durch die Großmächte, die Kolonialtradition und den Imperialismus, aber Gesellschaften, wie die vietnamesische, schlagen doch längerfristig Entwicklungswege ein, die unsere Hoffnung auf eine sozialistische Gesellschaft nähren können. Brauchen wir uns wirklich nur mehr in Geduld zu üben? Teilen wir etwa die Zuversicht von Marchais, daß es sich bei China und Vietnam um Formen von unreifem Sozialismus handelt, der sich entfalten wird, daß wir diese Grenzscharmützel nicht so ernst zu nehmen haben und den langen Atem bewahren müssen?

Keine Gesellschaften, die im Marx'schen Sinne reif sind etwa zum Übergang zum Sozialismus

Andreas: Zwei Dinge lassen sich dazu sagen. Zunächst sollten wir aufhören, uns mit Entwicklungen in anderen Ländern zu identifizieren, um daraus Stärke für die Lösung unserer Probleme zu suchen. Der Erfolg davon ist nur, daß wir unsere Bedingungen hier nicht zur Kenntnis nehmen und unrealistisch werden, indem wir unter ganz anderen Bedingungen laufende Prozesse hierher transponieren. Das ist eigentlich eine harte Schlußfolgerung, die die Linke gegenwärtig ziehen muß: Schluß mit diesen Identifizierungen, sei es nach China, nach Moskau, nach Chile, nach Portugal. D.h. nicht, daß wir uns dafür nicht interessieren sollten, nicht versuchen sollten, zu unterstützen wo möglich, aber nicht diese Stellvertretermöglichkeit für die Lösung unserer Probleme zu suchen.

Das zweite ist: wir müssen ernst nehmen, daß unterentwickelte, vom Kolonialismus deformierte Gesellschaften nicht Gesellschaften sind, die im Marxschen Sinne Industrie, bürgerliche Klassen, eine Arbeiterklasse entwikkelt haben und von dorther reif sind etwa zum Übergang zum Sozialismus. Ganz unbeschadet, ob das realistisch ist oder nicht. Aber das war ja die Erwartung, und mit der Sozialismusvorstellung operieren wir ja auch, wenn wir diesem "Sozialismus" bestimmte menschliche Attribute geben. Hier handelt es sich dagegen um Gesellschaften, die einen anderen Entwicklungsweg nehmen, der ihnen aufgezwungen worden ist von der Ausbreitung des Kapitals im Weltmaßstab. Das sind sozusagen die Brechungen, die dieser Prozeß gefunden hat und die jetzt aber sich nicht als innerkapitalistischer Prozeß auswirken, sondern aus ihm ausbrechen, um eine nachholende Entwicklung durchsetzen zu können. Anzunehmen, daß diese nun automatisch auf einmal sozialistisch würden, ist, meine ich, falsch.

Daß sich solche Länder für sozialistisch halten, daß sie solche Identifikationen ihrerseits übernehmen, ist verständlich, weil das dieses Aufbrechen aus dem kapitalistischen System kennzeichnet, wobei Ideologien, die ihnen zugänglich sind und die von den meist kleinbürgerlichen Führungsgruppen im internationalen Maßstab übernommen werden. Auf dieses Etikett sollten wir uns aber nicht einlassen, wir sollten diesen Gesellschaften vielmehr dadurch gerecht werden, daß wir selbst anfangen, ihre Probleme, so wie sie da sind und sich historisch entwickelt haben, ernst zu nehmen. Wir haben zu prüfen, was sind eigentlich die Faktoren, die es ihnen ermöglichen, sozialrevolutionäre, emanzipative Prozesse voranzutreiben oder welches sind die Faktoren, die dazu führen, daß sie nach fünf oder zehn Jahren zu bürokratischen Gesellschaften mit dann ihren besonderen Problemen werden, vielleicht – in Analogie zum peripheren Kapitalismus – zu peripher bürokratischen Gesellschaften. Das ist, glaube ich, eine Aufgabe, die sich auf der Ebene theoretischer Analyse heute stellt und die uns davor bewahren würde, einfach den Marxschen Sozialismusbegriff auf unterenwickelte Länder beliebig anzuwenden.

Wolf-Dieter: Im Prinzip stimme ich zu, vor allem was den Sozialismus als Fernstenliebe, als Projektion auf Entwicklungen in anderen Ländern anbetrifft, die in der Bundesrepublik ja so oft zu Hause ist, wo man sich überall anhängt, nur sich nicht gern um die eigene sozialistische Arbeit in der Bundesrepublik kümmert. Aber ich glaube, ein Problem hast Du ein bißchen unterbelichtet. Es hat doch im Hinblick auf sich freisetzende Motivationen eine ganz enorme Bedeutung, wenn nirgendwo in der Welt eine größere Entwicklung in Richtung Sozialismus sich ausmachen läßt. Wo Du zwar einzelne Elemente hast, wie Du auch in der Bundesrepublik jetzt nicht plötzlich die sozialistische Flinte ins Korn werfen mußt, nur weil hier keine große linke Bewegung da ist. Wenn nirgendwo ein größerer realer Anhaltspunkt da ist, dann ist das für mich kein Argument gegen Sozialismus, es heißt aber doch, daß die Motivationskraft, die von einer solchen Bewegung ausgehen könnte, einfach fehlt. Und das ist eine Situation, die relativ neu ist. Denn quer durch das 20. Jahrhundert mindestens hat es solche Bewegungen, solche Vorbildbewegungen gegeben, allerdings auch mit ungeheuer verhängnisvollen Folgen, mit der Kontinuität des Irrtums der Einschätzung etwa der Sowjetunion oder anderer realsozialistischer Länder.

Deswegen glaube ich, muß man dieses endgültige Zerbrechen markieren und gleichzeitig vor falschen Konsequenzen, die ja allüberall in der Bundesrepublik diskutiert werden, warnen. Vor der falschen Konsequenz, als ob durch das, was in Vietnam oder China passiert ist, in irgendeiner Weise Sozialismus falsifiziert worden wäre. Als ob dadurch, was dort oder was in der Sowjetunion passiert ist, in irgendeiner Weise gesamtgesellschaftliche Theorien und Strategien in ihrem Sinn falsifiziert worden wären.

Indem man die Zerstörung dieser Großsymbole und dieser Fernstenliebe feststellt oder zeigt, daß sie nicht mehr funktionieren und das auch realisiert in seiner positiv befreienden Weise, realisiert nämlich, daß wir uns endlich als Sozialisten emanzipieren müssen von abstrakten Identifikationsprozessen, muß man gleichzeitig vor falschen Folgerungen dieser Art warnen. Denn gesamtgesellschaftliche Theorien, ansetzend an Marx, aber ihn fortentwickelnd, sind für Sozialisten unabdingbar. Gleichzeitig ist Sozialismus die einzige Chance einer humanen gesellschaftlichen Alternative.

Was ist los in China?

Rückkehr zur Vernunft, Sieg des Revisionismus oder eine neue Etappe im Aufbau des Sozialismus?

Dieser Beitrag über die innere Entwicklung Chinas ist vor dem Deng-Besuch in den USA und damit auch vor dem chinesischen Angriff auf Vietnam verfaßt worden. Dennoch ist seine substanzielle Aussage von den aktuellen Ereignissen nicht überholt. Eher scheint die These von der Auseinandersetzung innerhalb der KP Chinas politischer Ausdruck der strukturellen gesellschaftlichen Spannung zwischen den ursprünglich kolonial durchdrungenen städtischen bzw. industriellen Küstenregionen und der agrarischen Bauerngesellschaft des weiten Hinterlandes zu sein, was als "Linienkampf" nur ungenau charakterisiert ist, durch die aktuellen Ereignisse eher bestärkt als widerlegt zu werden.

Die neue Führung unter Deng betreibt eine massive Industrialisierungspolitik, die als "Modernisierung" der Entwicklung der städtischen Regionen den Vorrang vor dem Lande gibt. Das militärische Vorgehen gegen Vietnam wird dieser Linie verstärkt Argumente in die Hand geben, weil die technische Ausrüstung und die Bewaffnung der chinesischen Streitkräfte sich als praktisch unzulänglich erwiesen haben und wie in Korea über Infanteriemassen mit der Folge hoher Verluste kompensiert werden mußten. Gleichzeitig kann aber der für die Pekinger Führung bedenkliche militärische Ausgang einer halben Niederlage hinsichtlich der Politik der Deng-Fraktion eher einen Gegeneffekt auslösen. So wäre es möglich, daß jene Fraktion, die eher einen verstärkten Ausbau der Leichtindustrie und der Modernisierung des Agrarsektors anstrebt, sich die Interpretation des Angriffs auf Vietnam als Niederlage zu eigen macht, um die vermeintlich unangefochtene Position Dengs zu gefährden.

Dies wäre aber nicht mit einer Rückkehr zur Politik der Viererbande gleichbedeutend. Obwohl Deng der Vorhersehbarkeit und Kalkulierbarkeit der Risiken wegen der Politik des Kapitalimports keinen guten Dienst erwiesen hat, ging der Kurssturz an der Börse von Tokio Anfang März nicht auf den militärischen Angriff Chinas auf Vietnam zurück; eher darauf, daß die Fraktion der Befürworter des verstärkten Ausbaus der Leichtindustrie und des Agrarsektors fühlbar offensiv geworden sind und eine Stornierung der schwerindustriellen Aufträge an Japan durch China erwartet wird. Börsianer wissen oft mehr als Geheimdienste. **D.D.**

Sensationelle Meldungen

In den letzten Monaten überschlugen sich die Meldungen aus China, die der halbwegs informierte Leser zuerst nur mit ungläubigem Staunen und dann, je nach politischem Standort, mit Bedauern oder Befriedigung zur Kenntnis nahm, die er auf jeden Fall aber als sensationell empfand. Hier eine Auswahl besonders spektakulärer Nachrichten:

- Rehabilitierung prominenter Parteiführer, die während der Kulturrevolution oder noch früher gestürzt worden waren – so z.B. Peng Tschen, ehemaliger Bürgermeister von Peking und erstes prominentes Opfer der Kulturrevolution; Tschen Yün, in den 50er Jahren maßgeblicher Wirtschaftspolitiker, und Po I-po, bis 1966 Planungschef; Peng Te-huai, bis 1959 Verteidigungsminister und schärfster Kritiker an Maos Politik des Großen Sprungs nach vorn. Damit sind außer Liu Schao-tschi selber – seine Frau erschien bereits wieder aus offiziellem Anlaß – so ziemlich alle bekannten "Rechtsabweichler", "Revisionisten" und "Wegbereiter des Kapitalismus" aus den Tagen der Kulturrevolution wieder zu Amt und Würden gelangt;
- Ausuferung der Kritik an der Parteilinken, die nach dem Sturz der "Viererbande" selbst vor Hua und Mao nicht mehr halt macht. Das Mao-Mausoleum ist z.Zt. ebenso wie das Museum der chinesischen Revolution wegen "Renovierungsarbeiten" geschlossen;
- Reaktivierung der zentralen Gewerkschaftsorganisationen, die im Jahre 1966 zerschlagen worden waren, und der bürgerlichen Parteien aus der Einheitsfrontphase, die 1956 als abgeschlossen galt;
- Befreiung der Wissenschaftler von körperlicher Arbeit, Einstellung der obligatorischen Landverschickung der städtischen Jugend, Wiedereinführung strenger Leistungsnachweise und Selektionsmechanismen im Erziehungswesen;
- Betonung materieller Anreize, Lohnerhöhungen für die städtischen Arbeiter, Ankündigung von Einkommenssteigerungen für die ländliche Bevölkerung;
- Lizenzen für Coca Cola und McDonald's, Lockerung der Kleiderordnung, Wiedereröffnung von Friseurläden, Konzerte mit westlicher Musik;
- Wirtschaftsverträge in Milliardenhöhe mit Japan und europäischen Ländern über den Bezug kompletter Industrieanlagen und aufwendiger Technologien, u.a. Atomkraft, auf Kreditbasis; ausländische Kapitalbeteiligung an chinesischen Unternehmen; Entsendung chinesischer Studenten und Wissenschaftler ins Ausland; wachsende Zahl ausländischer Experten in China;
- Ausbau des Tourismus, u.a. soll der Hotelkonzern Interconti Großhotels erstellen.

Diese Meldungen, deren Liste sich beliebig verlängern ließe, scheinen auf einen grundsätzlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel hinzudeuten. Hat China die Errungenschaften der Kulturrevolution zu den Akten gelegt? Setzt eine maoistische Götterdämmerung ein? Klar ist zunächst, daß die genannten Nachrichten Mosaiksteine sind, die sich zu einem Gesamtbild fügen, das mit der Kulturrevolution, zumindest wie sie sich in der chinesischen Presse darstellte und von der westdeutschen Linken rezipiert wurde, nicht mehr viel gemein hat.

Der verstorbene Ministerpräsident Tschou En-lai hatte im Januar 1975 auf dem 4. Nationalen Volkskongreß den Startschuß für eine neue Phase der chinesischen Entwicklungspolitik gegeben.

Die Kernforderung in Tschou en-lais Referats lautete, "noch in diesem Jahrhundert allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann". Die Art und Weise, wie diese "Vier Modernisierungen" zu verwirklichen seien, und ob sie sich mit den Zielen der Kulturrevolution vereinbaren ließen, stand bis zum Ende des Jahres 1978 im Zentrum heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen. Nach dem Staatsstreich gegen die "Viererbande", die sich z.Zt. unter Hausarrest im Pekinger Prominentenviertel befindet, im Oktober 1976, erfaßte der Konflikt größere Teile der Bevölkerung. Bis Januar 1977 kam es in den Provinzen zu erheblichen Produktionsausfällen und Streiks, die mit militärischem Einsatz unterdrückt wurden.

Die drei Fraktionen

Für den außenstehenden Beobachter sind drei Faktoren auszumachen:

1. Die heute ausgeschaltete Linke um die Mao-Witwe Tschiang Tsching, die im Zuge der Kulturrevolution wichtige Ämter in Partei und Staatsverwaltung besetzt hatte. Sie steht dem Modernisierungskurs mehr oder weniger ablehnend gegenüber und sieht in ihm die Abkehr von den kulturrevolutionären Prinzipien.
2. Die "rechte" Fraktion um Teng Hsiao-ping und den Wirtschaftsexperten Li Hsien-nien ist der unbedingte Befürworter des Modernisierungskurses und bereit, weitgehende politische und wirtschaftliche Konzessionen zu machen, weil sie nur so eine erfolgreiche und rasche Durchsetzung des Modernisierungsprogramms für möglich hält. Da diese Fraktion weitgehend zu den rehabilitierten Opfern der Kulturrevolution gehört und diese auch nur als unnötige Verzögerung des wirtschaftlichen Aufbaus ansah, weint sie der Preisgabe der kulturrevolutionären Prinzipien keine Träne nach. Nach den personalpolitischen Entscheidungen vom Dezember 1978, Erweiterung und Umbesetzung von ZK und Politbüro, verfügt sie auf der Führungsebene der Partei über die Mehrheit.
3. Die "zentristische" Fraktion um Hua und den inzwischen seines Amtes enthobenen Pekinger Bürgermeister Wu Teh, die den Modernisierungskurs nach Möglichkeit unter Beibehaltung der kulturrevolutionären Errungenschaften durchführen will. Sie stand Anfang 1976 eher der Linken nahe und war maßgeblich beteiligt an der Unterdrückung der spontanen Demonstrationen für Tschou En-lai und Teng Hsiao-ping in Peking und drei anderen Großstädten im Januar 1976, während des traditionellen Totengedenkfestes, wo die Trauer um den verehrten Tschou zum Fanal des politischen Protests gegen die Politik der "Viererbande" wurde. Während die Peking-Rundschau diesen "Tien An Men-Zwischenfall" (so der Name des zentralen Platzes in Peking, auf dem die Demonstrationen stattfanden) damals als "konterrevolutionär" verurteilte (Teng mußte zum zweiten Mal seinen Hut nehmen), wird er heute in dem gleichen Presseorgan als "revolutionäres" Ereignis gefeiert. Die "zentristische" Fraktion wechselte nach Maos Tod im Oktober 1976 die Fronten. Ihre Position ist zur Zeit sehr geschwächt.

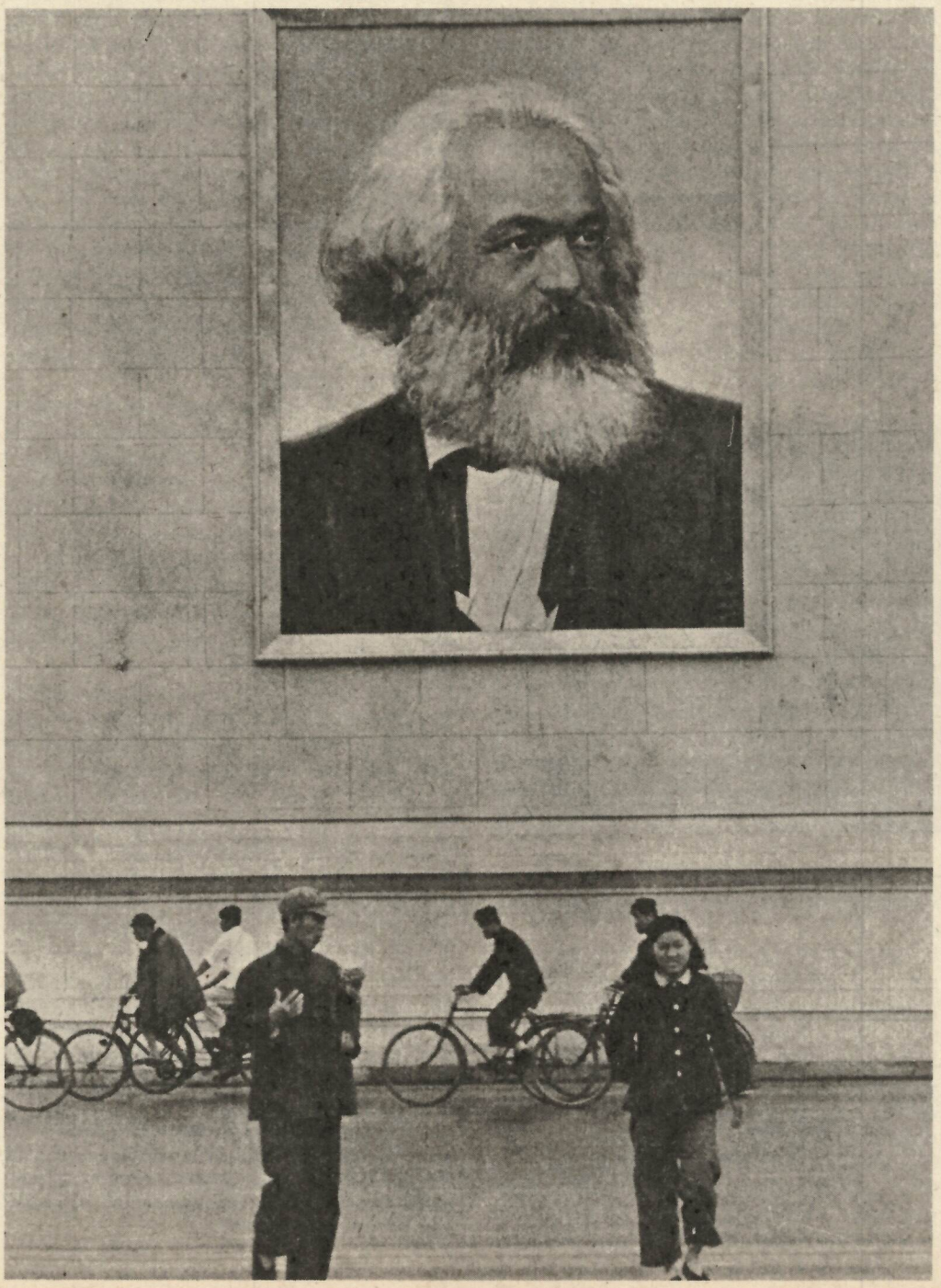
Nach dem aktuellen Stand der Auseinander-

setzungen und einer Serie von Fachkonferenzen, die sich mit der Ausarbeitung des neuen Kurses befaßten, hat sich folgende Strategie herausgeschält: Bis auf weiteres wird der Ökonomie unbedingter Vorrang vor der Politik eingeräumt, um eine möglichst rasche und umfassende Produktivkraftentfaltung zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Ziels ist beinahe jedes Mittel recht, soweit es nicht das sozialistische System als solches in Frage stellt. Ökonomisches Verhalten in den Vordergrund stellen, heißt vor allem, daß Kriterien wie Leistung, Kostenbewußtsein, Qualität und Effektivität zur Richtschnur des Handelns werden, wobei von der neuen Führung unterstellt und auch offen zugegeben wird, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bislang zu gering und die Wachstumsraten zu niedrig waren, mit den vorhandenen Ressourcen zu verschwenderisch umgegangen wurde, und die Qualität der Erzeugnisse zu wünschen übrig ließ. Ein zentrales Argument lautet, daß die seit der Kulturrevolution besonders geförderte dezentral verwaltete und finanzierte Kleinindustrie an technologische und wirtschaftliche Grenzen gestoßen sei. Genannt werden u.a. der zu geringe Nährstoffgehalt des kleinindustriell erzeugten Kunstdüngers, die zu große Typenvielfalt im Agrarmaschinenbau, die unerhörte Ersatzteilprobleme aufwirft, die geringe Qualität der Metallverarbeitung, die eine zu geringe Lebensdauer bedeutet, und die hohen Transportkosten bei der Zulieferung der Rohstoffe.

Um das zu ändern, sollen in Zukunft die Investitionen konzentrierter verwendet werden, soll modernste, aus dem Ausland importierte Technologie zum Einsatz kommen, soll die Forschung auf eine stärker wissenschaftsorientierte Basis gestellt werden, sollen klare Verantwortlichkeiten bei der Planung, Leitung und Kontrolle der Produktion geschaffen werden und soll die Arbeitsleistung des einzelnen durch materielle Anreize erhöht werden. Gefragt ist nicht mehr so sehr die politische Überzeugung, sondern die Qualifikation entsprechend der Devise Tengs, "ob schwarz oder weiß, Hauptsache die Katze fängt Mäuse". Um die für das ehrgeizige Modernisierungsprogramm dringend benötigten Wissenschaftler, Ingenieure und Manager, die oft aus bürgerlichen Kreisen stammen, zur Mitarbeit zu gewinnen, werden weitgehende, im Ausland als Liberalisierung gedeutete, Konzessionen gemacht. Deshalb die formale Reaktivierung der linksbürgerlichen Parteien aus der Einheitsfrontphase bis 1956, die Offerten an kapitalkräftige Auslandschinesen, einen finanziellen Beitrag zu leisten, und die Hofierung der nationalen Minderheiten wie z.B. die Einladung an den Dalai Lama, nach Tibet zurückzukehren. Dazu gehört auch die Aufwertung der Gewerkschaften, die ebenfalls zur Unterstützung des neuen Kurses mobilisiert werden.

In diesem Sinn ist schließlich die Öffnung gegenüber dem kapitalistischen Ausland wie auch die jüngste USA-Reise von Teng zu verstehen. Wenn die grundsätzliche Entscheidung gefallen ist, daß der Rückgriff auf ausländische Technologie unumgänglich erscheint, dann sind die getroffenen Maßnahmen nur konsequent. "Normale" außenpolitische Beziehungen sind die Voraussetzung für langfristige Kooperation.

Ohne zeitweiligen Aufenthalt von ausländischen Ingenieuren, Facharbeitern, Wirtschaftsdelegationen, Industrieausstellungen etc. können die geeigneten Produktionsverfahren nicht ausgewählt, aufgebaut und in Betrieb genommen werden. Zur Bewirtung der Ausländer ist die Bereitstellung von Hotels, Fluglinien, Taxis und westlichen Konsumgütern unumgänglich. Zur Bezahlung der Importe sind, wenn die traditionellen Exporte nicht unbegrenzt ausgeweitet werden können, andere Devisenquellen notwendig. Hierzu gehören Kredite, ausländische Kapitalbeteiligungen, verstärkter Ölexport, solange die Förderungskapazitäten den Eigenbedarf übersteigen, Tourismus, chinesische Investitionen in Hongkong und sogar der Export billiger Arbeitskraft. Projektiert ist nämlich die Gründung von Betrieben, die arbeitsintensive Produkte für den Export herstellen, etwa im Bereich der Feinmechanik, Optik und Bekleidungsindustrie, bei denen das Ausland das Kapital und Know how stellt, China nur die Arbeitskräfte liefert. Hier ist allerdings eine Grenze erreicht, an der es China schwer fallen dürfte, nicht in erneute internationale Abhängigkeit zu geraten. Die Frage bleibt:



Was steht hinter dem Modernisierungsprogramm?

Drei Antworten drängen sich auf:

1. Es gab schon immer in der Partei zwei unterschiedliche und miteinander rivalisierende Konzeptionen vom Aufbau des Sozialismus, deren zentrales Unterscheidungsmerkmal in der Frage besteht, in welcher Reihenfolge dieser Aufbau zu bewerkstelligen ist. Ist es in einem unterentwickelten Land möglich, einige Etappen gesellschaftlicher Entwicklung zu überspringen (gibt es eine solche historisch notwendige Phasenfolge überhaupt?), den Sozialismus sofort und in allen seinen gesellschaftlichen Dimensionen zu verwirklichen und gleichzeitig seine materiellen Voraussetzungen zu entfalten? Oder ist angesichts der Tatsache, daß der Mangel und nicht der Überfluß in allen Bereichen herrscht, nicht die Konzentration auf die vorrangige wirtschaftliche Entwicklung unvermeidlich, um nicht den Erfolg der Revolution selbst in Gefahr zu bringen? Aufbau des Sozialismus heißt dann zunächst nur staatlich gelenkte Entfaltung der Produktivkräfte.

Ob die Entwicklung der Produktivkräfte der Entwicklung der Produktionsverhältnisse vor-

anzugehen habe, ob sie gleichzeitig erfolgen müsse, oder ob, wie von Mao gefordert, das Verhältnis umgekehrt zu sein habe, ist eine alte Kontroverse unter marxistischen Theoretikern. Entsprechend dieser Antwort hat sich jetzt wieder die zweite Auffassung durchgesetzt, die vor der Kulturrevolution in Liu Schao-tschi und heute in Teng Hsiao-ping ihren obersten Repräsentanten hat.

2. Die zweite Antwort weist auf den Zusammenhang von Technologiewahl und sozialen Interessen. Maos Konzeption des Vertrauens auf die eigene Kraft, der Dezentralisierung, der angepaßten Technologie, der Nivellierung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, Hand- und Kopfarbeit, läuft auf eine stärkere Förderung der rückständigen Regionen, der Unterprivilegierten, der armen Bauern des Hinterlands hinaus. Lius und Tengs Konzeption der Konzentration und effektiven Nutzung von Ressourcen, der Spezialisierung, des Vertrauens auf Experten und modernste Technologien bedeutet eine stärkere Förderung der Wachstumsregionen, der städtischen Ökonomie, der qualifizierten Hand- und Kopfarbeiter, wo in Zukunft in stärkerem Maße Arbeitsplätze, Einkommen und ein besseres Angebot an Konsumgütern entstehen werden.

Insofern stehen hinter dem Linienkampf die Interessen der Unterprivilegierten und der armen Bauern des Hinterlands einerseits und der qualifizierten städtischen Arbeitskräfte und Intellektuellen, also der leitenden Parteikader, der Wissenschaftler, Betriebsleiter und Offiziere andererseits, die in den letzten 12 Jahren zu kurz gekommen sind, und durch eine Sammlungsbewegung ihrer Interessenvertreter in Gewerkschaften, Partei, Management, Wissenschaft und Armee das Ruder herumgeworfen haben. Hier entlarvt sich das technologische Argument als Verschleierung des sozialen Interesses.

lisierung, des "auf zwei Beinen gehen" und der politischen Mobilisierung geradezu an, die für einen längeren Zeitraum beachtliche Erfolge vorweisen konnte. Das hat dazu geführt, daß China jetzt über ein breites wirtschaftliches Fundament verfügt, dessen weitere Entwicklungsmöglichkeiten allerdings, wie oben angedeutet, ausgereizt sind, so daß die neue Strategie der "Vier Modernisierungen" als sinnvolle Fortentwicklung erscheint. Stärkere Integration nach innen unter Auflösung der lokalen Autarkie mit ihrer Tendenz regional ungleicher Entwicklung ist notwendig, Abbau der strikten Abgrenzung nach außen ungefährlich. Auslöser dieser Weiterentwicklung waren ökonomisch-politische Krisen oder zumindest Stagnationsphasen. In der Tat stagnierte die Agrarproduktion seit 1975, was angesichts einer jährlich um 15 Millionen Menschen wachsenden Bevölkerung zu einem empfindlichen Rückgang der Pro-Kopf-Produktion von Getreide führte. Das heißt, Teng Hsiao-ping erscheint als die jüngste Inkarnation des Weltgeistes in China, der das heute Vernünftige auch gegen Widerstände durchsetzt, während Maos Konzeption vor 20 Jahren vernünftig war.

Beide Konzeptionen waren von Anfang an tatsächlich in der Partei vertreten und in einzelnen Phasen dominierend, wenn sich auch zu keiner Zeit eine Position vollkommen durchsetzen konnte. Auch während der Kulturrevolution oder des Großen Sprungs ist die moderne Großindustrie keineswegs vernachlässigt worden. Strategisch wichtige Industrien, in denen die fortgeschrittensten Technologien und die qualifiziertesten Ingenieure und Arbeitskräfte beschäftigt waren, wurden aus den Auseinandersetzungen der Kulturrevolution völlig herausgehalten, wie die Zündung der ersten Mittelstreckenrakete mit Nuklearsprengkopf im Oktober 1966 und der erste Wasserstoffbombenversuch im Juni 1967 be-

3. Die dritte Antwort weist auf eine ökonomische Logik, die sich hinter dem Wandel verbirgt. Nach dem Bruch mit der Sowjetunion im Sommer 1960 und der Erkenntnis, daß ein Nachvollzug des sowjetischen Modells für China aufgrund anderer Ausgangsbedingungen nicht möglich war, blieb angesichts der weltweiten Isolierung gar keine andere Wahl als das Vertrauen auf die eigene Kraft.

In Anbetracht der verfügbaren Ressourcen und noch längst nicht ausgeschöpfter Entwicklungsmöglichkeiten, die im Bereich der Arbeitsorganisation und der Mobilisierung der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte und der traditionellen technologischen Kenntnisse lagen, bot sich eine Strategie der Dezentra-

weisen. Umgekehrt soll auch in Zukunft nicht völlig auf die Kleinindustrie verzichtet werden.

Ebenso gab es materielle Anreize zu allen Zeiten, wie moralische Anreize und lokale Initiativen auch in Zukunft nicht völlig beseitigt werden. Auch die Außenwirtschaftspolitik ist keineswegs völlig neu. Komplette Industrieanlagen wurden massiv bereits in den 50er Jahren aus der Sowjetunion importiert, in geringerem Maße Mitte der 60er Jahre und wieder stärker, ebenfalls in Milliardenhöhe, seit 1972. Bei der Frage, ob China in neue internationale Abhängigkeiten zu geraten droht, ist zu berücksichtigen, daß das Land im Unterschied zu den unterentwickelten Ländern in-

zwischen über eine gefestigte und differenzierte Ökonomie verfügt, ausländische Konzerne nicht frei schalten und walten können, die Anstöße zur Kooperation von China selbst kommen, das staatliche Außenhandelsmonopol die Konditionen der Kooperation garantiert, und daß auf chinesischer Seite ein sehr selektives Vorgehen bei der Wahl der Technologien, Branchen und Partner zu beobachten ist, wobei die Einpassung der Außenwirtschaftsbeziehungen in eine langfristige Planung und die Beherrschbarkeit der importierten Technologien absolute Priorität genießen. Ob die Geister, die man gerufen hat, sich allerdings immer werden bändigen lassen, bleibt abzuwarten.

Was sich in den einzelnen Phasen änderte, waren die Akzente. Es bestand immer eine Kluft zwischen der Darstellung der herrschenden Politik und ihrer Realität. Auch für China gilt, daß die Partei nicht nur die Geschichte, sondern auch die Geschichtsschreibung macht. Man darf nicht vergessen, daß die Rezeption der chinesischen Revolution durch die westdeutsche Linke immer eine doppelte Brechung erfuhr.

Zum einen entsprach die Selbstdarstellung der chinesischen Politik, weder als die "Viererbande" die Medien kontrollierte noch heute, der Realität. Zum zweiten wird die Wahrnehmung dieser Realität wie ihrer offiziellen Darstellung durch eine Erwartungshaltung gegenüber der chinesischen Revolution geprägt, in der man viele Jahre lang das Utopia und das Arkadien der eigenen sozialistischen Zielvorstellungen erblickte. Sieht man sich, wie im Falle der Sowjetunion, Kubas und Vietnams ebenfalls geschehen, darin enttäuscht, ist die Frustration um so heftiger, wie die öffentliche Distanzierung der ehemaligen China-Gläubigen Bettelheim und Broyelle, die lange Zeit die westliche China-Diskussion stark beeinflußten, beweist.

Klar ist auch, daß die genannten Konzeptionen Ausdruck von Interessen sind, die sich mangels politischer Alternativen innerhalb der KP organisieren und auch außerhalb zum Ausdruck kommen, wobei offene Kritik in Demonstrationen und Wandzeitungen nur eine Form ist. Passivität, Produktionsstreiks in der Landwirtschaft, das Aufblühen privater Aktivitäten und die Existenz schwarzer oder grauer Märkte sind ebenfalls Signale, auf die die Parteiführung reagieren muß.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Interessenlagen wird das Modernisierungsprogramm allerdings nicht konfliktfrei durchzuführen sein. Sollte die weitere Entwicklung nicht die erhofften Erfolge für die Landwirtschaft bringen und die Industrialisierung und Rüstung zu sehr auf ihre Kosten gehen, sollten die ländlichen Wachstumsregionen und die städtische Ökonomie zu sehr bevorzugt werden, läßt sich der Widerspruch zwischen der versprochenen Ausweitung des Konsums einerseits und verstärkter Investitionsanstrengungen andererseits nicht austarieren, und werden die neuen Privilegien der umworbenen Kopfarbeiter zu offensichtlich, dann ist für die Zukunft eine Restauration des Maoismus nicht auszuschließen.

Zur ausführlichen Information über diese Zusammenhänge vgl. Ulrich Menzel, Wirtschaft und Politik im modernen China. Eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1842 bis nach Maos Tod. Opladen: Westdeutscher Verlag 1978.

ULRICH MENZEL

Ein leises, aber vernehmliches Knirschen

Zur aktuellen wirtschaftspolitischen Situation

Im Bereich der Wirtschaftspolitik hat sich in den letzten Wochen scheinbar nicht viel Dramatisches ereignet. Sogar Optimismus verbreitet sich wieder: es scheint aufwärtszugehen in der BRD, ein linder Frühling nach dem harten Konjunkturwinter der letzten Jahre deutet sich an. Daß dabei die Massenarbeitslosigkeit partout nicht zurückgehen will, gilt mehr als eine Art Schönheitsfehler. Nun sind Konjunkturlagen nicht einfach das Ergebnis ökonomischer Eigengesetzlichkeiten, sondern haben politische Bedingungen, sind immer auch Ausdruck bestimmter sozialer Macht- und Kräfteverhältnisse, und sie – nicht der Optimismus der Unternehmer und auch nicht die ominösen "Kräfte des Markts" – entscheiden darüber, wie es in Zukunft mit der Wirtschaft weitergehen wird. Werfen wir also einen Blick auf die politischen Konstellationen, die den gegenwärtigen ökonomischen Entwicklungen zugrunde liegen!

Größere Konflikte im wirtschaftspolitischen Bereich hat es in der letzten Zeit nicht gegeben. Die Bundesregierung hat zwar in ihrem letzten Haushaltsentwurf eine Neuverschuldung des Bundes von über 30 Milliarden DM vorgesehen, wodurch die gesamte Schuldenlast des Bundes erstmals den Betrag der jährlichen Ausgaben übersteigt, doch in der Debatte des Bundestags kam sie damit glatt über die Runden. Der Opposition, die ohnehin noch voll mit dem Abbau von Kohl beschäftigt war, fiel auch diesmal keine so rechte Alternative dazu ein. Die Bundesbank beschloß darauf einige Maßnahmen zur Verringerung der Geldmenge und setzte damit ein Signal zu einer allgemeinen Zinserhöhung, was ihr erheblichen Ärger bei der Regierung eingetragen hat – nach außen hin arrangierte man sich allerdings schnell wieder.

Schwerer hatte es schon die IG Metall-Führung, die es nicht so recht geschafft hat, ihren Mitgliedern das Ergebnis der Stahl-Tarifrunde als Erfolg zu verkaufen und sich deshalb mit allerhand Unbotmäßigkeiten herumschlagen mußte. Insofern fügte es sich recht günstig, daß das Mitbestimmungsurteil des Verfassungsgerichts den Gewerkschaften die Gelegenheit bot, einen Erfolg zu feiern (der freilich keiner war). Auch wenn keine große Dramatik zu verzeichnen war, knirschte es also wieder einmal vernehmlich an verschiedenen Stellen der staatlichen und staatstragenden Apparate, und man fragt sich, wie das zusammenhängt, was die kleinen Risse bedeuten, die da sichtbar werden.

Fangen wir mit den Gewerkschaften an: trotz des lautstarken Lamentos haben sie den "Tabukatalog" längst faktisch akzeptiert, der von den Unternehmern in der letzten Stahltarifrunde verkündet und dann auch durchgesetzt wurde. Anders ist ihre Streikführung kaum zu verstehen. Dieser Katalog markiert eine eindeutige Richtung der Unternehmerstrategie: die Arbeitszeit und damit das Arbeitskräfteangebot hoch zu halten und vor allem die uneingeschränkte Kontrolle über die Organisation der Produktions- und Arbeitsprozesse zu behalten, bei begrenzter Konzessionsbereitschaft bei den Löhnen.

Die Bedeutung dieser Strategie wird klar, wenn man berücksichtigt, welches die grundlegenden Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals im Weltmarktzusammenhang sind: Seine internationale Konkurrenzposition hängt ganz entscheidend davon ab, daß es ihm gelingt, die technologische Entwicklung in raschem Tempo voranzutreiben, die Arbeitsproduktivität massiv zu erhöhen und sich der "internationalen Arbeitsteilung" dadurch flexibel anzupassen, daß technisch einfache und lohnintensive Fertigungen ins "billige Ausland" verlagert werden. Dies aber heißt: Rationalisierung, Arbeitsintensivierung, Betriebsstillegungen, "erzwungene Mobilität", Dequalifizierung.

Dieser "Strukturwandel" ist nur durchsetzbar, wenn eine entsprechende "industrielle Reservearmee" zur Verfügung steht und wirksamer Widerstand gegen die ganzen sozialen Folgen dieser Entwicklung ausgeschaltet werden kann. Deshalb ist es notwendig, die Gewerkschaften auf die "Lohnfront" abzudrängen, oder genauer: sie darauf festzunageln. Das Kapital erhält sich dadurch den notwendigen inneren Spielraum zur Festigung seiner imperialistischen Hegemoniestellung, und gleichzeitig geraten die Gewerkschaften auf eine Auseinandersetzungsebene, wo ihre Position aus verschiedenen Gründen schwach ist: weil es immer mehr die Arbeitsbedingungen sind, welche den kritischen Punkt in der Entwicklung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten darstellen, weil Massenarbeitslosigkeit nicht eben günstige gewerkschaftliche Kampfbedingungen schafft und weil bei immer noch lahmender Konjunktur der Spielraum für eine Lohnpolitik, welche die "Investitionsbereitschaft" der Unternehmer nicht ankratzen will, außerordentlich eng ist.

Die Verschuldungspolitik der Regierung hat ihre Ursache darin, daß sie gezwungen ist, bei schwachem ökonomischen Wachstum zwecks Erhaltung ihrer Wählerbasis das "Netz der sozialen Sicherung" nicht gleich an allen Ecken einreißen zu lassen und zugleich die Unternehmerinvestitionen mit erheblichen Kapitalsubventionierungen stützen zu müssen. In Wirklichkeit schwimmen zwar die westdeutschen Großkonzerne im Geld, mögen es aber mangels ausreichender Profitaussichten im Inland nicht zu Neuinvestitionen in dem Umfang verwenden, wie es zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung notwendig wäre.

Also muß der Staat einspringen, mit Aufträgen, Subventionen, Steuergeschenken. Die Folge davon ist, daß bereits eine Stabilisierung der vorhandenen Arbeitslosigkeit mit einer wachsenden Staatsverschuldung erkauft wird. Daß es irgendwann zu einem stabilen und "selbsttragenden", d.h. auf massiven Privatinvestitionen beruhenden Aufschwung und damit zu einem Abbau des staatlichen Schuldenbergs kommen möge, ist auch jetzt noch nicht mehr als eine schöne Hoffnung.

Die Bundesbank hat nun mit ihren letzten geld- und zinspolitischen Beschlüssen (Verringerung der Geldmenge, Erhöhung der Zentralbankzinsen) signalisiert, daß sie eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung nicht hinnehmen wird: Kredite sollen rarer und teurer werden. Die multinationalen Konzerne, die sich ohnehin leicht im Ausland oder auf dem sogenannten Eurogeldmarkt finanzieren können, trifft dies kaum, wohl aber den Staat. Die Zentralbank hat der Bundesregierung sozusagen einen Schuß vor den Bug gesetzt, um zu verhindern, daß diese von dem nach 1974 eingeschlagenen restriktiven Kurs abweicht und zu einer expansiven Ausgabenpolitik nach dem Muster des keynesianischen "deficit spending" abdriftet. Im nächsten Jahr stehen immerhin Wahlen an!

Es geht also kaum um den "Geldwert", wie von den Bankern treuherzig behauptet wird. Angesichts der monopolistischen Preissetzungspraktiken und der internationalen Verflechtung der Geld- und Kreditmärkte sind die diesbezüglichen Mittel ohnehin sehr beschränkt. Viel eher wird hier befürchtet, daß ein ausgedehnteres staatliches Ausgabenprogramm – ausgehend von einer relativen Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt – die Kampfbereitschaft der Arbeiter vergrößern und ihre "Ansprüche" an Staat und Unternehmer in unziemlicher Weise wachsen lassen könnte. (Die Situation gegen Ende der 60er Jahre, mit spontanen Streiks und drastischen Lohnerhöhungen, ist den Unternehmern noch in schlechter Erinnerung.)

Der Politik einer beschleunigten technologischen Umstrukturierung und einer grundsätzlichen Erhöhung der Kapitalprofite zu Lasten der Löhne wäre dies jedenfalls kaum dienlich. Die Bundesbank tritt also wie üblich als prominenter Vertreter einer "harten" Kapitalstrategie auf und ist dabei erst mal mit der Regierung zusammengestoßen.

Allerdings: diese Differenzen sind eher taktischer Art. Auch die Bundesregierung verfolgt das Konzept einer kapitalistischen Stabilisierung durch beschleunigten "Strukturwandel" und durch gezieltes Abstützen der internationalen Konkurrenzposition des westdeutschen Kapitals. Daß dies ein gewisses Maß von Massenarbeitslosigkeit und Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zur Folge haben muß, ist auch ihr klar.

Die Gewerkschaften sind entschlossen, diese wirtschaftspolitische Strategie mitzutragen. Auch sie setzen eindeutig auf das Pferd einer imperialistischen Hegemonialpolitik des westdeutschen Kapitals und nehmen deren Opfer und Reibungsverluste – Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Umweltzerstörung usw. – als notwendiges Übel in Kauf, bestehen höchstens auf kosmetischen Reparaturen. Ihre Hoffnung ist, diese Strategie würde auf lange Sicht ei-

Das sind Prognosen!

Vorsichtige Arbeitsmarktprognosen gehen davon aus, daß durch die Importkonkurrenz 600.000, die Verlagerung der Produktion weitere 400.000 und den neuen Rationalisierungsschub (Mikroprozessoren, Automatisierung) nochmals 1.000.000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik bis Mitte der 80er Jahre verloren gehen. Zählt man den Sockel von 1 Million und die Zunahme der Erwerbsbevölkerung um ebenfalls 1 Million dazu, ergibt das 4 Millionen oder 15% Arbeitslose, also eine Verdreifachung der Arbeitslosenrate in 6 Jahren.

nen stabilen Wirtschaftsaufschwung gewährleisten, garantiere das Wachstum des Sozialproduktkuchens, von dem dann jeder sein Teilchen abschneiden kann. Das Kalkül ist ähnlich dem der Regierung: unbedingtes "Wachstum" im Rahmen der vom internationalen Kapitalzusammenhang vorgeschriebenen Bahnen, Einhandeln von Zugeständnissen für Teile der Lohnabhängigen, Ausgrenzung der Belastungen und Zerstörungen: auf "Randgruppen" wie Ausländer, Frauen, Jugendliche, Alte bzw. auf den "Reproduktionsbereich" (Zerstörung der Natur, der Städte usw.).

Freilich steht dieses Kalkül auf einigermaßen schwachen Füßen: seit den fünfziger und sechziger Jahren, als eine derartige Politik noch mit dem erwarteten Erfolg rechnen konnte, haben sich die Bedingungen für die Kapitalverwertung grundlegend verändert. Daß die Kapitalprofite durch begrenzte gewerkschaftliche Zugeständnisse auf längere Sicht stabilisiert werden können, ist unwahrscheinlicher geworden und der von Kapital und Staat gemeinsam vorangetriebene ökonomisch-soziale Umstrukturierungsprozeß kann die imperialistische Position des westdeutschen Kapitals nur solange sichern, als es nicht zu massiven Gegenreaktionen auf dem Weltmarkt kommt (Protektionismus, Durchsetzung ähnlicher Strategien in anderen Ländern, antiimperialistische Bewegungen). Gerade dies deutet sich aber immer stärker an.

Je geringer die Aussichten sind, daß das "Wachstumskalkül" längerfristig aufgeht, desto stärker muß sich der Weg von Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Sackgasse erweisen. Vor allem die Gewerkschaften laufen Gefahr, sich auf eine fatale Weise politisch selbst auszumanövrieren. Ihre Gesundbetereien, verbalen Kraftakte und taktischen Bocksprünge haben zunehmend etwas Lächerliches an sich. Es ist daher nicht verwunderlich, daß selbst eingefleischte Gewerkschaftsgegner (wie etwa die FAZ) in der letzten Zeit anfangen, Sorge über das "Vertrauensdefizit" der Gewerkschaftsführungen zu äußern und Mitgefühl mit den "angeschlagenen" Bewohnern der Vorstandsetagen zum Ausdruck zu bringen. In der Tat liegt hier – bei der inneren Entwicklung der Gewerkschaften – im Moment wohl eine der brisantesten Bruchstellen im politischen Gefüge der BRD.

Von der Fähigkeit der Gewerkschaften, diese Form der Kapitalsanierungs- und "Wachstums"-Politik bei den betroffenen Mitgliedern durchzusetzen, hängt nämlich das gesamte System der "sozialdemokratischen" Massenintegration" und damit auch die gegenwärtige imperiale Strategie des westdeutschen Kapitals wesentlich ab. Das sozialdemokratische "Modell Deutschland" beruht im wesentlichen darauf, daß es gelingt, die Gewerkschaften in eine "konzertierte" wirtschaftspolitische Strategie miteinzubeziehen und dadurch zu gewährleisten, daß ungeregelte und überschießende Interessenartikulationen und -kämpfe der Betroffenen verhindert werden, daß Widerstand gegen politisch-soziale "Umstrukturierung" und ihre Folgen kalkulierbar bleibt. Insofern bedeutet die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung objektiv (von den persönlichen Absichten der beteiligten Führer und Macher einmal abgesehen) eine Art von widersprüchlichem und brüchigem "Bündnis" zwischen Gewerkschaften, Staatsapparat und "modernen", d.h. technologisch fortschrittenen Kapitalen. Inhalt dieses Zusammengehens ist die Durchsetzung einer imperialistischen Politik nach innen und außen.

Von daher ist es auch zu verstehen, daß die Politik der Regierung sowohl durch innere Repression als auch durch immer deutlicher vorgetragenen außenpolitischen Machtansprüchen und Einflußnahmen gekennzeichnet ist. Die "innere" Durchsetzung dieses "Modell Deutschland" (es sind durchaus auch andere und kaum erfreulichere denkbar) hängt sehr wesentlich davon ab, daß es gelingt, die sozialen Bewegungen und Konflikte, vor allem im Ökologiebereich, unter Kontrolle zu halten und die "Integrationskraft" der Gewerkschaften zu bewahren. Bricht sie zusammen, so müßte dies (ebenso wie Verschiebungen an der außenwirtschaftlichen Flanke, siehe Iran) nicht nur das Scheitern des "sozialdemokratischen Wegs", sondern sehr viel tiefergehende Veränderungen des politischen Herrschaftssystems zur Folge haben.

Es hat den Anschein, als könnten die Gewerkschaften diese Politik vorerst noch intern durchsetzen, allerdings um den Preis wachsender innerer Repression und fortschreitender Entdemokratisierung. Die skandalösen Satzungsänderungspläne der IG Chemie, die zur faktischen Ausschaltung der Basis aus den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozessen führen würden (vgl. FR v. 20.2.1979), sind in dieser Hinsicht wohl nur die Spitze des Eisbergs.

Diese Entwicklung, in der sich die Gewerkschaften immer stärker von Organen der unmittelbaren Interessenvertretung zu "korporativistischen" Verwaltungs- und Kontrollorganen über die Arbeiterklasse mausern, ist nur deshalb so leicht durchsetzbar, weil die Folgen der ökonomischen Umstrukturierungspolitik (d.h. die permanente Drohung mit Arbeitslosigkeit, Umschichtung, Dequalifikation) eben auch die gewerkschaftsbürokratische Verfügungsmacht über die Arbeiter vergrößert hat. Wenn gewerkschaftliche "Mitbestimmungsinstanzen" der verschiedensten Art formell oder faktisch über Freisetzungen und Entlassungen mitentscheiden, wird das unübersehbar.

Allerdings kann eine derartige Entwicklung auch nicht beliebig weit getrieben werden. Die laufende Entdemokratisierung der innergewerkschaftlichen Strukturen ist auch eine Reaktion auf massiv geäußerten Widerstand in den eigenen Reihen. Insofern war das mehr oder weniger deutlich artikulierte Mißbehagen der Betroffenen nach den Tarifabschlüssen in der Stahl- und Metallindustrie alles andere als eine Randerscheinung in der "politischen Landschaft" der BRD, so wenig wie die sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielenden innergewerkschaftlichen Kämpfe und Auseinandersetzungen.

Die Hoesch-Vertrauensleute haben gefordert, den Bezirkssekretär Herb wegen seiner Verhandlungsführung im jüngsten Tarifkonflikt abzulösen. Der IG Metall-Vorstand hat ihm sein "volles Vertrauen" ausgesprochen. Dies war folgerichtig, denn Herb hat zweifellos getreu die Politik des Vorstands ausgeführt. Die IG Metall-Bürokratie muß sich überlegen, ob sie nicht dem Beispiel der IG Chemie folgt und sich bessere Vertrauensleute wählt. Oder die Hoesch-Arbeiter müssen einsehen, daß sie sich geirrt haben. Oder ...

JOACHIM HIRSCH

3. WELT MAGAZIN

Ihr Background zu allen Fragen internationaler Entwicklung !

- **macht nicht nur Schlagzeilen, sondern informiert Sie über Fragen wie Rohstoffpolitik, Neue Weltwirtschaftsordnung, Befreiungskampf und Befreiungsbewegungen, internationale Solidarität, nichtkapitalistischer Entwicklungsweg**
- **ist auf internationalen Konferenzen und in der UNO dabei**
- **berichtet von der entwicklungspolitischen Szene in der Bundesrepublik**
- **weist nach, was hinter den Kulissen offizieller bundesrepublikanischer Außenpolitik wirklich vorgeht**
- **erscheint monatlich, ist 44 - 96 Seiten stark, enthält brandaktuelle Beiträge mit Interviews, Reportagen sowie authentischem Photomaterial. Zu besonders wichtigen und aktuellen Themen enthält es Themenblöcke, die auch einzeln erhältlich sind.**

Jahresabonnement: DM 48,-- Für Auszubildende, ZDL und WDL: DM 32,--

Themenblöcke:

Iran – Folter, Wirtschaftskrise und soziale Revolution	32 S.	DM 3,--
Camp David und seine Folgen	32 S.	DM 3,--
Israel-Südafrika: Kooperation imperialistischer Vorposten	32 S.	DM 3,--
ANC-Dokumentation: Militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika wird fortgesetzt (auch auf englisch)	32 S.	DM 4,--
Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) – Befreiungskampf und internationale Einflüsse	32 S.	DM 3,--

Bücher:

Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel (erweiterte Auflage)	387 S.	DM 15,--
Anglika Sahra, Rafik Schami: Andere Märchen (deutsch-arabische Märchen)	88 S.	DM 7,--
Manfred Hinz, Georg Fischer: Demokratische Arabische Republik Sahara – Ein Volk kämpft für seine Freiheit (Bildband)	198 S. 220 Photos	DM 25,--
Manfred Hinz: Le droit a l'autodetermination du Sahara Occidental (Basisdokumente und Basismaterial, französisch)	164 S.	ca. DM 11,--

Verlagsprospekte und Bestellungen: Montanus und progressive Buchhandlungen oder:

PROGRESS DRITTE WELT VERLAG Postf. 1528 D 5300 Bonn-1

"Das Landgericht ist hier unzuständig"

Mescalero-Prozeß in Oldenburg: Die Zuschauer stimmen über die Verteilung der wenigen Plätze im Gerichtssaal ab

Mit dem Freispruch für die 13 Angeklagten im Oldenburger Prozeß gegen die Herausgeber der Dokumentation "Buback – Ein Nachruf" ist die Prozeßserie gegen die insgesamt 48 Professoren und Rechtsanwälte erst einmal abgeschlossen, falls nicht angekündigte Revisionsbegehren der Staatsanwaltschaft in Bielefeld und Oldenburg noch Erfolg haben. Während in Hamburg und Bremen die Verfahren gar nicht erst eröffnet worden waren, gab es also in Berlin, Bielefeld und Oldenburg freisprechende Urteile – die Anklageschrift war in allen Prozessen nahezu wortgleich. In der Urteilsbegründung des vorsitzenden Richters am Oldenburger Landgericht lag der Tenor auf Nicht-Identifizierung der Angeklagten mit dem Nachruf und auf dem grundgesetzlich garantierten Recht auf freie Meinungsäußerung, auch wenn das Gericht der Meinung sei, bei dem Vorwort, das schließlich nur noch zur Debatte stand, handele es sich um eine einseitige und teilweise auch unwahre politische Polemik. So begrüßenswert dieses Urteil und seine Begründung auch sein mögen, im Interesse einer möglichst weiten Auslegung des Rechts auf politische Meinungsäußerung, so bedenklich wird es, wenn man den gesamten Komplex der Mescalero-Verfahren – insgesamt weit über 100 – betrachtet.

Die Göttinger Studenten, die den Nachruf unzensiert in ihrer Studentenzeitung druckten, sind inzwischen rechtskräftig verurteilt worden, nachdem auch der Bundesgerichtshof die Entscheidung des Göttinger Richters bekräftigt hat. Danach stellt der Nachruf bereits eine Verunglimpfung des Staates (§ 90a) und eine Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189) dar. Die juristische Grenzlinie für das Recht auf Meinungsfreiheit ist offensichtlich dann erreicht, wenn ein nach Auffassung des Gerichts verunglimpfender oder zu Straftaten auffordernder Text unkommentiert, undistanziert gedruckt oder verbreitet wird.

Dies zeigen auch parallele Verfahren: beim Nachdruck des Bommi-Baumann-Buches, das von über hundert Personen kommentiert neu herausgegeben wurde, hat der Bundesgerichtshof eine Verurteilung der Herausgeber oder Verleger abgelehnt. Im Agit-Drucker-Prozeß, in dem unzensiert nachgedruckte Texte angeklagt waren, sind die Drucker verurteilt worden.

Insbesondere der § 90a, dessen Verfassungswidrigkeit durch progressive Juristen längst – erfolglos – nachgewiesen worden ist, ist auch durch die Mescalero-Prozesse nicht in seiner Wirksamkeit angetastet worden, es gelang lediglich, den Geltungsbereich dieses alten Majestätsbeleidigungsparagraphen aus der Zeit des Sozialistengesetzes ein wenig einzuschränken und ihn nicht als Damoklesschwert über jede staatskritische, politische Polemik gehängt zu bekommen. Ein Rechtsfortschritt wird erst dann zu konstatieren sein, wenn dieses obrigkeitsstaatliche Relikt endgültig verschwunden ist.

Das Besondere am Oldenburger Verfahren, das mit seinen 8 Verhandlungstagen knapp vier Wochen in Anspruch nahm, war die Öffentlichkeit, die dafür auf den verschiedensten Ebenen hergestellt werden konnte. Die linksliberale Presse, wie "Frankfurter Rundschau" oder "Die Zeit", hatten ganz offenbar das Bedürfnis, etwas von dem gutzumachen, was sie mit ihren voreiligen Kommentaren im Sommer 1977 ("blanker Faschismus", "jugendliche Freude am Inhumanen" etc.), ohne Kenntnis des gesamten Nachrufs, angerichtet hatten. Auch die Oldenburger Lokalzeitung berichtete bemerkenswert objektiv. Lediglich die "Welt" gefiel sich in einem ausgesprochen faschistoiden Artikel über eine Prozeßbesprechung im Oldenburger Kommunikationszentrum ALHAMBRA.

Aber diese Form von Öffentlichkeit war für den Prozeß nicht von entscheidender Bedeutung, wichtiger war die Öffentlichkeit, die die Prozeßbeteiligten: Zuschauer, Anwälte und Angeklagte herstellten.

Ein Lehrstück linker Prozeßvorbereitung

Mit diesem Prozeß geschah so etwas wie ein Lehrstück über die Vorbereitung und Durchführung politischer Prozesse von Seiten der Linken: Zu jedem Verhandlungstag erschienen weit mehr als 100 Zuschauer, mehr als der Gerichtssaal fassen konnte. Ein schon angeordneter Polizeieinsatz wurde gestoppt, nachdem sich die Zuschauer im Gerichtssaal (!) durch Abstimmung auf ein Rotationsverfahren einigten. Im Vorraum des Gerichts wurden die Erklärungen der Angeklagten parallel verlesen. Regelmäßige Prozeßberichte vor der Tür des Gerichtssaals waren durch bewußt herbeigeführte Unterbrechungen möglich.
Eine Prozeß-Info-Gruppe gab nach jedem Verhandlungstag ein ausführliches Info über den Fortgang des Prozesses mit kritischen Kommentaren heraus. Jeden Abend wurde im ALHAMBRA mit Angeklagten, Anwälten und Zuschauern ausführlich über das Geschehen diskutiert. Am ersten Abend las Erich Fried dort Gedichte und diskutierte über den Prozeß. Regelmäßig fanden Prozeßfeste statt, eine Musikgruppe, die "Escaleros", produzierte sich hier und vor dem Gerichtssaal mit eigens zum Prozeß einstudierten Liedern.
Die Angeklagten und die Anwälte entsprachen diesem Prozeßstil mit politischen Erklärungen, die wesentlich für die Öffentlichkeit und nicht allein für das Gericht bestimmt waren. Inhaltlich reichten sie von der Analyse der Repressionsformen in der BRD über die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Gewaltfrage und den individuellen Erfahrungen, die die Angeklagten damit gemacht hatten, bis hin zur Problematik der Prozesse gegen die Agit-Drucker und gegen AKW-Gegner (voraussichtlich demnächst in einer Dokumentation des Kirschkern-Verlags, Berlin, nachlesbar).

Durchleuchtet bis auf's Hemd

Seit Beginn der Krise 1974 meldet Daimler-Benz Jahr für Jahr neue Rekordumsätze und -gewinne. Zurückzuführen ist dies u.a. vor allem auf die verschärften Rationalisierungsmaßnahmen in Produktion und Verwaltung. Durch die Einführung eines Personalinformationssystems soll jetzt auch der Personaleinsatz über EDV "rationeller" gestaltet werden: Mehr als 220 Datenfelder sind für die "Arbeitsplatzdaten" vorgesehen, mehr als 330 Datenfelder sind es bei den "Mitarbeiter"daten. Erfassung bis in Details ("Körperhaltung? Sitzen/Stehen/Gehen/Bücken? Überwiegend/Gelegentlich/Befristet ..."), durchleuchtet bis auf's Hemd.
Dieses zunächst nur für den Produktionsbereich vorgesehene System wird im "express"-Arbeitsmaterial März 1979 dargestellt und analysiert. Ein weiterer Beitrag behandelt die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung im Angestelltenbereich sowie die Auseinandersetzungen um diese Einführung. Das "express"-Arbeitsmaterial (8 DIN A 4-Seiten) kann gegen Voreinsendung von DM 1,-- über Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4 bestellt werden. Wer das Arbeitsmaterial verteilen will, zahlt für 100 Ex. DM 10,-- und 1.000 Ex. DM 50,--.

Sicherlich hat diese Prozeßöffentlichkeit, zu der auch ungehindert Beifalls- und Mißfallenskundgebungen des Publikums im Gerichtssaal gehörten, die Prozeßroutine nicht völlig verdrängen können, aber sie hat der offensiven Prozeßführung aller Angeklagten die Grundlage und den Rahmen gegeben. Deutlich wurde immer wieder auch die Kluft zu den "alltäglichen" Prozessen in diesem Gericht, aber das konnte kein Grund sein, auf eine beispielhafte Demonstration von Prozeßöffentlichkeit zu verzichten. Ein kleiner Erfolg zeigte sich schon zwei Wochen später, als drei angeklagte AKW-Gegner, die Parolen auf eine Brücke gemalt hatten, mit der gleichen Solidarität wie die prominenteren Angeklagten im Mescalero-Prozeß rechnen konnten.

Weiterhin Berufsverbot für Peter Brückner

Abgeschlossen ist das Verfahren immer noch nicht für Peter Brückner. Zwar übt der Oldenburger Freispruch einigen Druck auf das Disziplinarverfahren in Hannover aus, aber die Landesregierung hat hier noch weitere angebliche Missetaten Brückners auf's Tapet gebracht, unter anderem die Kommentierung der Mescalero-Affäre durch ihn in einer Broschüre. Peter Brückner ist weiterhin suspendiert und erhält nur einen Bruchteil seiner Bezüge. Faktisch besteht für ihn Berufsverbot. Der Kampf für seine Rehabilitierung als Universitätslehrer muß deshalb unvermindert weitergeführt werden. Organisiert wird er vom Komitee "Rechtshilfe für Peter Brückner" c/o Theo Becker, Grazer Straße 8, 3000 Hannover 81 (Spendenkonto: Becker, Stadtsparkasse Hannover Nr. 371 890 26), dort ist auch eine Broschüre mit Dokumenten zur Suspendierung Peter Brückners zum Solidaritätspreis von DM 2,50 erhältlich.

EBERHARD SCHMIDT

Schlußwort zum Oldenburger Mescalero-Prozeß *

Wenn das,
was im Vorwort zu unserer Dokumentation kritisch gegenüber Staat und Gesellschaft gesagt wird,
wenn das,
egal, ob es wahr oder unwahr ist,
nicht mehr gesagt werden darf,
ohne daß der,
der es sagt,
mit einem Strafverfahren wegen Staatsverunglimpfung bedroht wird,
dann kann mit Fug und Recht gesagt werden, daß das,
was in unserem Vorwort
über die Unterdrückung von Kritik in diesem Staat
und über faschistoide Tendenzen in dieser Gesellschaft
gesagt wird,
wahr ist.
Die Folge wäre,
daß künftig in diesem Staat
öffentlich nur noch das gesagt werden darf,
was Staatsanwälte und Richter an Kritik für zulässig halten,
und dann wäre öffentlich
nichts mehr zu sagen.

EBERHARD SCHMIDT

**) nachdem der Staatsanwalt den Strafantrag auf "Staatsverunglimpfung (§ 90a) durch das Vorwort der Herausgeber" reduziert hat.*

"Uneinsichtig"

Zum Urteil gegen die AGIT-Drucker

Am 12. Februar 1979 wurde im Prozeß gegen vier Mitglieder der Firma AGIT-Druck das Urteil gesprochen. Der vierte Strafsenat des Berliner Kammergerichts verurteilte einen der Drucker zu einem Jahr, die drei anderen zu neun Monaten Gefängnis. Die Strafen wurden nicht zur Bewährung ausgesetzt. Die Nichtaussetzung zur Bewährung wurde mit der "Uneinsichtigkeit" der Angeklagten begründet. Diese sah das Gericht darin, daß die Angeklagten zu Beginn des Prozesses im Juni 1978 erklärt hatten: "Wir wollen weiter drucken, auch wenn wir verurteilt werden."

In zweifacher Hinsicht ein Präzedenzfall

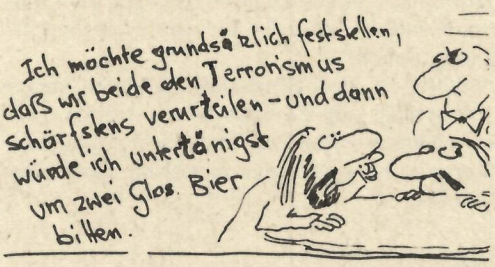
Das Urteil gegen die vier Drucker stützte sich auf folgende Straftatbestände: Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten (§ 88a), Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111), Werbung für terroristische Vereinigungen (§ 129a) und Billigung von Straftaten (§ 140 StGB). Wir haben es also in zweifacher Hinsicht mit einem Präzedenzfall zu tun. Zum einen wurde der § 129a erstmals auf Personen angewandt, die nicht einmal indirekt mit der Terrorszene zu tun haben (was das Gericht auch zugegeben hat). Zum anderen traf der § 88a, der bisher schon Verlegern, Buchhändlern und Redakteuren zum Verhängnis geworden war, zum ersten Mal diejenigen, die lediglich mit der technischen Herstellung von Texten beauftragt sind.
Die Verteidigung hatte die Einstellung des Verfahrens gefordert, wegen der Verfassungswidrigkeit des § 88a. Diesen Antrag lehnte das Gericht ab, mit der Begründung, auch auf der Grundlage von verfassungswidrigen Strafvorschriften könne verhandelt werden. In der mündlichen Urteilsbegründung erklärte der vorsitzende Richter zu den einschlägigen Paragraphen weiter: "Diese Strafbestimmungen sind verfassungsgemäß. Sie dienen nämlich dem Ziel der Verfassung. Diese Strafbestimmungen wollen nämlich den Gemeinschaftsfrieden schützen." Ihr Ziel sei es, Gewalthandlungen schon im Vorfeld (sprich: Sympathisantensumpf) entgegenzuwirken.

"Auch ein Maulkorb soll nur das Beißen verhindern"

Den Vorwurf der Verteidigung, die neuen Bestimmungen seien "Maulkorbparagraphen", wies das Gericht nicht etwa zurück. Der vorsitzende Richter erklärte vielmehr in der mündlichen Urteilsbegründung: "Diese Angriffe gehen ins Leere. Auch ein Maulkorb soll nur das Beißen verhindern, nicht das Bellen."
Wegen welchem ihrer vielen Druckaufträge standen die Drucker vor Gericht? Es war das

"Info-BUG" (Info Berliner Undogmatischer Gruppen). Dieses "Info" war 1974 entstanden und wurde seitdem von den AGIT-Druckern gedruckt. Es war eine Alternativzeitung, die wöchentlich in kleiner Auflage erschien und fast ausschließlich in West-Berlin vertrieben wurde.

Die Macher des "Info" betrachteten ihr Blatt als Informations- und Diskussionsforum und stellten seinen Raum allen Gruppen zur Verfügung (mit Ausnahme der SEW). Gelesen wurde das Blatt hauptsächlich von Spontis; einen breiten Raum nahmen Kleinanzeigen ein. Eine ständig wechselnde Lay-out-Gruppe klebte die Artikel zusammen. Diese Gruppe verstand sich nicht als Redaktion, so daß nahezu alles im "Info" unzensiert gedruckt werden konnte: "Bekennerbriefe" der RAF standen neben Diskussionsbeiträgen von Bürgerinitiativen, Kinderläden, Stadtteilgruppen und neben Artikeln aus der Alternativbewegung, die sich mit gesunder Ernährung beschäftigten.
Seit April 1977 wurden auch Stellungnahmen für und gegen die Anschläge auf Buback, Ponto und Schleyer wiedergegeben. Diese "Bekennerbriefe" wurden auch in Tageszeitungen und andernorts dokumentiert. Während das als Berichterstattung galt, sprach die Staatsanwaltschaft im vorliegenden Fall von "gedrucktem Terror", dessen Hersteller, die Drucker also, sich "in die Kette der Unterstützer eingereiht" hätten.



Walter Jens kam dagegen in seinem Gutachten zu völlig anderen Ergebnissen. Er betonte, daß man nicht einzelne Artikel betrachten dürfe, sondern das "Info" (wie jedes Presseerzeugnis) nur als Ganzes beurteilen könne. Jens arbeitete folgende Charakteristika heraus:

- eine eklatante innere Widersprüchlichkeit,
- ein außerordentlich breites Spektrum innerhalb der "linken Szene",
- scharfe Auseinandersetzungen, die dem Charakter einer Kaderzeitschrift genau entgegengesetzt seien; "die Verwirrung steigt bei jedem Lesen" (Jens),
- einen ausgeprägten Hang zur Selbstironie.

Das "Info" sei ein offenes Forum gewesen für Leser, die von Konsumenten zu Produzenten gemacht werden sollten. Eigentlich sei das Blatt eine "Summe von Leserbriefen" gewesen. Jens räumte ein, daß auch "inhumane, zynische und geschmacklose Artikel" erschienen seien. Diese seien jedoch durch eine weit größere Zahl entgegengesetzter Beiträge konterkariert worden. Jens betonte die kathartische Wirkung dieser Diskussion. Es sei wichtig, daß Spontis ein Forum für ihre Gewaltphantasien hätten. Dies fördere nicht die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, sondern verhindere im Gegenteil ihre reale Umsetzung. Zum selben Ergebnis kam auch der Gutachter Gottschalch, der darüber hinaus betonte, daß die Spontis einen völlig anderen Sozialcharakter als Terroristen hätten: "Für terroristische Gruppen wäre es meines Erachtens selbstmörderisch, würden sie sich bei ihren Aktionen auf die Spontis stützen. Deren Unzuverlässigkeit macht sie unkalkulierbar."

Spontis seien als Rekrutierungsfeld für Terroristen gänzlich ungeeignet, "Info-BUG" habe daher nicht "werben" können. Hinzuzufügen wäre noch, daß sich auch die politischen Ziele von Spontis, soweit erkennbar, erheblich von denen terroristischer Gewalttäter unterscheiden.

Es genügt die "Eignung"

Trotz dieser Gutachten wurde den Druckern der § 88a zum Verhängnis. Er stellt nämlich Schriften unter Strafe, die "nach den Umständen geeignet" sind, "die Bereitschaft anderer zu fördern", Gewalttaten zu begehen. Nicht auf konkrete Folgen kommt es an; es genügt die "Eignung".

Eine solche mögliche Eignung einzelner Textstellen konnten die Gutachter natürlich nicht ausschließen. Sie betonten aber, daß unter entsprechenden Umständen jedweder Text "geeignet" sei, jemanden zu Gewalttaten zu motivieren. Unsere Fernsehanstalten müßten nach dieser Logik ständig vor Gericht stehen. Das alte Rechtsprinzip "in dubio pro reo" wurde auf den Kopf gestellt. Nicht die Staatsanwaltschaft mußte nachweisen, daß irgendjemand durch die Lektüre des "Info" zu Gewalttaten verleitet worden ist. Die Verteidigung hatte im Gegenteil zu beweisen, daß niemand durch diese Lektüre zu einer Gewalttat verleitet worden ist, was naturgemäß völlig unmöglich ist. Die solchermaßen inkriminierten Texte aber müßten die Drucker sich zurechnen lassen. Denn, so argumentierte das Gericht, eine Druckerei müsse nicht vorher prüfen, was sie druckt. Kennten die Drucker den Inhalt aber, müßten sie die Verantwortung dafür übernehmen. Im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft gab das Gericht den AGIT-Druckern zu, daß während des Druckvorgangs eine Lektüre dessen, was gerade gedruckt wird, nicht möglich ist. Andererseits hätten sie hinterher – schon aus Interesse – das "Info" mit Sicherheit gelesen. Deshalb hätten sie mit bedingtem Vorsatz gehandelt.
Die Richter gestanden den Druckern einen Verbotsirrtum zu, da sie der Auffassung gewesen seien, nicht zensieren zu müssen, was sie drucken. Die Kombination aus bedingtem Vorsatz und Verbotsirrtum könnte einen dazu verleiten, von einem "Gesinnungsprozeß" zu sprechen. Ein Verteidiger tat es und steht jetzt vor einem Ehrengericht.
Die Bundesvorstände des Verbandes deutscher Schriftsteller und der Deutschen Journalisten Union haben in ersten Stellungnahmen ihre Bestürzung über die Verurteilung der Drucker geäußert. Zu erwähnen wären noch etwa DM 100.000,– Prozeßkosten, die von den vier Druckern abzuzahlen sind.
Die AGIT-Druckerei, deren Kollektiv regelmäßig wechselt, arbeitet weiter. Einer ihrer größten Kunden, der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der dort schon mehr als 3 Millionen Flugblätter drucken ließ, schrieb in seiner Presseerklärung zum Urteil: "Der LBU wird weiterhin Kunde der AGIT-Druckerei bleiben und die AGIT-Drucker solidarisch unterstützen."

ERNST PIPER

alternative

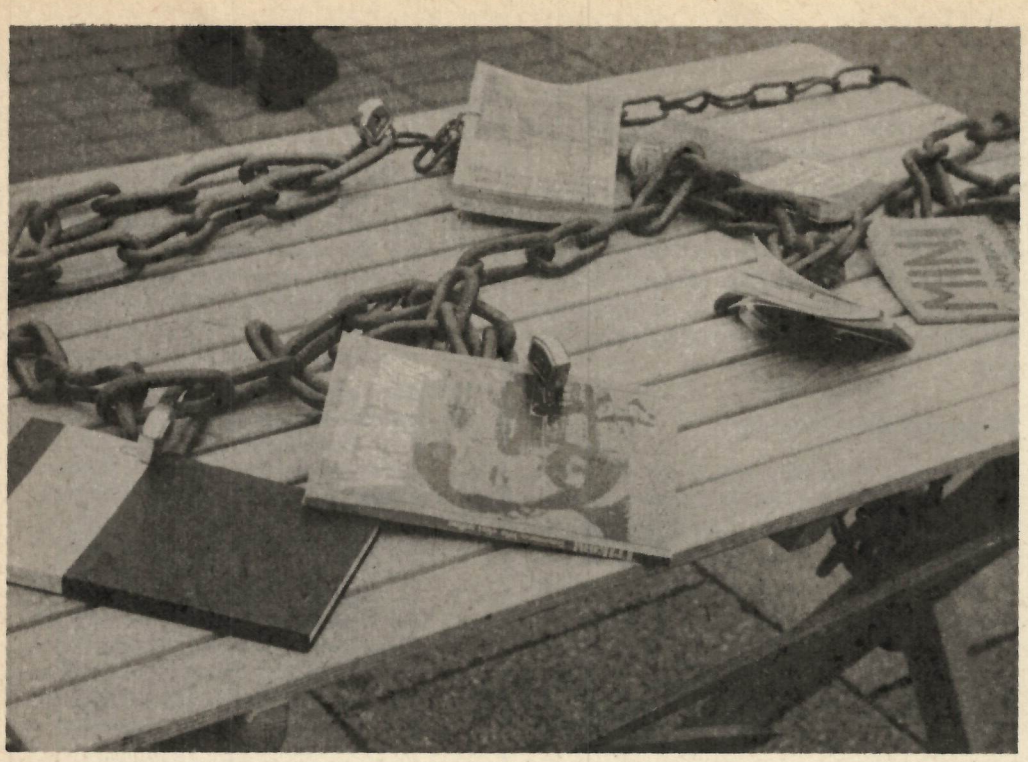
119 **Krise des Marxismus**
Von der Krise der linken Organisationen, der Theorie, der Ideologie, der Ziele, der Kämpfe — Mit Beiträgen von Louis Althusser, Michel Foucault, Nicos Poulantzas und Karl Heinz Roth

120 **Der ‹andere Blick› —**
121 **feministische Wissenschaft?**
Wie Geschichte neu und anders gesehen werden kann — Frauenbewegung als Spitze des Eisbergs: alltägliches Leben, Widerstand, Kämpfe von Frauen — ‹Betroffenheit› als feministische Kategorie? — «Keine Wahrheit an und für sich ...» Wahrnehmungen und Erfahrungen im Wissenschaftsbetrieb — Wenn ‹Expertinnen› über ‹Opfer› forschen oder: Feministische Wissenschaft als Institution

124 **INDULA oder ‹Die Zeiten werden härter›**
In diesem unserm Land ... Für plötzliche Wirklichkeit ‹Terrorismus› eingesetzt: Die Fronten sind klar, es darf geschossen werden. Fiktion? — Ein einig Volk ... Zur Erklärung des Bundeskanzlers anläßlich der Schleyer-Entführung — Buback-Nachruf / Prozesse: Eskalation staatlicher Ermächtigung — Polizeirealismus: Praxis und Theorie einer neuen Sprache — Wenn Richter sich auf Linguistik und Kommunikationswissenschaft berufen. Bürgerliche Justiz und kritische Wissenschaft oder: Warnung vor uns selbst

Jahresabonnement 25,— DM;
nur über den Alternative Verlag,
1000 Berlin 15, Postfach 150 230.
Einzelnummer 6,— DM,
Doppelnummer 8,— DM:
über jede Buchhandlung

alternative



Kein Schlußwort

Kritik an den Schlußfolgerungen des Russell-Tribunals zur Zensur in der BRD

Das Russell-Tribunal versammelte und veröffentlichte in seiner zweiten Sitzungsperiode eine erdrückende Menge an Material zu den Bereichen Zensur, Verteidigungsrechte und Verfassungsschutz. Aufgrund der vorgelegten Materialien, Gutachten und Zeugenaussagen kam es zu Schlußfolgerungen, die u.a. in "links" (Februar-Nummer, S. 13-15) abgedruckt sind. Michael Kienzle und Dirk Mende setzen sich mit diesen Schlußfolgerungen kritisch auseinander.

Die Schlußfolgerungen des Russell-Tribunals nach seiner 2. Sitzungsperiode zeigen eine gefährliche Vorstellung von Zensur; die Russell-Juroren fallen in einen vorkonstitutionellen Zensurbegriff zurück, mit dem Gutachter, Zeugen und viele Unterstützer eigentlich aufräumen wollten.
Es wird dort zwischen zwei Arten von Zensur unterschieden. Die eine ist die "positive Zensur, die dazu dient, Minderheiten zu schützen und nicht diskriminieren zu lassen". Sie ist angeblich nicht gegen die Demokratie gerichtet, sondern dient vielmehr "ihrer Erhaltung und Herstellung". Nur die "negative Zensur" sei es, welche "die Freiheit von Meinungsäußerungen gerade von Minderheiten" beschneide.
Aus Gutachten und Diskussionen des Tribunals ging ausschließlich hervor, daß Zensur in unserer Gesellschaft als Machtmittel benutzt wird, um oppositionelle Gruppen, Personen und Meinungen zu schädigen. Abzulehnen sei **jede** Form von Zensur.

Jede Zensurmaßnahme wird positiv begründet

Um so unverständlicher ist das Lob einer "positiven" Erziehungszensur, die sich auf keinen einzigen der vorgetragenen Fälle stützen kann. Gegen die "positiven" Ziele der Zensur sollte man um so mißtrauischer sein, als staatliche Instanzen jede Zensurmaßnahme "positiv" begründen: zensiert wird zum Schutz der Jugend, der Religionsgemeinschaften, des Gemeinschaftsfriedens alias "gesundes Volksempfinden". Es sind dieselben Instanzen, die die "positive" und die "negative" Zensur ausführen und zwischen beiden Arten entscheiden. Die jüngsten behördlichen Maßnahmen gegen antisemitische Äußerungen können das prinzipielle Mißtrauen gegen Zensurmaßnahmen nur verstärken. Die Verwendung von Kotullas hervorragendem Film über den Auschwitz-Kommandanten Höß ist an den bayerischen Schulen untersagt, mit der absurden Begründung, die Schüler könnten sich mit der Figur des Höß identifizieren.
Dieses Verbot ist nicht das einzige in der Geschichte der BRD, das den Antifaschismus in scheinheiliger Berufung auf den Antifaschismus zensiert hat. Und schließlich: die Zensur gegen Rechtsaußen hat dem Staat seit je als Vorwand gedient, die Linke mundtot machen zu wollen.
Wer staatlichen Instanzen das Definitionsmonopol darüber einräumt, welche Meinungen der "Herstellung und Erhaltung" der Demokratie dienen und welche nicht, hat die formelle Garantie der Meinungsfreiheit für alle verschenkt. Noch kein Staat wurde durch Zensur demokratisiert, kein Mensch durch sie "sittlicher". Minderheiten wurden in Deutschland durch Zensur immer geschaffen und dann isoliert, nie aber geschützt.
"Positive Zensur" hat bis hin zu Wehners parlamentarischer Initiative gegen Nazi-Schallplatten die Funktion des Alibis: Symptome werden unterdrückt, damit die gesellschaftlichen Ursachen nicht bekämpft werden müssen.
Oskar Negt hat in seinem Zensur-Gutachten festgestellt, daß fast jede Instanz in der BRD zeitweilig zur Zensurinstanz werden könne. Die "Schlußfolgerungen" sind diesem wichtigen Hinweis – wie vielen anderen – leider nicht gefolgt. Dort steht: "In der Tat gibt es in der Bundesrepublik keine offizielle Zensurinstanz. Dennoch findet Zensur in einer Vielzahl von Bereichen täglich statt." Was anderes als eine Zensur-Instanz ist denn die Freiwillige Film-Selbstkontrolle, in der Vertreter des Staats offiziell mitarbeiten und welche eine zuweilen rigide Vorzensur ausübt? Was ist mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften? Was sind die Schulministerien bei der Schulbuchzulassung?
Die "Schlußfolgerungen" weichen der Frage aus, wem Zensur eigentlich nützt und wer sie ausübt. So heißt es über die "Gewaltparagraphen": sie "laden zum staatlichen Mißbrauch ein". Ist es in Wirklichkeit nicht so, daß der Staat sich dazu selbst eingeladen hat, indem er sich die Paragraphen schuf? Und ist es nicht so, daß der Staat bestimmte, benennbare Interessen wie das Atomprogramm, Ausbau von Polizei und Verfassungsschutz usw. usw. hat, die die Minderheit der Bevölkerung betreffen und die durchgesetzt werden, zum Beispiel mittels Zensur im Gewande der Gewaltparagraphen?
Wichtig ist, daß Zensur Minderheiten immer nur schlägt, um die Mehrheit zu treffen. Daß nun Minderheiten "zur Ohnmacht verdammt" werden, ist sicher nur eine Nebenfolge der Zensur.

Fehlende Folgerungen, fehlende Gewichtung

Die "Schlußfolgerungen" – immerhin vorläufige Bilanz der 2. Sitzungsperiode – haben einen vagen, enttäuschenden und unsystematischen Eindruck hinterlassen. Zum Bereich "schulische Zensur" wurde ein Abend lang referiert. Die "Schlußfolgerungen" erwähnen die Zensur gegen Lehrer und Schüler mit keinem Wort.
Hält die Jury die vorgetragenen Fälle nicht für "negative Zensur" oder hat sie ihre Erwähnung nur vergessen? Wie sollen die Lehrer und Schüler, die das Tribunal zu diesem Punkt mit Material versorgt haben, die Hoffnung in die Publizierung der Fälle setzten, politisch an die "Schlußfolgerungen" anknüpfen?
Statt einer etwas beliebigen Aufreihung von Zensurbereichen – auch solcher, die gar nicht verhandelt wurden (Universität, Presse) – hätte man sich eine Gewichtung der Bereiche, eine Erläuterung der offensichtlich verschiedenen Positionen innerhalb der Jury gewünscht. Vielleicht auch einen Hinweis zur Zensur in der BRD im internationalen Vergleich, vielleicht auch ein Wort zum Widerstand gegen die Zensur.
Bei aller Kritik der "Schlußfolgerungen" zum Punkt Zensur soll nochmals daran erinnert werden, daß das Tribunal gerade den Skandal der Zensur erstmals umfassend thematisiert hat. Was Zensur ist, wie sie sich auswirkt und was man dagegen tun kann: diese Fragen bedürfen gewiß noch einer umfassenden Diskussion. Die "Schlußfolgerungen" dürfen weder für die Jury noch für die Opposition gegen Zensur das Schlußwort sein.

MICHAEL KIENZLE/DIRK MENDE

(Gutachten, Zeugenaussagen werden ab Ende März 1979 gedruckt vorliegen und im Rotbuch-Verlag erhältlich sein.)

Kämpfer zwischen den Fronten

Entgegnung in der A. Paul Weber-Kontroverse

Gegen die Einschätzung Ernst Niekischs, wie sie in der letzten "links" in einem Beitrag über A. Paul Weber, gegeben wurde, wendet sich Jürgen Seifert. Hierbei kritisiert er insbesondere die Interpretation des Weberschen "Sargbilds". Er besteht auf einer Bewertung der "Widerstand-Gruppe" im historischen Kontext. Wir haben versucht, dem Beitrag einige Informationen beizufügen, die den historischen Zusammenhang verdeutlichen sollen. Sie sind zwangsläufig unzulänglich und eher als Anregung zu weiterer Beschäftigung gedacht.

Ich wende mich dagegen, daß bei dem Versuch, zu beweisen, daß A. Paul Weber "funktionalisierbar" ist, die Schrift von Ernst Niekisch, **Hitler – ein deutsches Verhängnis**, 1932, verbogen wird.

Ernst Niekisch wird derjenige nicht begreifen, der Sätze aus dem Zusammenhang einer Kampfschrift gegen Hitler und dem politischen Lebensweg dieses Mannes reißt. Niekisch war 1919 Präsident des Zentralrats der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Bayerns; er war in der SPD, dann in der USPD, kritisierte 1925 die "Staatsverneinung" der Arbeiterschaft: "nur indem sie ihr Klasseninteresse in den Lebensinteressen des Staates untergehen läßt, gelangt sie zur Herrschaft über ihn"; gab später mit A. Paul Weber den **Widerstand** heraus, eine "Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik" (und stand dabei im Kontakt zu so unterschiedlichen Leuten wie Ernst Jünger, Josef Drexel und Alexander Mitscherlich); Niekisch wurde vom Volksgerichtshof zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt, war nach dem Krieg kurze Zeit Mitglied der Volkskammer in Ostberlin, in der Bundesrepublik billigte man ihm nicht einmal die Wiedergutmachung zu.

Erzwungene Zugeständnisse an die nationalistische Terminologie

Niekisch war ein Kämpfer zwischen den Fronten: den einen zu revolutionär, antidemokratisch, zu national und staatsbezogen, den anderen "zersetzend", "bolschewistisch". In keiner Sammlung von Faschismusanalysen findet man einen Nachdruck der Schrift "Hitler – ein deutsches Verhängnis"; Niekisch selbst hat den Text nach 1945 nie wieder drucken lassen.

In einer Anmerkung in der Schrift **Deutsche Daseinsverfehlung** schrieb er 1946: "Die entschlossensten Widersacher des Hitlerismus waren, um ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen, damals 1932 gezwungen, Zugeständnisse an die nationalistische Terminologie zu machen. Man denke an den Scheringerkurs und den Aufbruchkreis der KPD. Das versteht heute nur, wer sich der Atmosphäre jener Jahre erinnert." Die Sprache von Niekisch ist uns heute fremd. Doch Niekisch fand Resonanz. Aus solchem Denken entstand der Geist, der die "Rote Kapelle" möglich machte.

Alles das müßte man sagen, wenn man Niekisch zitiert, um mit Niekisch zu beweisen, daß das Sargbild von A. Paul Weber in der Kampfschrift von 1932 (S. 11) "das Versinken eines Volkes in der Bedeutungslosigkeit mit dem karikaturistischen Mittel des Grabes" versinnbildlicht.

Wer die hier skizzierten Zusammenhänge nicht kennt oder wer meint, über sie hinweggehen zu können, müßte zumindest andere Stellen aus der zitierten Schrift berücksichtigen, die zeigen, daß die Interpretation des Grabesbildes von Weber so nicht haltbar ist. Auf der letzten Seite schrieb Niekisch (gesperrt) den Satz: "Das Ergebnis des unerhörten Aufwandes ist am Schluß die Katastrophe." Über den Weg in diese Katastrophe prophezeit Niekisch: "Das Dritte Reich beginnt mit dem Gerichtstag; die Schafe werden von den Böcken getrennt. Wer nicht den rechten Glauben hat, wird im Dritten Reich verdammt sein." Dieses Reich "ist in uns von dem Augenblicke an, in dem man das nationalsozialistische Mitgliedsbuch empfing. Es verwirklicht sich in dem Maße, in dem das ganze Volk nationalsozialistisch wird. Wer dem Nationalsozialismus nicht beitritt, hemmt seinen Sieg; darum verdient er, totgeschlagen und ausgerottet zu werden." "Der Faschismus ist die Unduldsam-

Der Balanceakt (ca. 1930)

Der Bund Oberland

Am 19.4.1919 wurde in Eichstätt das Freikorps Oberland zur Bekämpfung der Münchener Räterepublik gebildet. 1920 kämpfte es an der Ruhr und wurde nach zeitweiliger Auflösung 1921 zum Einsatz in Schlesien reaktiviert. Dabei weigerte es sich, gegen streikende Arbeiter vorzugehen. Ende des Jahres wurde es aufgelöst. Seine Mitglieder sammelten sich im nun gegründeten Bund Oberland. Der Bund arbeitete eng mit der NSDAP zusammen, hatte aber auch einen starken Flügel, der ein Bündnis mit der Sowjetunion gegen "Versailles" anstrebte und auf Zusammenarbeit mit einer "nationalkommunistisch" geläuterten KPD hoffte.

1923 beteiligte sich der Bund in seiner Mehrheit am Hitler-Putsch und wurde anschließend verboten. Nach der Neugründung 1925 sind starke Ablösungstendenzen von der NSDAP zu bemerken. Man hatte Kontakt zu Niekisch. 1928 wurde dieser sehr eng. Niekischs "Widerstand" wurde zu einer Zeitung des Bundes.

1929 trennte man sich von den letzten NSDAP-Anhängern. In der 1931 nach weiteren Auseinandersetzungen und Austritten gebildeten "Oberlandkameradschaft des Widerstandskreises" gab Niekisch eindeutig den Ton an. Seit 1930 fanden jährlich Widerstandstagungen statt, ab 1933 waren sie geheim. Das Programm des Kreises sah unter anderem vor: Verständigung mit der Sowjetunion gegen die Westmächte.

Dieser Überlegung lag eine Theorie zugrunde, die ein Bündnis der "proletarisierten Völker" anstrebte. (Sie wurde erstmals 1910 vom nationalistischen italienischen Schriftsteller Corradini vorgetragen.) Man wollte einen "deutschen Sozialismus", dessen Elemente u.a. der Rückzug aus der Weltwirtschaft, der Zwang zur Stadtflucht, der Wille zur Armut, das Bekenntnis zu Autorität und Wehrhaftigkeit sein sollten. Träger dieses "deutschen Sozialismus" sollten die Arbeiter sein.

Alle Sprecher des Kreises wurden nach 1933 verhaftet und in Zuchthäuser und KZs gebracht.

JENS HUHN

Ernst Niekisch – Lebensdaten

Geboren 1889 in Trebenitz (Schlesien)
Aufgewachsen in Nördlingen, Volksschullehrer
1917 Eintritt in die SPD
Nov. 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Augsburg
Febr.-April 1919 Vorsitzender der Arbeiter- und Soldatenräte Bayerns. Inzwischen Mitglied der USPD
Juni 1919 Verurteilung zu 2 Jahren Festungshaft (bis Sept. 1921); Während dieser Zeit kehrt er mit dem rechten USPD-Flügel zur SPD zurück
1921-22 bayerischer Landtagsabgeordneter
1923-26 Sekretär des Deutschen Textil-Arbeiter-Verbandes, Mitarbeit an der sozialdemokratischen "Glocke"
Ab 1924 Redakteur der sozialistischen Rundschau "Firn", Kontakte zum Bund Oberland (s.u.)
U.a. deswegen 1926 aus der SPD ausgeschlossen Danach Chefredakteur des "Volksstaat" in Dresden, dem Organ der Altsozialistischen Partei in Sachsen (gegründet vom ehem. Ministerpräsidenten Buck zusammen mit 23 rechten Landtagsabgeordneten), die er zu einer Reichspartei machen will. Zugleich Herausgabe der eigenen Zeitschrift "Widerstand" Austritt aus der ASPD – Enge Zusammenarbeit mit Bund Oberland. Anfang der 30er Jahre Kontakte zur Scheringer-Gruppe in der KPD, zu Radek und Mussolini
1932 "Hitler, ein deutsches Verhängnis"
1934 erstmals vorübergehend verhaftet
1935/36 "Das Reich der niederen Dämonen"
1937 verhaftet und 1939 vom Volksgerichtshof zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt
1945 aus Brandenburg teilweise gelähmt und halbblind befreit. Zeitweise Mitglied der Volkskammer in der DDR
Bis 1950 an der Humboldt-Universität in Ostberlin. Die Zahlung von Wiedergutmachung wurde ihm von der BRD verweigert.
1967 in West-Berlin gestorben

Der "Scheringer-Kurs" der KPD und die Zeitschrift "Aufbruch"

Seit 1930 versuchte die KPD, in die nationalistische Front einzubrechen (Programm zur nationalen und sozialen Befreiung). Dabei spielte die Hoffnung eine Rolle, man könne NSDAP-Mitglieder für sich gewinnen. Zugleich war es ein Versuch, konservativer Außenpolitik entgegenzuwirken, die mit Unterstützung der Reichswehr Verständigung mit den Westmächten anstrebte und aggressiv gegen die Sowjetunion gerichtet war.

Ein Anlaß dieser KPD-Politik, die von Anfang an sehr umstritten war, bildete die Trennung der Otto Strasser-Gruppe von der NSDAP. Ihren Höhepunkt erreichte sie in der Agitation um den Fall des Oberleutnants Scheringer. Verbunden mit diesem Kurs war zugleich eine sich steigernde Abgrenzung vom "Sozialfaschismus".

Richard Scheringer wurde im Herbst 1930 zusammen mit anderen Reichswehroffizieren wegen NSDAP-Propaganda und Vorbereitung zum Umsturz in der Reichswehr zu 1 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt. Der Prozeß erregte Aufsehen durch das Auftreten des Zeugen Adolf Hitler, der 3 Stunden lang Propaganda im Gerichtssaal treiben durfte und dabei (übrigens unter Eid) aussagte, die Partei verfolge ihre Ziele auf streng legalem Weg.

Während seiner Haft war Scheringer in Kontakt zu Kommunisten gekommen. Von deren "nationalen Absichten" überzeugt, trat er im Frühjahr zur KPD über. Er erklärte, er sei 1924 nur Offizier geworden, um das Versailles-Diktat und seine Nachfolger bis zum Young-Plan ebenso zu zerschlagen wie den Kapitalismus in Deutschland. Die Reichswehr sei für ihn der Kern einer Befreiungsarmee gewesen, niemals Interventionsarmee gegen die Sowjetunion. Die NSDAP habe sich vom Sozialismus losgesagt. "Ich sage mich daher endgültig von Hitler und dem Pazifismus los und reihe mich als Soldat ein in die Front des wehrhaften Proletariats. Für die Revolutionierung und Bewaffnung der breiten Massen! Für nationale und soziale Befreiung!"

1932 erhielt Scheringer erneut Festungshaft, diesmal wegen KPD-Propaganda gegenüber Reichswehrangehörigen. Zur Unterstützung des KPD-Kurses, für den der Name Scheringer nun stand, schuf die KPD 1931 die Zeitschrift "Aufbruch", die sich u.a. gezielt an Offiziere und SA-Leute richten sollte. Es bestanden enge Kontakte zum Bund Oberland (s. dort).

Anfang 1932 übernahm Beppo Röhmer, ehemals Führer des Freikorps Oberland (!) die Redaktion der Zeitschrift. Auch er war KPD-Mitglied geworden. Die Zeitschrift bildete "Aufbruch-Arbeitskreise", die Diskussionen und Seminare veranstalteten. (Etwa im August 1932 ein Seminar zum Thema "Die Stellung des Marxismus-Leninismus zur nationalen Frage" mit Wittfogel und Duncker.) Sie hielten engen Kontakt mit den gegen die NSDAP-Führung revoltierenden SA-Kreisen. Es kam zeitweise zur Bildung von geheimen "Scheringer-Staffeln" innerhalb der SA. Zugleich versuchte man mit Scheringers Schriften Einfluß in Reichswehr und Polizei zu nehmen.

"Scheringer-Kurs" und "Aufbruch" blieben allerdings nur Episode. 1932 wurde diese Politik, für die sich besonders Heinz Neumann eingesetzt hatte, von der KPD-Reichskonferenz verurteilt.

Übrigens ist Scheringer heute einer der Agrar-Experten der DKP. Er hat eine Autobiographie verfaßt: Richard Scheringer, Das große Los, unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959

JENS HUHN

"Hitler – ein deutsches Verhängnis". Weber zeichnete diese Titelvignette zu Niekischs gleichnamigen Buch 1932.

keit des nationalen Messianismus in seiner gegenwärtigen Erscheinungsweise." Oder zur Propaganda: Hitler "hat den Punkt überschritten, bis zu dem man Kredite erbitten muß; ihm werden sie nachgetragen." Der Faschismus "ist das verwegenste Kreditschwindelgebäude, das auf politischem Boden errichtet wurde. Das Braune Haus ist wie einer jener großspurigen Geschäftspaläste, in denen betrügerische Konzerne ihre Blütezeit vorwegzunehmen gedachten."

Das Webersche Bild des Grabes mit dem Hakenkreuz nimmt auf solche Sätze Bezug. Niekisch charakterisiert den Faschismus als "Schreckensherrschaft", und Weber folgt ihm dabei nicht nur beim Sargbild, sondern auch durch die Darstellung des Todes auf der Titelseite und auf der ersten Druckseite. Es ist daher geradezu grotesk, das Sargbild als "karikaturistisches Mittel" und als Untergang des deutschen Volkes in den Sumpf der "Versailler Ordnung" zu interpretieren.

Versailles – "Legalismus" und "Cäsarismus"

Doch was heißt "Versailler Ordnung"? Niekisch meinte 1932: "Angesichts der gegenwärtigen Weltlage kann man nur entweder die Versailler Ordnung oder die bolschewistische Ordnung in Frage stellen; wer gegen die eine von beiden schlägt, verteidigt auch schon die andere. ... Versailles ist für Deutschland unvergleichlich verderblicher, als es der 'Bolschewismus' ist." Dazu heißt es einige Sätze weiter: "Antibolschewismus ist eine soziale, keine politische Stellungnahme: man bangt um seinen Besitz, nicht um sein Vaterland. Versailles ist das Politische an sich; nur wer unbedingt gegen Versailles steht, verhält sich ausschließlich politisch."

Die "Versailler Ordnung" ist für Niekisch "das Gesetz, das die romanische Welt Mitteleuropa auferlegt hat", sie ist "Legalismus", aber auch "Cäsarismus": "Cäsarismus ist immer römisch." In diesem Sinn sprach Niekisch von einem "römischen Auftrag" an Hitler: "der bürgerlichen Gesellschaft auf deutschem Boden zu Hilfe zu kommen. Hitler ist die letzte Hoffnung der bürgerlichen Welt in Deutschland ... Hitler wurde noch zur rechten Stunde zum Kardinal der bürgerlichen Gesellschaft erhoben; die Wirtschaftsführer waren flink genug gewesen und hatten nicht gespart." Der Kapitalismus bedient sich der Methode der Rebellen, "damit er in den Reihen seiner natürlichen Feinde Eingang finde, um sie entwaffnen zu können".

Solche Sätze sind noch heute verständlich. Leider gab es unter den Deutschen 1932 zu wenige, die in dieser Weise Front gegen Hitler gemacht haben. Niekisch steht uns – trotz seiner Geschichtsverortungen, seiner Staatsfixierung, seines "Nationalbolschewismus", seines Kampfes gegen Weimar und "Demokratismus" näher als jene "Demokraten", die dann am 5. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben. Deshalb sollte man, wenn man Niekisch gegen Weber setzt, wenigstens zitieren, was Niekisch (1958) über A. Paul Weber schrieb: "Seine Zeichnungen zu meiner Hitler-Broschüre, insbesondere das Sargbild, waren von ungeheurer prophetischer Kraft und gehörten sicher zu dem Besten, was ihm je gelungen war ... Auch nach 1933 beharrte er auf seiner ablehnenden Stellung gegen Hitler. Er wollte geheime Flugblätter mit vernichtenden Satiren gegen die Männer des Dritten Reiches herstellen. Im Jahre 1934 regte ich Weber an, eine Ausstellung seiner Arbeiten auf dem Brümmerhof zu veranstalten. Auf diese Weise wollte ich Gelegenheit verschaffen, eine getarnte Widerstandstagung durchführen zu können. Aus allen Reihen des Reiches, auch aus Danzig, trafen Widerstandsanhänger ein."

JÜRGEN SEIFERT

Immer noch Ungleichzeitigkeit

Überlegungen zum neuerlichen Auftreten junger Faschisten in der Bundesrepublik

Verwundert und erschreckt registriert die Presse und der Teil der Öffentlichkeit, der sich um derlei überhaupt noch Gedanken macht, daß als Urheber der zunehmenden neonazistischen Umtriebe der jüngsten Zeit, als Träger von vermutlich bis zu tausend rechtsradikalen bewaffneten Gruppen, vornehmlich junge Leute zwischen 15 und 20 Jahren ermittelt worden sind. Das Gerede von den "Ewiggestrigen", mit dem der gute Demokrat sich einen guten Schlaf verschaffte, erweist sich als hohl. Die beschwörende Klapper, die Zeiten der faschistischen Barbarei seien ein und für allemal vorbei, vermag das schlechte Gewissen über den schweren Schatten, den die deutsche Bourgeoisie hinter sich herzieht, nicht zu vertreiben. In einer Situation, wo Jugendliche die rechtsradikalen Reihen wieder füllen, die zukünftige Generation also vom Alten und scheinbar Abgetanen infiziert ist, muß es beinahe beschönigend und abwehrend klingen, von Neonazismus, Hitleristen und ähnlichem zu reden. So erscheint nämlich als Problem nachhängender Vergangenheit, mit geschichtlicher Aufarbeitung etwa lösbar, was in den heutigen Zuständen wurzelt und nur von ihnen her aufzuheben ist.

Was den bürgerlichen Kommentatoren so auf's Gemüt schlägt, ist weniger der vergleichsweise unbedeutende Tatbestand der neuerlichen rechtsradikalen Umtriebe, sondern daß sich in ihnen die

Wiederkehr des Verdrängten

vollzieht. "Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben" (Santayana).

Wenn wir den Faschismus als konzentrierten Ausdruck der destruktiven Tendenzen im bürgerlichen Gesellschaftskörper und Ich betrachten, der eine – wenn auch verzweifelte – Antwort auf millionenfach verweigerte Lebenschancen zu bieten schien, dann endet dieser Ausbruch aus der guten Stube bürgerlicher Normalität in Massenmord, Blut und Tränen. Dieses Erlebnis mit all seinen Hoffnungen und seinem Entsetzen wurde traumatisch verarbeitet, d.h. zugedeckt und abgelagert. Es galt, sich möglichst schnell wieder wohnlich einzurichten.

Für die kosmetischen Reinigungsoperationen waren die Alliierten zuständig, für Verdrängung sorgten Nie-wieder-Sonntagsreden und der Antikommunismus als ausgelagerte Bewältigungsform. Auch durchaus aufrichtig antifaschistische Lehrer wußten nichts Besseres, als unaufgeklärte Schülerköpfe den filmischen Dokumenten des Wahnsinns der Judenvernichtung auszusetzen, ohne eine hinreichende Erklärung oder gar einen progressiven Ausweg nach vorn weisen zu können. Die Jugend mußte die tiefsitzenden Schuldgefühle der Älteren ausbaden, indem sie musterhaft aufgeklärt und bekehrt werden sollten.

Das Vorhaben konnte aber seinen Ursprung nicht verleugnen und blieb darum halbherzig und wirkungslos. Die innerfamiliären Konflikte um Wissen und Beteiligung der Eltern waren mehr oder minder das einzige, kümmerliche Resultat. Während das bürgerliche Gewissen dergestalt recht und schlecht die "Zeit des Ungeistes" zu bannen suchte, waren Alltag und Gesellschaftsstruktur bereits wieder längst daran, den

Stoff, aus dem Faschisten sind,

zu produzieren. Die alte Ordnung mit ihrer Verstümmelung der Kinder, Unterdrückung der Frau, schulischen Zerstückelung der Wirklichkeit, christlichen Herstellung von innerem und betrieblich-militärischem, von äußerem Gehorsam, mit all ihren Folgen von Gewalt und Aggression, hatte sich wieder voll in ihr (Un-)Recht gesetzt. Die gesellschaftlichen Kräfte, die um mehr als deren bloße Wiederherstellung gekämpft hatten, verstummten bald oder wurden zum Verstummen gebracht. Die Saat war nicht so schnell erkennbar, und eine Weile lang konnte es so scheinen, als könne die stickige Ruhe der guten Stube halten. Aber Unbehagen und Unsicherheit blieben in ihren Winkeln anwesend. Der nur durch Verdrängung zugeheftete Riß im bürgerlichen Selbstbild machte es gegen Störungen und Erinnerung empfindlich wie die Prinzessin auf der Erbse. Die Rockerbewegung der späten 50er Jahre und noch mehr die Studentenbewegung zehn Jahre später, zeigten das an. Sie entstanden im Widerstand gegen die verklebte, lebens-, lust- und wahrheitsfeindliche neudeutsche Realität, erstürmten im ersten Anlauf manche vom Eigentlich-haben-sie-gar-nicht-so-unrecht nur schwach gehaltene Bastion, um dann aber überproportional und geradezu rachsüchtig niedergeschlagen zu werden. Die alte Ruhe konnte nur um den Preis der Unterdrückung der "Verunsicherer" wiederhergestellt werden. In gewisser Weise verdankte gerade die Studentenbewegung einen erheblichen Teil ihrer anfänglichen Sprengkraft jener antifaschistisch-sonntagsdemokratischen Halbaufklärung der 50er Jahre, die selbst idealistisch und verkümmert, wie sie war, sich am Elend des Notstandsstaates und des Neofaschismus stieß und zur Rebellion drängte. Aber mit dem Umbringen des Boten war die Botschaft nicht aus der Welt geschafft. Die Saat geht auf. Eine gegen die linken und liberalen "G'wissenswürmer" abgeschottete Öffentlichkeit und fast polizeistaatlich aufgerüstete Obrigkeit erweist sich dieser

Herausforderung von rechts

gegenüber als denkbar schlecht gewappnet. Wie kann ein Staat, der seine Bürger auf materielle und politische Einschränkung und Selbstbescheidung zu drängen versucht, jede ernsthaftere Kritik an den bestehenden Zuständen verteufelt, gegenüber Gruppen handeln können und wollen, die seine Grundwerte teilen, sie bloß übersteigern? Die Abgrenzung ist hier schwierig. Und wie kann eine Gesellschaft, für die die jugendlichen Faschisten die "netten Jungs von nebenan" sind, die täglich Leben vernichtet und Haß erzeugt, ein Übel ausschwitzen, das in ihrem Gewebe nistet? Was uns in den jungen Faschisten entgegenschlägt, ist die haßerfüllte Ablehnung der philanthropischen und heuchlerischen Geschichtsaufarbeitung der Nachkriegszeit und ihrem pauschalen Schuldvorwurf. Als Produkt dieses Prozesses bringen sie die Wahrheit über die deutsche Faschismusbewältigung an den Tag. Das Ergebnis von "Holocaust" (erst mit dem Markenzeichen des großen Bruders versehen, kam so etwas überhaupt auf die Mattscheibe hierzulande) und die Folgen haben die moralische und politische Leere jener offenbart.

Auch in einem anderen Sinn sind die jungen Faschisten eher Opfer als Angreifer. Die faschistische Ideologie verdankt ihre gewaltige historische Kraft einem spezifischen Verdrängungs- und Umwandlungsvorgang: Die Massensehnsüchte nach freiem Leben, Besserung ihrer Lage, einer Aufgabe finden keine progressiven Lösungsformen, schlagen gewissermaßen nach innen, gegen die Vernunft in diesen Sehnsüchten selbst, und nach außen, gegen andere und "Feinde". Die umgebogenen Lebens- und Glücksenergien entfalten eine tödliche destruktive Energie, die von ihrer objektiven Wendung gegen die Verhältnisse, die Glückschancen vernichten, keine Ahnung mehr hat. Diese

Umwandlung von Lebenslust in Zerstörungslust

ist der seelische Springpunkt des Faschismus. Das gilt insbesondere für die bedrängten kleinbürgerlichen Schichten und im übrigen auch dann, wenn die Individuen selbst durchaus Lustgewinn verspüren. Abgesehen davon, daß im Faschismus viele "menschliche" und "positive" Seiten eingeschlossen sind, kann auch in Selbstaufgabe und -zerstörung eine verdrehte Lust liegen. Und wird natürlich vor allem dann virulent, wenn sich Sinngebung

Sozialpolitischer Verlag SPV
und Das Arsenal. Verlag für Kultur und Politik

320 Seiten 13.-DM

Mit Beiträgen u.a. von I.Drewitz, A.Klönne, J.Moneta und R.Stöß.

Herausgegeben von der GEW Berlin, dem Bund politisch, rassisch und religiös Verfolgter und Jan Peters.

Sozialpolitischer Verlag
Schlesische Str.31 1 Berlin 36
Verlagsprogramm anfordern!

und soziale Chance des Lebens verengen. So ist es denn kein Wunder, daß es in unserer immer frostiger werdenden Lebenswelt eben Jugendliche sind, Arbeitslosigkeit und das oft nicht als erstrebenswert angesehene Erwachsenenleben vor Augen. Eine andere Lösung sehen sie häufig nicht. Sie bietet sich ihnen auch nicht an.

Die bürgerliche Klassenherrschaft in Betrieb, Heim und Kopf ist in diesem Land so überwältigend, daß andere Lösungen der gesellschaftlichen Probleme als die dominanten kaum denkbar erscheinen, geschweige denn real ins Blickfeld geraten. Wir wissen um den Niedergang der Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg (bzw. vor und nach 1933). Wir wissen um die außerordentliche ökonomische Prosperität in den 60er Jahren als materielle Grundlage relativen Klassenfriedens. Wir spüren die Einschüchterung, die vom neuen staatlichen Gewaltapparat ausgeht, die Selbstzensur, den Zug zur Innerlichkeit. Wir sehen, daß die gegenwärtige Gewerkschaftsbewegung und Teile der politischen Linken am ehesten bereit und in der Lage sind, den neuen Faschismus zu wehren. Und das muß man zuallernächst, jenseits jeglicher Analyse, in Bündnissen und mit aller gebotenen Kraft!

Wir haben aber auch vor 1933 die **Ohnmacht eines deklamatorischen Antifaschismus**

bzw. eines sich in Straßenkämpfen ausdrükkenden, erfahren, Ohnmacht deshalb, weil er die inneren Triebkräfte des Faschismus, jene umgebogene Lebensenergie, nicht erkannte und einbezog. Das sollten wir berücksichtigen und ferner auch, daß wir real gar nicht die Kraft haben, auf der großen Bühne antifaschistischen Kampf zu spielen (da gibt es Farcen genug). Vielmehr sollten wir verstärkt und auf breiter Ebene dort ansetzen, wo die faschistische Disposition auf der Grundlage sozialökonomischer Verhältnisse sich durchsetzen will: in der Entwicklung der individuellen Lebensperspektive. Hier können wir eine ganze Menge tun, um progressive, humane und kollektive Formen zu bilden, zu fördern, zu propagieren, sei es in der Freizeit, in der Schule, in den Betrieben und Verwaltungen, im Alltag (Zivilcourage). Jede weitgreifende und schöpferische Lebenslust stößt früher oder später an die Grenzen der herrschenden Lebensverneinung oder der ersatzweisen Ideologien des Konsums und des Hedonismus. Damit wird der politische Kampf gegen die bürgerliche Ordnung und erst recht gegen ihre faschistische Ausgeburt mitnichten hinfällig, er wird aber leichter und erfolgversprechender.

GERHARD ARMANSKI

Kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(4/1) **Ökologie**

● **Sanierungsillustrierte** zur Beteiligung an der Sanierung des Severinsviertels in Köln – das größte Sanierungsvorhaben in der BRD – herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft "Wohnen im Stollwerck"; gut geeignet für die Arbeit in Bürgerinitiativen und für den Unterricht. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 3,-- plus Porto an ARGE Wohnen im Stollwerck, Ubierring 61 a, 5000 Köln 1

● **Aktionskreis Leben** Nr. 10 berichtet über das Arbeitstreffen der Atomgegner in Braunschweig, Streik der iranischen Praktikanten bei KWU, Satzungsänderung in der IG Chemie, Filmbesprechungen etc. 32 S. – Mit dieser Nummer wird auch verschickt: AKL-Extra I, mit Beiträgen von Alexander Schwer **"Brauchen wir Atomkraftwerke"** und Hartmut Euler **"Strombedarfsprognosen** – Zur Einschätzung der Notwendigkeit des Baus von Atomkraftwerken". Beides erhältlich gegen Voreinsendung von DM 3,-- (Briefmarken/Scheck) über Gustav Rentzing, St. Gilles-Str. 21, 6050 Offenbach

(4/2) **Antimilitarismus/Zivildienst**

● **International inhaftierte Kriegsdienstgegner** – seit 1956 veröffentlicht die War Resisters International alljährlich eine Liste der Kriegsdienstgegner, die in Gefängnissen von Schweden, Holland, BRD, Griechenland, DDR, Sowjetunion und der CSSR sitzen. Briefkontakte sollen ihnen moralische Unterstützung geben. Gegen Einsendung von DM 1,-- ist die Liste erhältlich: Gewaltfreie Aktion, c/o Kalle Seng, Methfesselstr. 69, 2 Hamburg 19

● **"Die Nachrichten"** setzen sich seit Jahren für verfolgte Wehrdienstverweigerer ein, sie greifen auch Beispiele militaristischer Gesinnung von Institutionen auf. Zuletzt erschien: Dokumenation zur Erfassungsverweigerung und eine Dokumentation zu den getöteten Kranken der kirchlichen Anstalten in Neuendettelsau 1940-1942. Bezug: Hans-Georg Gebel, Ringstr. 25, 1 Berlin 45

● **antimilitarismus information** 1/79 enthält Berichte, Informationen, Meldungen, Beiträge zum Zivildienstrecht. Theorie und Literatur und Friedensarbeit. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1,50 plus Porto bei Brigitta Gründing, Nördl. Auffahrtallee 20, 8000 München 19

● diskofo Nr. 30 – **Diskussionsforum für Zivildienstleistende** enthält neben vielen Informationen und Kurzberichten Beiträge zum Thema "Frauen zum Bund?". Gegen Voreinsendung von DM 1,40 (Briefmarken) bei: Henner Schmude, Hallerstr. 4, 85 Nürnberg

(4/3) **Sozialarbeit/Sozialpolitik**

● **Kriminalpolitik und Strafvollzug** – aufgezeigt werden die Reformbestrebungen und auf ihre tatsächlichen Erfolge untersucht. 150 S. Erhältlich gegen Vorauszahlung von DM 14,50 auf PSCHKto München, Nr. 20547-808 – AG SPAK

● Rundbrief des Projektbereiches **"Obdachlosen/Stadtteilarbeit"** mit Sonderteil zum Jahr des Kindes. Gegen Voreinsendung von DM 2,50 (Briefmarken) an AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

● Dokumentationen des Sozialistischen Bildungszentrums der Falken: **Ursachen und Folgen der Jugendarbeitslosigkeit** – 48 S./DM 2,50; **Bürgerliche und Sozialistische Pädagogik** – 24 S./DM 2,--; **Emanzipatorische und Sozialistische Kinderliteratur** – 29 S./DM 2,--. Bezug: Gegen Voreinsendung (Briefmarken) bei SJD-Die Falken, Postfach 1923, 465 Gelsenkirchen

● Informationsmaterial zur **Jugendpolizei** in Baden-Württemberg, gegen DM 1,50 in Briefmarken vom SZ, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178

● Berliner Zeitung für Erzieher und Sozialarbeiter Nr. 15/März 1979 – Schwerpunktthema: **Westberliner Sonderprojekte und ihre Aktivitäten**, 28 S./ DM 2,50; Bezug: HEZ, Urbanstr. 126, 1 Berlin 61 – Laden

(4/4) **Dritte Welt/Entwicklungspolitik**

● **Bauernkämpfe in Cajamarca (Peru)** – neu aufgelegt –; die Geschichte der peruanischen Campesinos – von ihnen selbst geschrieben. Gegen DM 7,50 in Briefmarken vom SZ, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

● **Lateinamerika-Nachrichten** Nr. 68 – Berichte aus Puebla, Argentinien, Peru, El Salvador, Nicaragua, Mexiko, Uruguay, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien; 80 S./DM 2,-- oder mehr. Bezug: LAN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

● **Assyrer heute** – Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten; diese Arbeit von Gabriele Yonan enthält einen historisch-politischen Abriß zur Geschichte der modernen Assyrer und ihrer heutigen Lage, sowie eine umfangreiche Bibliographie; 240 S./ herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2 Hamburg 13.

(4/5) **Hochschuldidaktische Konzepte der Studentenbewegung,** gebundene Diplomarbeit, Nürnberg 1979; Gegen Voreinsendung von DM 3,-- (Briefmarken) von Arno Huber, Rieterstr. 6, 8500 Nürnberg

(4/6) Soeben erschienen! **Irland** – Zeitung des Irlandkomitees Westberlin Nr. 3 – Berichte aus Belfast, Derry und Dublin über Repression und Widerstand; gegen Voreinsendung von DM 2,-- zu beziehen bei: Irlandkomitee Westberlin, Postfach 311248, 1 Berlin 31, PSCHKto. Berlin (West) Nr. 3938 64-104

FILM/THEATER/KULTUR

(4/7) **Filmfaust** Nr. 12/Februar 1979 mit dem Schwerpunktthema "F.W. Murnau oder die drei Bedingungen für Filmregie und Filmkritik, sowie Filmkritiken und Rezensionen und Nachrichten; 72 S./DM 6,--; Bezug: Filmfaust Verlag, Schumannstr. 64, 6 Frankfurt 1

(4/8) Das Kinder- und Jugendfilmzentrum bietet aus Anlaß des "Jahr des Kindes" Gruppen an, eine **Kinderfilmwoche** durchzuführen; das Zentrum übernimmt die Leihmieten und Transportkosten für 5-6 Kinderfilme. Nähere Informationen: Kinder- und Jugendfilmzentrum, Küppelstein 34, 563 Remscheid

(4/9) **"Gerichtsurteile machen Atomkraftwerke nicht sicherer"** – ein Super-8-Farbfilm/55 Min/ Magnetton der Fotogruppe Freiburg; der Film entstand in Zusammenarbeit mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen und greift das Freiburger Verwaltungsgerichtsurteil vom 14.3.77 auf, in dem erstmals eine Teilerrichtungsgenehmigung für ein deutsches AKW aufgehoben wurde. Verleih: Gegen DM 50,-- und DM 100,-- Kaution über Karl-Heinz Koob, Haslacherstr. 80, 78 Freiburg, PSCHKto. Frankfurt, Nr. 317114-609

(4/10) **Russell-Videofilme** – für DM 80,-- könnt Ihr Euch ein Band für Veranstaltungen bestellen: Titel der Bänder: Zensur in den Medien (Brokdorf/ NDR) – Haftbedingungen; Bestellungen an: Kölner Wochenschau, Hohenzollernring 97, 5 Köln 1

(4/11) **Mit Babies und Bannern** – die Geschichte der Frauen-Notstands-Brigade; der Film zeigt den Kampf der Frauen beim großen Sitzstreik bei General Motors in Flint 1937, der erfolgreich beendet wurde und zum Aufbau der Bildung eines nationalen Industriegewerkschaftssystems beitrug. Der Dokumentarfilm dauert 45 Min. (deutsche Fassung), 16 mm-Farbe-Lichtton; Verleih: Zentral-Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36, Tel. 040/ 345544

(4/12) **Neonazismus und Medien** – eine ausführliche Filmliste mit Erläuterungen für die praktische Arbeit gibt es in "Medienpraktisch", herausgegeben von dem Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik, Friedrichstr. 2, 6 Frankfurt 17

(4/13) Videofilme: 1. **Aktionstage Hamburger arbeitsloser Lehrer**, Februar 1979 (30 min) – der Film zeigt die versch. Aktionsformen und schildert in Interviews die Situation der Betroffenen und die Reaktion der Passanten. Der Film eignet sich zur Auswertung der Erfahrungen von Aktionstagen. 2. **Einstellung aller Lehrerinnen und Lehrer** (45 min) – am Beispiel von zwei Frauen werden die Schwierigkeiten während der Zeit der Arbeitslosigkeit beschrieben. Der Film eignet sich zur Information über die Situation arbeitsloser Lehrer und bietet Ansatzpunkte zur Diskussion staatlicher "Abhilfen". Nähere Informationen über den Verleih: Medienpädagogik Zentrum, Thadenstr. 130a, 2 Hamburg 50, Tel. 040/4397259 (18-19 Uhr)

(4/14) **Bildmappe "Frauen"** – nach den Bildmappen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zum Großen deutschen Bauernkrieg (beide noch erhältlich/DM 21,80) folgt jetzt die Bildmappe zur Internationalen Frauenbewegung – Fotos, Karikaturen, Dokumente – ca. 25 großformatige Blätter in stabiler Mappe, DM 21,80; Bezug: Studiengruppe zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(4/15) **Normalzustände – Politische Kultur in Deutschland:** wissenschaftliche Analyse zu Meinungs- und Pressefreiheit, Freiheit von Wissenschaft und Forschung, Dokumentation, Poesie und Satire, Karikaturen und Comics von Seyfried u.a.: herausgegeben von Ästhetik und Kommunikation, Fuggerstr. 18, 1 Berlin 30; 320 S./DM 16,50

(4/16) **Der Martin-Greif-Bote** – die politisch-literarische Zeitschrift mit den Nachrichten aus dem Klassenstaat; Herausgeber: Heinz Jacobi, Martin-Greif-Str. 3, 8 München 2

(4/17) **Diatonbildschau und Poster zur antimilitaristischen Öffentlichkeitsarbeit**, das Medienreferat der DFG-VK Baden-Württemberg hat sein Angebot wesentlich erweitert, Katalog anfordern bei Erwin Eisenhardt, Goethestr. 16, 7253 Renningen, Tel. 07159/8127

(4/18) **Verleih der Filmwerkschau:** Super-8-Magnettonfilme zur Unterstützung der Arbeit von Bürgerinitiativen, Jugendgruppen u.a. Katalog mit ausführlichen Beschreibungen und Hinweisen zur Vorführung gegen DM 4,-- bei FWS-Verleih, Thomas Müller, Nymphenburgerstr. 178, 8 München 19, Tel. 089/131850

STELLENANGEBOTE/-SUCHE

(4/22) **ZDL-Stelle** ab Oktober 1979 frei. Viel Organisationstalent und sozialpolitische Kenntnisse erwünscht. Vorkenntnisse in Verwaltungsarbeit wären gut. Interessenten bitte melden bei AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80, Tel. 089/4482104

(4/23) Suchen dringend **Töpfer**, der eine Kleingruppe beim Modellieren anleiten kann. Zeit: 17.7.-5.8.79; Ort: Schloß Heilighoven b. Lindlar. Nähere Informationen: BAG "Hilfe f. Behinderte" e.V., Kirchfeldstr. 149, 4 Düsseldorf, Tel. 0211/340085/86

(4/24) Welcher **Zahnarzt** ist bereit, wöchentlich 2 Std. unversicherte Klienten in der Free Clinic bzw. in seiner eigenen Praxis im Raum Heidelberg zu behandeln? Tel. 06221/13313

(4/25) Die **SJD-Die Falken** –Kreisverband Köln sucht **hauptamtlichen Mitarbeiter.** Er/Sie soll für den Aufgabenbereich der kommunalen Jugendförderung, Buchführung, Geschäftsführung und die Betreuung der Gruppenarbeit eingestellt werden. Voraussetzung: abgeschlossene Berufsausbildung oder Studium als Sozialarbeiter, Lehrer usw. und Falken-Mitglied. Bewerbung an: SJD-Die Falken, Kreisverband Köln, Severinswall 32, 5000 Köln 1

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(4/26) Komme zum 1.5.79 als Referendar nach **Cuxhaven** und suche Wohn- und politische Arbeitskontakte. Hans-Jürgen Kahle, Spichernstr. 8, 32 Hildesheim

(4/27) Ich (27) suche für mich und meinen Hund 1-2 **Zimmer in Wohngemeinschaft** oder einfach in einem Haus mit anderen Leuten in (um) Frankfurt. Petra, Tel. 0611/624731

(4/28) Alternatives Adreßbuch – Neuausgabe 1979 mit über 360 Selbstdarstellungen von Gruppen, Läden, Zentren, Wohngemeinschaften, Kontaktsuchenden etc.; 320 S./DM 8,50 gegen Vorauszahlung auf PSCHKto. P. Meyer, 5429 Klingelbach, Nr. 319028-607 Frankfurt

(4/29) Wir wollen einen **"Männerkalender 1980"** machen – wir wollen mit dem Kalender heraus aus der fatalen Alternative von sog. "neuer" Sensibilität und Kampf gegen das, was uns kaputtmacht – wir wollen bringen, was Männer bewegt, in allen Formen: Tagebuchauszüge, Gedichte, Sprüche, Kindheitserinnerungen, Lieder, Fotos, Zeichnungen, Grafiken, Collagen, Gefühle und Gedanken zum Ich, Wir, zum Mann, zur Frau, zum Kind, zur Politik, zur Lust am Leben, zur Arbeit, zur Sexualität, zur linken und Männer- und Schwulen- und Frauenbeweglichkeit. Zuschriften bis spätestens 15.7.1979 an: Christian Böhringer/ Gerd Riese, Nußbaumer Str. 33, 5 Köln 30, Tel. 0221/556172 – Kölner Männergruppen

(4/30) Aufrichtiger Genosse, der was tut, sucht (Brief)-Freundschaft mit netter Genossin im Ruhrgebiet. Zuschriften unter Chiffre 4/30 an Sozialistisches Büro

(4/31) **Alternativer Betrieb**: Wir gründen in 1-2 Jahren einen selbstverwalteten Betrieb, wo wir zusammen wohnen und in versch. Arbeitsbereichen arbeiten werden (wahrscheinlich Rhein-Main-Gebiet). Die Planung läuft an. Kontakt: Michael Gabler, Ceciliensstr. II, 495 Minden

(4/32) Biete anspruchsvollen Fotoamateuren **Schwarz-Weiß-Service** (KB – 6x6). Handvergrößerungen, Ausschnitte kostenlos, Negativentwicklung mit Empfindlichkeitssteigerung u.v.a. Preisliste gegen DM -,60 Rückporto. K.R. Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

(4/33) Bürokaufmann, derzeit Hausmann mit 1 Kind, übernimmt **Schreib(maschinen)arbeiten** aller Art in Heimarbeit (z.B. Examensarbeiten etc.) Dietmar Ruddek, Obringstr. 60, 4352 Herten

(4/34) Suche Frauen mit 3-4jährigen Kindern zur Gründung einer **Spielgruppe in Offenbach**, evtl. auch Wohngemeinschaft. Gudrun 0611/819645

MATERIALIEN GESUCHT

● "Zur Geschichte des Handwerks". A. Blahusch, Neumühlen, 303 Altenboiken

● Zeitung "Dem Volke dienen", Jg. 2 (1972), Heft 6 und 24; Jg. 6 (1977) Heft 1. Anita Molnar, Postfach 769, 7 Stuttgart 1

● Thema: Mathematik und ihre Funktion in Gesellschaft und Schule. Wer kennt Artikel, Bücher, Zitate? F. Krotz, Feldmannstr. 87, 66 Saarbrücken

● Hintergrundmaterial, private Quellen, Dipl.-Arbeiten etc. zur Entwicklung der Bildungskonzeption der ÖTV sowie zur laufenden Bildungsarbeit (evtl. speziell in der Abtlg. Seeschiffahrt und Hochseefischerei). Alexander Rempel, Heinlenstr. 10, 74 Tübingen, Tel. 07071/73907. Unkosten werden erstattet

Zwischen Sozialstaat und Supermarkt

"Netzwerk Selbsthilfe"

Über 2.000 Mitglieder zählt "Netzwerk Selbsthilfe" heute, ein halbes Jahr nach seiner Gründung, täglich kommen etwa 20 neue Mitglieder hinzu. Trotz oder gerade wegen dieses raschen Wachstums und der damit verbundenen Probleme stößt die Selbsthilfe-Aktion zunehmend auf Kritik. Josef Huber skizziert im folgenden Entwicklung und Probleme der Arbeit von "Netzwerk".

1. "Netzwerk": Fonds und Vermittlungsdienst

Der Netzwerk Selbsthilfe e.V. in Berlin hat die Aufgabe, selbstorganisierte Projekte – und besonders von Arbeitslosigkeit oder Berufsverbot Betroffene, die solche Projekte (mit-) machen – durch Vermittlung von Geld, Personen, Kontakten und Informationen zu unterstützen. Bei diesen Projekten handelt es sich z.B. um Handwerkskollektive arbeitsloser Jugendlicher, um Frauenprojekte, Ökoprojekte, gruppenübergreifende politische Komitees, Rechtshilfefälle, pädagogische, therapeutische und künstlerische Gruppen, soweit sie selbstverwaltet sind. Konkret bestehen zwei Aufgaben:

1. Seit November 1978 wird ein Fonds zur finanziellen Unterstützung solcher Projekte aufgebaut. Jeder, der Geld gibt (mtl. Beiträge DM 5,– bis DM 30,– oder mehr), hat ein Votum, für welche Art von Projekten sein Geld verwendet werden soll. Zugeteilt wird das Geld den Projekten, die Geld beantragen, durch einen gewählten Beirat. Diesem Beirat gehören gegenwärtig 15 Leute an: 5 nach Zufallsprinzip gezogene Mitglieder ("Schöffen"). 5 Delegierte von selbstverwalteten Kollektiven (z.Zt. Courage, "Straßenbahn" Kneipe und Wohngenossenschaft, Oktoberdruck, Umweltfestival/Ökodorf, Westberliner Stattbuch) und 5 Persönlichkeiten, die mit ihrem Namen ein gewisses politisches Spektrum personifizieren (z.Zt. Heinrich Albertz, Wolf-Dieter Narr, Robert Jungk, Christel Neusüß, Hans-Christian Ströbele).
2. Es werden direkt (d.h. ohne zentralen Topf) "Patenschaften" und "finanzielle Solidargemeinschaften" zwischen Personen und Projekten vermittelt, und es wird in diesem Zusammenhang ein Vermittlungs- und Informationsbüro aufgebaut. Dieser Teil steckt momentan noch in den Anfängen.

2. Unterstützung von Projekten aus dem Fonds

Wenn ein Projekt aus dem Netzwerk-Fonds unterstützt werden möchte, muß es eine Reihe grundlegender Kriterien erfüllen:

- demokratische Selbstverwaltung, insbesondere gleichberechtigte Teilnahme an den Entscheidungen;
- mehr oder minder modellhafte Entwicklung und Erprobung alternativer Arbeits- und Lebensformen;
- Ausschluß von privatem Profit und intern ausgeglichene Einkommensstruktur (in der Regel gleicher Lohn für alle, wobei es natürlich notwendige Ausnahmen geben kann);
- Zusammenarbeit mit ähnlichen Projekten nach dem Prinzip "Kooperation vor Konkurrenz";
- personelle und organisatorische Kontinuität und Stabilität;
- wirtschaftliche Eigentragfähigkeit – wobei bei pädagogischen, therapeutischen u.ä. Projekten berücksichtigt wird, daß sie dies nur selten erreichen können.

Seit "Netzwerk" im November 1978 bei einer von rund 3.000 Leuten besuchten Großveranstaltung im Audimax der TU Berlin öffentlich aus der Taufe gehoben wurde, haben 30 Projekte einen Antrag auf Unterstützung gestellt. Acht davon wurden auf einer Beiratssitzung bereits diskutiert, sechs wurden (auf ein halbes Jahr) bewilligt: das 2. Frauenhaus in Berlin erhält zwei Stellen, womit diesem Projekt geholfen wird, sich gegen staatsbürokratische Eingriffe aufgrund des § 72 BSHG zu wehren; die BI Düppel gegen die Bebauung eines Naturgebietes durch US-Militär bekommt einen Prozeßkostenzuschuß, da sich die Beteiligten an diesem Öko-Projekt privat untragbar hoch verschulden mußten; einem Malerkollektiv wird die Steuerberatung, Buchhaltung und Einführung in die Buchhaltung durch ein Steuerberatungskollektiv sowie eine Anzeigenserie zwecks Meistersuche bezahlt; dem Jugenddorf in der Berliner Betonwüste Märkisches Viertel werden einige ABM-Stellen vorfinanziert; der therapeutische Verein Kreuzberg und die (antipsychiatrische) Therapeutische Tagesstätte Wedding erhalten Zuschüsse zu Miete, Personal und Anschaffung von Gerät. Alle diese Unterstützungen aus dem Netzwerk-Fonds belaufen sich auf mtl. rund DM 11.000,–.

Da "Netzwerk" bereits über 2.000 Mitglieder zählt (davon etwa 2/3 Berliner, 1/3 Westdeutsche) und täglich etwa 20 neue dazukommen, die monatlich durchschnittlich 14 Mark beitragen, ist die Aussicht durchaus begründet, noch einer größeren Zahl weiterer Projekte unter die Arme greifen zu können.

3. Ideen und Hoffnungen – Warum mit einem Fonds beginnen?

"Netzwerk" ist nicht bloß eine quasi technische Vermittlungsstelle. Der eigentliche Erfolg dürfte darin liegen, daß mit dem ganzen Konzept bestimmte Ideen und Hoffnungen transportiert werden: gemeinschaftliche Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstgestaltung, Selbstorganisation, Selbstbestimmung, Autonomie – aufatmen.

Daß dabei "Netzwerk" mit einem Fonds beginnt, hat einen triftigen Grund. Heute wie vor 150 Jahren brennt den Kollektiven das

die Tageszeitung

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V., Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65, Tel.: 463 10 75, Pscha. Berlin-W. 1669-102

Die schönste Alternative seit Mata Hari: Die TAZ.

Vom 17. April an berichtet sie Tag für Tag das Spannendste und Aktuellste aus aller Welt und den feinsten Wohngemeinschaften:
Berichte und Analysen, Bilder und Kommentare, Kunst und Kommerz, Lust und Liebe, Oma und Opa, Krieg und Frieden, Kita und Mofa, Tod oder Leben, Aufstand und Unterdrückung, sex and crime, law and order, pepperoni und papperazzi, Deutschland und die Republik.
Die Tageszeitung ist fantastisch, anarchistisch, kommunardisch, limonadisch, travoltistisch, seriös, demokratisch, sozialistisch, sexistisch nach allen Seiten und wird beim Lügen noch rot.

Das Beste für ein so hervorragendes Blatt sind natürlich Spenden. In jeder Höhe. Beträge über 2 Millionen Mark bitte direkt auf unser Schweizer Nummernkonto: 123456789098765432112345678 9.

Alle Beträge darunter bitte an:
Postscheckamt Berlin West, BLZ 100 100 10 Kto-Nr: 1669-102
Berliner Bank Berlin West, BLZ 100 200 00 Kto-Nr: 0290 373 300

Kontobezeichnung: Freunde der alternativen Tageszeitung e. V.
Kennwort: Spende

Wer groß bei uns in's Geschäft steigen möchte, kann bei uns investierte Summen (Kommanditeinlagen ab 2.500,- Mark) von der Steuer absetzen. Interessenten erhalten unsere Broschüre: „Die Tageszeitung braucht Geld — Sie können sich beteiligen".

Wer die Tageszeitung auch noch lesen möchte, für den ist das Abonnement das Ideale: wahlweise [!] 3 / 6 / 12 Monate = 70 / 130 / 250 Mark auf die oben genannten Konten. Wer keine Ideale mehr hat, muß sich die TAZ am Kiosk oder bei den Handverkäufern erstehen!

Kredite für die Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt!

Wir sind mit der ASH seit fast vier Jahren dabei, einen Betrieb auf die Beine zu stellen, der nicht nur mitverwaltet, sondern tatsächlich selbstverwaltet läuft. Näheres darüber kann man in unserer Zeitschrift "Wir wollen's anders" sowie in einer von uns gerade veröffentlichten neuen Broschüre mit dem Titel "Und es funktioniert doch!" nachlesen. Die Zeitschrift wie die Broschüre sind bei uns direkt zu beziehen. Im Mai schreiben wir darüber auch ausführlich im "express".

Weshalb wir uns hiermit an die "links"-Leserinnen und -Leser wenden: Es geht ums Geld. Nicht, daß wir keines hätten, aber betriebliche Erweiterung kostet Geld. Demnächst sollen Seminare und Tagungen bei uns stattfinden. Auch für die immer zahlreicher werdenden Gäste brauchen wir zusätzlichen Raum. Und für den Frühherbst 1979 planen wir – als Fortsetzung des "Großen Ratschlag" in Hamburg 1978 – auf unserem Gelände am Stadtrand von Frankfurt einen Kongreß: nachdem in Hamburg deutlich geworden ist, daß – wenn schon nicht "die" Alternativbewegung – so doch die Selbsthilfebewegung sehr wohl etwas mit Sozialismus zu tun hat, könnte hier intensiver darauf eingegangen werden, was wir denn nun mit dem Sozialismus zu tun haben.

Um all das durchführen zu können, sind umfangreiche Arbeiten nötig. Und die kosten Geld. Das bei weitem schönste Gebäude auf unserem Gelände (eine ehemalige Mühle mit fünf Stockwerken) steht leer und wartet darauf, genutzt zu werden. Obwohl wir alles selbst an dieser Mühle reparieren, kostet der gesamte Ausbau, an dem wir zur Zeit sind, 40.000 DM.

Damit ist alles wesentliche gesagt. Um die 40.000 DM geht's, genauer gesagt um 36.000 DM, denn das ISA Hamburg hat bereits 4.000 DM zur Verfügung gestellt. Den Rest hätten wir gern von Euch. Und zwar nicht in Form von Spenden (obwohl wir die auch nicht an die Caritas weiterleiten würden), sondern in Form von Krediten. Wir wären Euch sehr verbunden, wenn Ihr Eure Bankkonten und Sparstrümpfe mal auf die diesbezüglichen Möglichkeiten abklopfen würdet. Rückzahlen würden wir es am liebsten auf zwei Jahre. Kurzfristiger läßt es sich auch machen. Das Ganze kann man vertraglich absichern.

Nehmt's am besten so, wie es ist: als die Möglichkeit für Euch, auch mal eine positive Erfahrung zu machen – einem "Alternativprojekt" Geld zur Verfügung zu stellen und das auch, wie vereinbart, zurückzukriegen.

Also wendet Euch direkt an uns: Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt, Krebsmühle, 6376 Oberursel 5, Tel.: 06171/73496

Problem der Selbstausbeutung auf den Nägeln: fehlendes Eigenkapital muß durch erhöhte Arbeitsleistungen bei gleichzeitigem Freizeit- sowie Konsumverzicht ausgeglichen werden. Der "Netzwerk"-Fonds gibt hier zeitlich begrenzte Start- und Übergangshilfen. Man wird dafür sorgen müssen, daß es dabei bleibt, und der Fonds nicht pervertiert zu einem Abhängigkeit erzeugenden linksalternativen Subventionsapparat bzw. einem quasi privaten Arbeits- und Sozialamt wird. Ziel ist immer die wirtschaftliche Eigentragfähigkeit eines Projektes oder seine Unterstützung durch öffentliche Mittel.

4. Verwandte Ansätze und Regionalisierung des "Netzwerk"

Es gab und gibt eine ganze Reihe gleichgerichteter Ansätze, denen jedoch der (zumindest vorläufig) durchschlagende Erfolg des "Netzwerk" versagt blieb: der Rotarbeitsfonds des SB, der Fonds der Sozialistischen Assistentenzelle (SAZ) in Berlin, der Heinrich-Heine-Fonds für Berufsverbots-Betroffene, der MOFA-Fonds in München ("Moneten für Alternativen"), das Projekt eines Rücklagenfonds der Arbeiterselbsthilfe (ASH), der Fonds für Techno-Dissidenten beim Öko-Institut Freiburg, der Fonds des Umweltwissenschaftlichen Instituts Stuttgart oder die dortige Aktion Selbstbesteuerung für Dritte Welt-Projekte. Unter den Gründen, die hier eine Rolle spielen, scheinen mir zwei besonders wichtig:

1. mangelnde partei- und gruppenpolitische Unabhängigkeit. Z.B. der Rotarbeitsfonds, der ansonsten doch wohl gute Voraussetzungen für sich hatte, krankte daran, daß er in der Öffentlichkeit als "SB-Fonds" identifiziert wurde. Dadurch wurde er von anderen als "nicht unser" angesehen. Andererseits ist die Linke Ende der 70er Jahre gewisser Gruppierungsgewohnheiten der Politik und Ideologie müde geworden.

2. "Klein-klein", Punktualismus und Provinzialismus. Obgleich es darum geht, Initiativen im zunächst kleinsten Bereich zu fördern, kann dies doch nur erfolgreich sein, wenn es von einer umfassenden Perspektive und einer breiten Bewegung getragen wird.

Für den Fonds heißt dies u.a.: Man wird perspektivisch auch in größeren Summen und in größeren Mitgliederzahlen denken müssen. Oberhalb gewisser Schwellenwerte entsteht Unheil, aber unterhalb gewisser Schwellenwerte läuft überhaupt nichts. Beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung ist ein punktueller, quasi "branchenmäßiger" Ansatz ("Fonds für Berufsverbotsbetroffene", "Frauen-Fonds", "Fonds für Kollegen" usw.) für sich alleine nicht tragfähig genug. Selbst wenn er es wäre, bedürfte es hier Querverbindungen.

Entsprechendes gilt für die Frage der Regionalisierung. **Selbstverständlich ist eine Regionalisierung erforderlich.** Man kann von Berlin aus nicht ein Projekt im Schwarzwald einschätzen und nicht ein wie immer geartetes engeres Verhältnis dazu gewinnen. Je mehr personelle und finanzielle Ressourcen lokal konzentriert bleiben, umso besser. Andererseits müssen **genügend** Mittel **vorhanden sein**. Wo dies nicht der Fall ist, muß ein zentraler Umverteilungstopf für Projekte in benachteiligten Regionen einspringen.

Das Berliner "Netzwerk" sammelt vorläufig Mitglieder aus allen Teilen der Bundesrepublik, um sie dann zu gegebener Zeit an tragfähige regionale "Netzwerke" abzugeben. In Kassel gibt es bereits ein regionales "Netzwerk", in Hamburg und Hannover dürften bald welche entstehen, in Bremen, Bonn/Köln, Frankfurt und Stuttgart zeichnen sich weitere Mitgliederschwerpunkte ab.

5. Kritik und Gegenkritik

Unter der Kritik, die bisher von einigen Alternativprojekten an "Netzwerk" geübt wurde, ist eine grundlegende Frage besonders wichtig. Das bestehende "Netzwerk" will finanzielle, personelle und informatorische Vermittlungsdienste leisten, oder anders gesagt, "Vernetzungshilfen" geben. Dies wird gelegentlich jedoch auch anders aufgefaßt. Auf ein Netzwerk-Plakat wurde von Kritikern die Parole geschrieben: Laßt Euch nicht vernetzen, vernetzt Euch selbst! Darin zeigt sich das offenbar verbreitete Mißverständnis, "Netzwerk" solle oder wolle eine Art Dachverband selbstorganisierter Projekte sein, mit der Absicht, die "Scene" zu organisieren. Vor dem Hintergrund dieses Fehlverständnisses wird verständ-

lich, daß manche Projekte sich "von außen", von "Intellektuellen" auch sonst bedroht fühlen und den Eindruck haben müssen, daß ihnen hier gegen ihren Willen etwas übergestülpt werden soll.
Tatsache aber ist, daß etwas derartiges niemals beabsichtigt war und es auch sachlich verkehrt und politisch anmaßend wäre, etwas derartiges vom Netzwerk Selbsthilfe e.V. zu erwarten. "Netzwerk" ist kein Zentralrat und kein Zentralbüro aller Selbsthilfe-Projekte, sondern schlicht und einfach ein Verein, der (besonders finanzielle) Hilfsdienste leistet. Eine Reihe von Kollektiven allerdings meint, mit dem Geld des Fonds würde ein zu großer Einfluß ausgeübt, den sich die Betroffenen nicht gefallen lassen dürfen. Dieses Argument ist sehr ernst zu nehmen. Die Frage, wie man finanzielle Hilfestellungen geben kann, ohne ein selbstherrliches linksalternatives Banker(un)wesen zu stiften, hat auch in den Diskussionen der Netzwerk-Initiatoren von Beginn an mit die wichtigste Rolle gespielt – und hat sich bisher schon in einer Reihe von Regelungen und Vorkehrungen niedergeschlagen (insbesondere die weiter auszubauende Direktbestimmung seitens der beitragszahlenden Mitglieder, die Beiratskonstruktion, Möglichkeiten der Vorauswahl und Beratung durch die betroffenen Kollektive sowie das Prinzip der gläsernen Kasse).
Gemeinsame Organe (etwa Räte) der Projekte in den verschiedenen Bereichen sind zweifellos sehr wünschenswert, als Orte der politischen Selbstbestimmung, der gemeinsamen Willensbildung, der Formulierung gemeinsam befolgter Regeln und der Absprachen über Zusammenarbeit. Und es ist ganz selbstverständlich, daß Beirat und Vorstand des "Netzwerks" sehr eng mit solchen Räten zusammenarbeiten müßten. Aber die endgültige Entscheidung über die Fondsgelder **muß** bei einem Beirat des "Netzwerk"-Vereins bleiben:
1. Nur so ist gewährleistet, daß die Bestimmung über den Fonds in erster und letzter Instanz bei den beitragszahlenden Mitgliedern liegt.
2. Es ist nicht sinnvoll, daß wer die Macht hat, "Gesetze" und Normen aufzustellen (in diesem Fall die evtl. Räte in den Projektbereichen), auch noch die Macht haben soll, allein über die Gelder zu entscheiden. Dies wäre zuviel Einfluß an einer Stelle.
3. Das tatsächlich oder vermeintlich lockende Geld würde die politischen und anderen Aufgaben der Räte eher korrumpieren. Es ist schon ohne Geld sehr schwierig, daß Konkurrenz und Argwohn nicht über Kooperation und Solidarität die Oberhand haben.
4. Wo man sich nicht zerstreiten würde, käme man wahrscheinlich zu sehr mechanischen Lösungen, um Diskussionen zu vermeiden. So würden wohl die Mitgliedervoten in starre Schlüssel verwandelt und innerhalb der Räte würde sich das Gießkannenprinzip durchsetzen – das keinem wehtut, das aber auch keinem nützt.
5. Es müßte in rechtlich klarer Weise geregelt werden, wer Zugang zu den Räten hat und wer nicht, wer in dem Kreis alternativer und politischer Projekte mitzuentscheiden hat und wer nicht. Dies wäre der erste Schritt zu einer Alternativ-Zunft mit einer Hierarchie der Alteingesessenen – eine nicht gerade erfreuliche Aussicht.
6. Die Bereichsräte bräuchten einen Zentralrat und auch sonst verschiedenste Arbeitsgruppen und Ausschüsse. Es ist eigenartig, wie manche Leute unter dem Banner von Autonomie, Selbstverwaltung und Basisdemokratie immer wieder de facto enorm bürokratische Lösungen hervorbringen. Ein solch aufwendiger Apparat, wo sich bei der Geldvergabe erst jeder mit jedem ins Einvernehmen setzen muß, hätte zur Folge, daß das Einvernehmen nur selten erreicht wird, daß der ganze Apparat entscheidungsunfähig an Verstopfung leidet.
7. Außerdem dürfte ein solches weitgespanntes Rätemodell ohnedies eine ideelle Fiktion bleiben. Nachdem nach einer euphorischen Anfangszeit der Alltag einkehrt, wird man die Arbeit denen überlassen, die sowieso schon immer am Drücker sind, so daß sich das formal vielleicht sogar sehr gut konstruierte System de facto in eine informelle Personalhierarchie verwandelt, die sich öffentlicher Kontrolle entzieht.
Gelingt es nicht, den Konflikt in akzeptabler Weise zu bereinigen, droht eine Spaltung: die "Freaks" könnten noch einen Schritt weiter "aussteigen", nicht nur aus dem System, sondern darüber hinaus auch noch aus dem Rest der Öko- und Alternativbewegung und der Linken. Dies würde bedeuten, daß vor allem bestimmte Handwerkskollektive aus dem Umkreis des zwar informellen, aber oft autoritären Spontitums dem "Netzwerk"-Fonds den Rücken kehren würden. Der Fonds würde dann in der Mehrzahl der Fälle von feministischen, pädagogischen und therapeutischen Projekten beansprucht. "Netzwerk" würde eine solche Spaltung überstehen, aber es wäre gewiß mehr als nur ein Schönheitsfehler: es käme einer Auslöschung des faszinierenden Hoffnungsschimmers an "Netzwerk" gleich und es wäre politisch eine erneut falsche Weichenstellung.

JOSEF HUBER

Mitgliederversammlung des "Netzwerk" am 27. oder 28.4.1979.

Roter Terminkalender

Aktionen gegen die Atommüll-Fabrik Gorleben
25.3.-31.3. Großer Treck von Gorleben nach Hannover
31.3. Ankunft des Marsches Eilenriede-Halle Hannover/Große Informations- und Kulturveranstaltung
2.4. Gegenveranstaltung zum Gorleben-Hearing der Landesregierung Niedersachsen mit Gutachtern, u.a. Klaus Traube

Tagungen der AG SPAK
- 20.-22.4. in Bielefeld "Arbeit mit Entlassenen"
- 27.4.-1.5. in Gießen "Überregionales Treffen der Jugendzentren: Bau eines Blockhauses
- 1.6.-4.6. Work-camp der Wohngemeinschaften an der Diemeltalsperre
- 8.-10.6. in Bempflingen "Kooperationsmöglichkeiten von Reso-Gruppen mit anderen Gruppen im Stadtteil
- 21.7.-4.8. in Melle "Alternative Ökonomie"

Nähere Auskünfte: AG SPAK-Geschäftsstelle, Belfortstr. 8, 8 München 80, Tel. 089/4482104

"links"-Redaktionskonferenz. Thema: "Ökologie"
7./8. April in Hannover im Pablo-Neruda-Haus
Anmeldung: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Ausstellung der Galerie 70 in Westberlin
13.3.-19.5.
Zigeuner heute – Verfolgung und Diskriminierung in der BRD. Die Ausstellung kann anschließend ausgeliehen werden.

Demonstration gegen Verjährung der Nazi-Verbrechen
21.4. in Strasburg
Die Internationale Initiative des Widerstandes und der Opfer des Nazismus und Faschismus veranstaltet diese Kundgebung gegen die Verjährung der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für die Auflösung der SS-Verbände und für die Unterbringung jeglicher Nazi-Propaganda. Nähere Auskünfte: Komitee für Unverjährbarkeit der Naziverbrechen, Rossertstr. 4, 6 Frankfurt

2. Bürgerinitiativen-Kongreß
21./22.4. in Mühlheim
Informationen: Volker Sperlich, Lohbecker Berg 19, 433 Mühlheim

Alternative Schulen – alternative Pädagogik
18.-22.4. Burg Feuerstein bei Bamberg
Die Hochschulreferate der kath. und evangelischen Studentengemeinden veranstalten dieses Seminar gemeinsam. Tagungsbeitrag DM 55.–; Fahrtkosten werden erstattet. Anmeldung bis 10.4. an: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1

10. Überregionales Treffen von Berufsschullehrern
1.6.-4.6. in Glashütten
Thema: Schwierigkeiten mit dem Lehrerdasein
Nähere Informationen: Brigitte Meyer, Auf dem Aspei 35, 463 Bochum

Rocktheater – MEK BILK AUF APRIL-Tour "Wir sind da in schlechte Gesellschaft geraten"
MEK BILK gibt es seit Anfang 1975 und steht für Mobile Einsatz Kapelle aus Bilk, einem Stadtteil von Düsseldorf. Ihre Erfahrungen in der politischen Arbeit im Stadtteil, im Jugendzentrum versuchen sie musikalisch und theatralisch umzusetzen, daraus ist nun dieses Rocktheater entstanden. Collagenhafte Musik d.h. Rock (Blues-Funk-Reggae-Jazz), Text (Inhalte werden über Personen, Typen, Charaktere vermittelt) und Theater (Szenen-Sketche-Pantomime-Masken). Theater in Verbindung mit Musik schafft dabei einen engeren Kontakt zum Publikum. Vom 1.4.-4.5. sind sie in folgenden Städten zu sehen und zu hören: 1.4. Husberys (Flensburg) ● 2.4. Lüneburg ● 3.4. Kiel ● 4.4. West-Berlin ●5.4. Braunschweig ● 6.4. Wilhelmshafen ● 7.4. Oldenburg ● 8.4. Bremen ● 10.4. Bielefeld ● 11.4. Erkrath ● 12.4. Leverkusen ● 14.4. Freiburg ● 16.4. Siegburg ● 18.4. Krefeld ● 19.4. Dülmen ● 20.4. Köln ● 21.4. Aachen ● 23.4. Münster ● 24.4. Dortmund ● 25.4. Bonn ● 26.4. Frankfurt ● 27.4. Gießen ● 28.4. Frankfurt ● 29.4. Offenbach ● 30.4. Kassel ● 1.5. Recklinghausen ● 4.5. Duisburg

Soldatenarbeit in der BRD
28./29.4. in Göttingen
Das Arbeitsfeld Antimilitarismus im SB führt zu diesem Thema sein 4. Bundestreffen durch. Gegen Rückporto von DM 2.-- werden die Tagungsunterlagen zugeschickt. Anmeldung an: AF Antimilitarismus im SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

„ALBRECHT, WIR KOMMEN!"

Kommt friedlich — bringt Blumen mit!

Mit diesem Motto rufen betroffene Landwirte in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zu einem Treck mit Fahrrädern, Treckern, Leitern- und Pferdewagen von zahlreichen Orten nach Hannover auf, der in der Zeit vom 25.-31. März 1979 stattfinden wird. Der Protestmarsch endet am 31. März mit dem Einzug in Hannover und mehreren Veranstaltungen zum "Gorleben-Hearing".

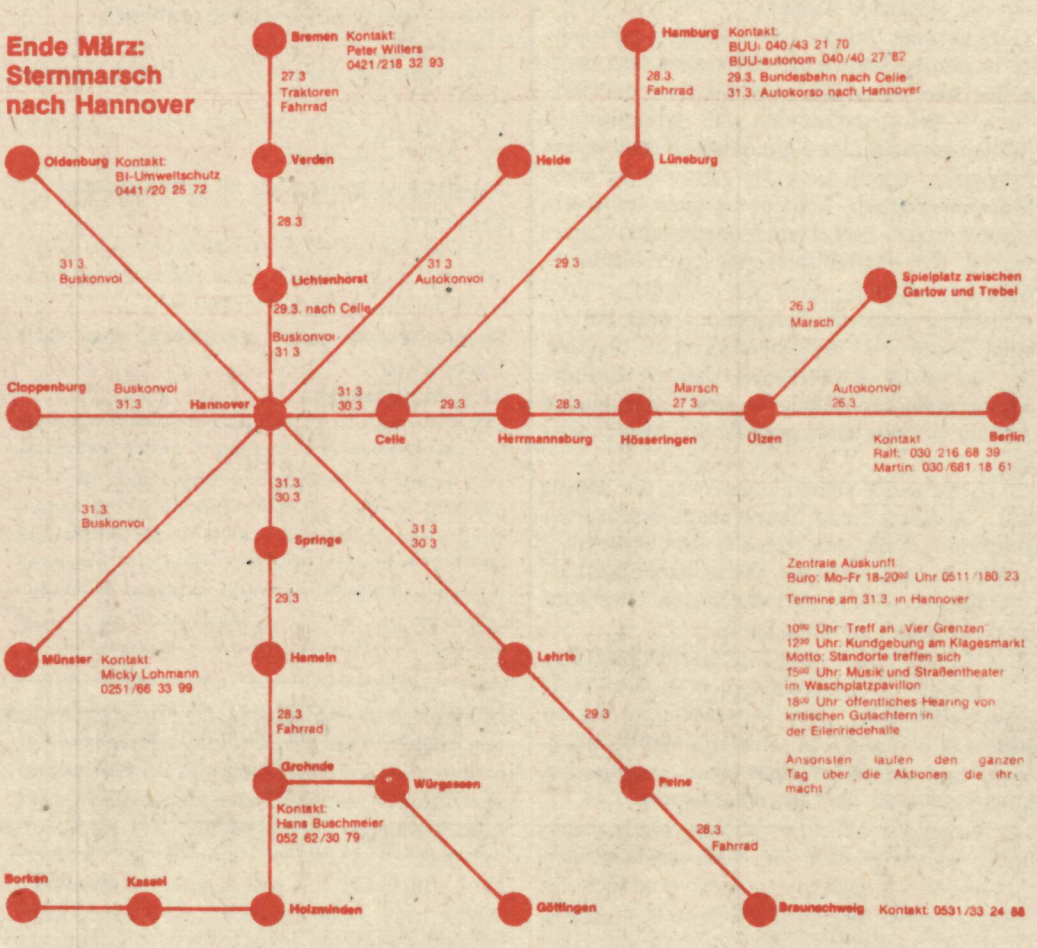
Diese Aktionen richten sich zum einen gegen den Bau der Atommüllfabrik und die damit zusammenhängenden Folgen für die Region, die schon jetzt spürbar sind:

- *immer mehr Polizei und Bundesgrenzschutz,*
- *immer mehr Überwachung der Bevölkerung,*
- *immer mehr Einschüchterung und Verängstigung und*
- *die Zerstörung der alten Strukturen im Landkreis Lüchow-Dannenberg.*

Zum anderen soll damit versucht werden, Öffentlichkeit zum "Gorleben-Hearing" herzustellen, das zu gleichen Zeit hinter verschlossenen Türen in Hannover stattfindet.

Es soll der Legitimation von längst gefällten politischen Entscheidungen dienen. Einige der beteiligten Wissenschaftler haben sich gegen diese Funktionalisierung zur Wehr gesetzt und werden die Gegenveranstaltungen der Bürgerinitiativen unterstützen.

Der bundesweite Treck, der sich mit seinen friedlichen Parolen gegen die Militarisierung des Konflikts und die Kriminalisierung des Widerstands gegen die Atompolitik zur Wehr zu setzen versucht, bietet die Chance einer bundesweiten Zusammenfassung des Protests gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage. Es kommt darauf an, mit dem Treck und in Hannover ein deutliches Zeichen zu setzen und neuen Mut zu fassen, für den langfristig dezentral und zentral zu organisierenden Widerstand gegen die Errichtung von Atomanlagen.



IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 ● Redaktion"links"zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Hanfried Scherer, Jürgen Schmidt, Gudrun Witte ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck, Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospekt Sommerschule '79; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".